Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

31. Oktober 1977
Jg. 5 Nr. 44

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Französische Imperialisten bereiten Intervention in Nordafrika vor

Die französische Presse lanciert eine „Erklärung der algerischen Regierung" zu den Flugzeugentführungen, die beinhaltet, daß Algerien gewaltsame Aktionen gegen Flugzeugentführer in seinem Land nicht dulden würde. Die algerische Botschaft weist diese „Erklärung" als gefälscht zurück. Ungeachtet dessen entfachen die Bourgeoisblätter große Hetztiraden gegen Algerien. Gleichzeitig bildet Giscard d'Estaing einen Krisenstab, der die Befreiung von zwei von dem sahaurischen Volk und seiner Befreiungsorganisation Polisario gefangenengenommenen französischen Ingenieuren vorbereiten und leiten soll. „Die französischen Behörden schließen keine Aktion mehr aus, die zur Befreiung der Geiseln aus den Händen der Polisario führt." Und: „Paris geht davon aus, daß die wirklichen Verantwortlichen der Geiselnahme in Algerien sitzen." Das abgefeimte Treiben der französischen Imperialisten ist leicht durchschaubar.

Spenden für den Befreiungskampf des sahaurischen Volkes und seiner Befreiungsorganisation F.Polisario
auf das KBW-Konto
Volksbank Mannheim, 415200
Stichwort F.Polisario

„Welche Gewinne"

... fragten unlängst Vertreter westeuropäischer Konzerne auf einem Kolloquium in Athen, „bleiben ausländischem Kapital aufgrund der hohen Besteuerung in Griechenland übrig?" (Handelsblatt, 25.10.) Es war dies weniger eine Frage denn eine Aufforderung, die günstigsten Bedingungen für die Ausbeutung griechischer Arbeiter und die Ausplünderung des griechischen Volkes durch die westeuropäischen Imperialisten zu schaffen. Nachdem die westdeutschen Direktinvestitionen in Griechenland bis Ende 1976 „nur" 310 Millionen DM betrugen, hat die Deutsch-Griechische Handelskammer jetzt die Errichtung neuer „Niederlassungen und Produktionsstätten im Lande" angekündigt, erklärtermaßen in der Hoffnung, nicht nur den griechischen Markt zu erobern, sondern auch „von Griechenland aus günstig den Nahen Osten beliefern zu können" und sich so Konkurrenzvorteile im Kampf um die Märkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären der östlichen Mittelmeerregion zu verschaffen.

Streik der Dockarbeiter in den USA

Die Verhandlungen der Gewerkschaft der Dockarbeiter der Ostküste der USA

Streik der Dockarbeiter in den USA

Die Verhandlungen der Gewerkschaft der Dockarbeiter der Ostküste der USA (ILA) und dem Reeder-Verband sind gescheitert. Die Dockarbeiter fordern höhere Löhne, einen Jahresmindestlohn für alle Docker der Ostküste gleich und Bestimmung über die Sozialversicherungskassen, die sich in den Händen der Reeder befinden. Vier Tage nach Beginn ihres Streiks am 4. Oktober hat sich die Gewerkschaft der Dockarbeiter der Westküste (ILWU) dem Streik angeschlossen, indem keine Containerschiffe mehr entoder beladen wurden, deren Gesellschaften an der Ostküste bestreikt wurden. Beide Gewerkschaften haben gemeinsame Streikketten aufgestellt, der Versuch der Reederkapitalisten, dagegen gerichtlich vorzugehen und den gemeinsamen Kampf als „illegal" erklären zu lassen, scheiterten. Die Arbeiter sagten: „Legalität ist das Unglück der Arbeiterklasse." Elf Tage lang haben die Docker der Westküste gestreikt, an der Ostküste wird er weitergeführt. Über dreißig Häfen von Maine bis Texas sind auf diese Weise lahmgelegt, über 60 Containerschiffe liegen dort auf Reede.

Neue Pressionen der Sozialimperialisten auf die Türkei

Nachdem die türkische Regierung gegenüber dem immer wachsenden Schuldendruck bei den imperialistischen Banken ihre teilweise Zahlungsunfähigkeit erklären mußte, haben die US-Imperialisten die Wiederöffnung eines Teils ihrer Militärstützpunkte und die Durchführung von Manövern ihrer „Ledernacken" auf türkischem Boden erzwungen. Das hat die andere große Gläubigermacht der Türkei auf den Plan gerufen – die sozialimperialistische Sowjetunion. Sie hat der türkischen Regierung mit weiterer großzügiger Wirtschafts- und Finanzhilfe gewunken, jedoch verlangt, daß Demirel sich dafür im November schon nach Moskau begeben müßte, um sie abzuholen. Ob Demirel dann die neuen Zaren mit dem mehrfach zugesagten „Freundschaftsvertrag" weiterhin hinhalten kann, ist ungewiß. Nach Informationen türkischer Revolutionäre haben die Sozialimperialisten sogar bereits Landerechte für ihre Flotte im türkischen Hafen Iskenderun verlangt, in der Nähe der syrischen Grenze.

Unterstützt den Befreiungskampf des Volkes von Azania!

Carters Waffenembargo: Aufrüstung des Vorster-Regimes, daß die Schwarte kracht

„Washington überprüft Beziehungen zu Südafrika", „Genscher droht Südafrika mit ‚Konsequenzen'", „Sanktionen gegen Pretoria gefordert", begeistert sich die bürgerliche Presse über die Haltung, die die imperialistischen Politiker jetzt gegenüber Südafrika an den Tag legen.

18 Organisationen wurden für verboten erklärt, über 60 ihrer führenden Mitglieder durch eine Polizeiaktion festgesetzt. Auch 2 liberale Zeitungen und das von der evangelischen Kirche aufgebaute und aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanzierte „Christian Institute" wurde betroffen von diesen Verbotserklärungen des Vorster-Regimes und seines für die jetzt auch offiziell eingestandene Ermordung Steve Bikos direkt verantwortlichen Folterministers Kruger.

„Ich fürchte, wenn ich die Wahl habe zwischen einem öffentlichen Image im Ausland und Frieden in meinem Land, muß die Wahl auf Frieden in meinem Land fallen",

erklärte Kruger am Tage nach der Verbotserklärung und den Polizeiaktionen.

„Statt tatkräftig an einer Lösung der Rhodesien- und Namibia-Frage mitzuwirken, und sich im eigenen Land um die Überwindung der Apartheid zu bemühen, sei Pretoria gerade gegen die Organisation der nichtweißen Mehrheit der Bevölkerung vorgegangen, die für einen gewaltlosen Übergang und eine Verhandlungslösung einträten",

klagt Genscher anscheinend im Gegensatz zu den Kolonialisten über die Folgen für die „Friedensdiplomatie" der Imperialisten im südlichen Afrika. Die BRD-Imperialisten ließen wie auch schon die USA, Großbritannien und Frankreich den Botschafter zurückrufen „zur Berichterstattung". „Ernsthafte Konsequenzen" verlangten die Außenminister der imperialistischen Staaten.

10 Tage später schließlich, am vergangenen Wochenende, sind die Imperialisten nach vielen Hin und Her mit

schen Staaten.

10 Tage später schließlich, am vergangenen Wochenende, sind die Imperialisten nach vielen Hin und Her mit

der „Konsequenz" herausgerückt: die westlichen Imperialisten im UNO-Sicherheitsrat, die USA, BRD, Großbritannien, Frankreich und Kanada haben sich auf Vorschlag des Häuptlings der US-Imperialisten Carter auf einen Antrag für ein „Waffenembargo" gegen Südafrika geeinigt.

Der Betrug dieser Imperialisten ist so fadenscheinig, die Heuchelei über die Verbotserklärungen so offensichtlich, daß selbst die bürgerliche Presse nicht umhinkommt, den heuchlerischen Charakter dieses „Vorschlags" der Imperialisten zu enthüllen und weitere Tatsachen über die Verbrechenspläne der Imperialisten bekannt werden zu lassen:

„(Das Waffenembargo) kommt zu spät. Seit der bereits 1963 von den Vereinten Nationen verhängten Waffensperre hat Südafrika in den vergangenen 4 Jahren eine sich ständig ausdehnende eigne Industrie aufgebaut, die das Land auch in einem begrenzten konventionellen Krieg in seiner Verteidigung weitgehend unabhängig gemacht hat." (Frankfurter Neue Presse, 29.10.)

Die tatsächlichen Konsequenzen, die die Imperialisten längst gezogen haben: Sie haben ihre Polizeischergen am Kap der Guten Hoffnung so militärisch versorgt, daß sie jetzt in der Lage sein sollen, ihre Kolonialistenherrschaft auch militärisch gegen den Befreiungskampf des Volkes von Azania zu verteidigen. Es sind die imperialistischen Konsequenzen aus den Niederlagen der Imperialisten gegen den Befreiungskampf der Völker Indochinas u.a., wo es den Imperialisten trotz einer gewaltigen Militärmacht und einem ungeheuren Militäreinsatz nicht gelungen ist, den bewaffneten Volkskrieg der Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha zu unterdrücken.

In aller Eile haben sie ihr Kolonialistenregime im südlichen Afrika so aufgerüstet, daß die Waffenindustrie inzwischen für den Export von Infanteriewaffen und gepanzerten Fahrzeugen produziert und u.a. in der Lage ist, eigene Raketen, Mirage-Jäger in französischer Lizenz und mit dem von den westlichen Imperialisten vorangetriebenen Aufbau der Atomindustrie jetzt auch Atomwaffen herzustellen.

„Frankreich, der bisher wichtigste Waffenlieferant Südafrikas, hat im vergangenen Jahrzehnt mächtige Schützenhilfe für den Eigenbau von südafrikanischen Flugzeugen und Raketen geleistet. Aber noch wertvoller sind heute die Verbindungen zu Israel geworden",

berichtet die „Frankfurter Neue Presse". Während die Imperialisten in den vergangenen Jahren einen „Friedensplan" nach dem anderen aufgetischt haben und Interesse am „Abbau von Rassenschranken", an der „Beseitigung der Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung" usw. geheuchelt haben, daß es aus den Seiten ihrer Propagandablätter nur so triefte, haben sie unter diesem Deckmantel der „Friedensdiplomatie" das Kolonialistenregime in Südafrika nach dem US-imperialistischen Brückenkopf Israel inzwischen zu einem Stützpunkt der weltweiten imperialistischen Konterrevolution und zu einer Festung gegen den Befreiungskampf der Völker Afrikas ausgebaut.

Diese Militärausrüstung ist die imperialistische Begleitmusik zu einer gewaltigen Steigerung der Ausplünderung des an Rohstoffen wie Gold und wichtigen Erzen reichen Landes:

Fortsetzung Seite 2

gewaltigen Steigerung der Ausplünderung des an Rohstoffen wie Gold und wichtigen Erzen reichen Landes:

Fortsetzung Seite 2





Die Kapitalisten und ihre Verbände bereiten den Lohnraub vor

Nach den Wissenschaftlern werden jetzt die Politiker scharf gemacht

Die Kapitalisten lassen keinerlei Zweifel an ihren Absichten: sie legen es in den kommenden Lohnkämpfen auf eine entscheidende Auseinandersetzung mit der Arbeiterklasse an. Die letzten Lohnraubabschlüsse, die ihnen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer als Opfer an den Profit serviert haben, haben sie nur um so hungriger gemacht: *Lohnstopp* ist heuer ihre Devise.

Während sich die sozialdemokratischen Führer der IG Metall in aller Stille zu „Gesprächen" mit den Stahlkapitalisten bereits zusammengesetzt haben, ohne auch nur eine Forderung aufzustellen, eröffnen die Kapitalistenvertreter und -verbände ein breites Angriffsfeuer auf den Lohn. „Alle Versuche und Bemühungen, die Wirtschaft wieder stärker voranzubringen, wären gefährdet bis aussichtslos, wenn in der nächsten Runde nicht die Lohnforderungen bescheidener als im vergangenen Jahr ausfallen", gab der Wolf von Amerongen den Startschuß. *Bescheidenheit,* da sind sie sich alle einig, stünde den Arbeitern gut an. *Bescheidenheit* soll ihnen eingebleut werden. Die kapitalistische Krise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit, wer habe sie denn verursacht? *„Gesamtmetall"*: „Zu starker Lohnanstieg!" Die Löhne der Metallarbeiter seien allein im ersten Halbjahr 1977 um 10% gestiegen. (Handelsblatt, 27.10.) Die *„Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer"* (in der sich niemand anderes als die Verbände der Banken, Sparkassen und Lebensversicherungen zusammengeschlossen haben): „ ‚Hauptursache der Konjunkturflaute' sei ... ein Mangel an Fortschritten in der Eindämmung der Kosteninflation'." (Süddeutsche Zeitung, 24.10.) Emminger von der *Deutschen Bundesbank:* Niemand brauche sich angesichts der hohen „Lohnkosten" über eine „Abwanderung der Arbeitsplätze ins Ausland" und damit hoher Arbeitslosigkeit zu wundern. „Die Löhne spielen die Schlüsselrolle bei der Investitionsbelebung." (Die Welt, 22.10.) Wer steht den kühnen Träumen der Imperialisten im Wege, die Konkurrenten noch erfolgreicher aus dem Feld zu schlagen und eine führende „Stellung" auf dem Weltmarkt zu erkämpfen? Seefelder vom *Chemie-Verband:* „Die Stellung der deutschen Chemieindustrie sei durch das hohe Kostenniveau ... belastet." (Frankfurter Rundschau, 28.10.) „Grund der Misere: Die deutschen Chemie-Unternehmen müssen die höchsten Löhne der Welt bezahlen ..., kassierten deutsche Chemiewerker 1976 im Durchschnitt 7,80 Dollar (17,71 DM!) pro Arbeitsstunde. Selbst in den USA werden nur 7,69 Dollar bezahlt, in England sogar nur 3,20 Dollar." (Wirtschaftswoche) *Banken in Nordrhein-Westfalen:* „Die nächste Lohnrunde werde über die künftige Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen entscheiden."

Die ganzen Klagen, dreisten Lügen und unverfrorenen Angriffe kennen nur ein Ziel: den entscheidenden Fortschritt in der Lohndrückerei. Stellvertretend für die Finanzbourgeoisie und zahlreiche ähnliche Äußerungen: „Der künftige Vorsitzende des Chemiespitzenverbandes, Matthias Seefelder, regte angesichts der Kostensteigerung in der chemischen Industrie vor allem im Lohnbereich eine ‚Tarifpause' an. Er sagte, um die Diskussion dieses Themas habe man sich bisher immer ‚herumgedrückt'." (Frankfurter Rundschau, 28.10.)

Auf zu neuen Ufern –
Mehrwert '77
Produktion von absolutem und relativem Mehrwert auf der Klöckner-Hütte Bremen
Seite 14/15

Die Politiker werden scharf gemacht. Riemer, FDP, noch etwas zaghaft: „Ich will hier weder einem Lohn-Preisstopp, noch einer Beschneidung der Tarifhoheit ... das Wort reden. *Aber ...!*" Leisler Kiep, CDU, appelliert an die „Tarifpartner": „Maßvolle Lohnabschlüsse". Schmidt, Kanzler, fordert seine sozialdemokratischen Gesinnungsfreunde in den Gewerkschaftsführungen auf: „Die Tarifpartner müssen auf beiden Seiten ihre Verantwortung für das Ganze noch ernster nehmen ... In Zeiten der Überbeschäftigung waren deutlich oberhalb des Produktivitäts-Fortschritts liegende Lohnkosten- und Lohnnebenkostensteigerungen *oft nicht zu vermeiden.*" Die Drohung: „Heute aber werden wir uns nicht länger ‚herumdrücken'", ist unüberhörbar.

Die Drohung indes, das wissen die Bourgeois, wär' allein nicht ausreichend, um die Arbeiterklasse den Gelüsten der imperialistischen Bourgeoisie zu unterwerfen und „die Verteilungskämpfe zu dämpfen" (Handelsblatt). Rechtzeitig zur Vorbereitung der Lohnauseinandersetzungen wurde deshalb eine „Steuerreform" von allen im Bundestag vertretenen bürgerlichen Parteien aus der Taufe gehoben, deren Zweck in der Vorbereitung der geforderten Steuerbeschaffungen für die Kapitalisten, im Betrug der Lohnabhängigen und in ihrer Ablenkung vom Lohnkampf liegt. „Den Gewerkschaften sollte es nicht allzu schwer fallen, in der kommenden Lohnrunde niedrigere Forderungen als für 1977 zu stellen, denn immerhin werden die Arbeitnehmer durch die geplanten Konjunkturmaßnahmen der Regierung nicht unerheblich entlastet", legt die Bundesbank dann auch gleich los. Und der Staatssekretär Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium ergänzt: „Wir hoffen, daß (mit den Steuerentlastungen) auch die bevorstehende Lohnrunde entlastet wird." (Deutsche Zeitung, 21.10.)

Eilig wird deshalb angeordnet, daß die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages auf 400 DM schon im November zu berücksichtigen sei, damit sie nur ja ihre Wirkung nicht verfehle. Es ist jedoch so: Der Steuerreformbetrug läßt sich in Heller und Pfennig ausrechnen. Die notwendige Lohnerhöhung läßt sich anhand der Lohnzettel und auf der Grundlage der Erfahrung der letzten Lohnraubabschlüsse ebenfalls ausrechnen. Sie wird, wenn sich die Arbeiterklasse die Wurst nicht ganz vom Brot nehmen lassen will, nicht unter 200 bis 220 DM liegen dürfen. – (Z-Red.)

Weder durch Betrug noch durch Schikane läßt sich der Kampf gegen das bürgerliche Schulwesen unterdrücken

Zum Volksbegehren für Lernmittelfreiheit in Bayern

Am Mittwoch endete die Einschreibungsfrist für das Volksbegehren für Lernmittelfreiheit in Bayern. Die Behörden werden die Zahl der Unterschriften für die Durchführung des Volksbegehrens erst in den nächsten Tagen bekannt geben, aber fest steht und ist in der bürgerlichen Presse auch verkündet: das Volksbegehren ist gescheitert, die erforderliche Zahl von 10% der Wahlberechtigten, das sind 750000 Unterschriften, wurde nicht erreicht.

Die Durchführung dieses Volksbegehrens ist das Ergebnis eines langen und heftigen Kampfes von Schülern und Eltern gegen das bürgerliche Schulwesen. Durch die Einleitung der Gemeindereform in Bayern seit 1975 wurden vor allem für die Landbevölkerung die Schulverhältnisse unerträglich. In vielen Orten kam es zu Tumulten in den Elternversammlungen. Eines der tausend neueren Beispiele ist Kumhausen bei Landshut. Zum Beginn des neuen Schuljahres 1977 erfuhren die Eltern der Zweitklässler, daß die Klassen ins vier Kilometer entfernte Gramelkam verlegt wurden. Nicht mal der Elternbeirat war vorher informiert. Am 9.9. fand eine Elternprotestversammlung statt, „um Gegenmaßnahmen zu beraten“. Die Schulleitung erklärte, die „kleine Zusatzbelastung“ der Kinder durch die Busfahrt sei „durchaus zumutbar und diene – im pädagogischen Sinn – letzten Endes der Persönlichkeitsentfaltung. Die Forderungen der Eltern richten sich gegen die Zusammenlegung von Klassen in den Mittelpunktschulen, vor allem aber für Bezahlung der Lernmittel und der Schulwegkosten durch den Staat.

Die bürgerlichen Parteien reagierten auf diese heftig anschwellende Bewegung der Schüler, Eltern und Lehrer unterschiedlich, aber mit demselben Ziel. Die SPD forderte seit 1975 Volksentscheid und versuchte die Kampfbereitschaft der Volksmassen auf ihre Parteimühlen zu lenken. Sie hatte nie die Absicht, tatsächlich das Volksbegehren für Lernmittelfreiheit zum Erfolg zu führen. Das zeigt, daß sie die Forderungen darauf reduzierten, daß die bestehenden Gesetze in der Verfassung verankert werden und die Bewegung sich unter ihrer Fuchtel im parlamentarischen Gestrüpp der Vorschriften zum Volksentscheid totlaufen sollte.

Die CSU reagierte mit Taktieren. Die Verordnungen, in denen die bayerische Staatsregierung die Bezahlung der Fahrtkosten für die Schüler aufhob, machte sie teilweise rückgängig. Gegenüber dem Volksentscheid rief sie die bürgerlichen Gerichte an, die festhalten sollten, daß ein Volksentscheid über die Bezahlung der Lernmittel und Schulwegkosten das Recht der Landesregierung auf Festlegung des Staatshaushalts beeinträchtige.

Schließlich mauschelten beide Parteien vor dem Urteil des obersten bayerischen Verfassungsgerichts aus, wie das Urteil ausfallen muß, um der Bewegung das Kreuz zu brechen. So entschied das hohe Gericht, der Volksentscheid über die Lernmittel darf durchgeführt werden, das ist verfassungsgemäß. Es betrifft nach der bürgerlichen Vorstellung der Lernmittel sowieso nur die Schulbücher, die der bürgerliche Staat zwangsmäßig überwacht und setzt der Ausplünderung der Eltern keine Schranken. Der Volksentscheid über die Schulwegkosten wird untersagt, er betrifft Haushaltsentscheidungen der Landesregierung und da soll das Volk nicht dreinreden. In der ersten Unterschriftensammlung zur Einleitung des Volksentscheids kamen innerhalb kürzester Zeit 75000 Unterschriften zusammen.

Schätzungsweise 350000 Unterschriften für den Volksentscheid werden abgegeben worden sein. In Anbetracht all dieser Hindernisse, die die Vorschriften für den Volksentscheid aufbauen und der Betrugsmanöver der bürgerlichen Parteien ist das eine große Zahl, die zeigt, daß der Kampf gegen das bürgerliche Schulwesen einen hohen Grad an Bewußtheit bei großen Teilen der Massen herausgebildet hat. Daß es der SPD nicht auf Durchsetzung der Forderungen der Massen ankam, zeigt auch, daß sie keinerlei Anstrengungen unternommen haben, die elementarsten Organisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, in diesem Kampf einzusetzen.

Genau darauf kommt es aber an, daß diese politische Auseinandersetzung von den Organisationen der Arbeiterklasse geführt wird. Weiter wird es erforderlich sein, an den Schulen große Kampfaktionen der Schüler, Lehrer und Eltern vorzubereiten und durchzuführen, um die Bezahlung aller Lernmittel, sowie von Nahrung und Kleidung für die Schüler durch den Staat zu erkämpfen. Spontan geht die Bewegung, die das Volksbegehren hervorgebracht hat, in diese Richtung. Sie muß organisiert werden und die bürgerlichen Parteien abgeschüttelt werden.

In Ingolstadt sind Schüler des Berufsschulzentrums dem Rektor und Vertretern der Stadtverwaltung mehrmals direkt auf die Bude gerückt, weil diese sich für nicht zuständig erklärt hatten für die Forderung nach Bezahlung des Fahrtgeldes von fünf Mark pro Berufsschultag. – (S-Red.)

Die „Lernmittelfreiheit“ der Bourgeoisie – Ausplünderung und Schikane

Niedersachsen

„Die Erziehungsberechtigten sollen von den Kosten der Lernmittel entlastet werden. Art, Umfang und Zeitpunkt der dazu dienenden Maßnahmen regelt ein besonderes Gesetz ...“ (Niedersächsisches Schulgesetz, Fassung vom 8.8.75, Paragraf 95)

Dazu haben wir den Pressesprecher des Kultusministers befragt. Pressesprecher Hartmann: „Wegen der besonders strukturierten Struktur Niedersachsens, der daraus erwachsenen Kosten für Bus-Schülertransporte gedenkt die Landesregierung nicht, in dieser Legislaturperiode dieses Gesetz einzubringen.“

Nach den großen Tönen über die „Leistungen des Sozialstaates“ seine Taten: Plünderung der Volksmassen bis aufs letzte Hemd. Ein Osnabrücker Schüler hat es ausgerechnet: Kosten allein für Bücher: 8. Klasse Gymnasium, Schuljahr 77/78: Deutschbuch: 8,50 DM, dazu Grammatik: 3,80 DM, Aufgabenbuch: 4 DM. Religion: 11,80 DM. Geschichtsbuch: 15,60 DM. Erdkunde: Atlas 30 DM, Buch: 17,60 DM. Französich: 12,80 DM, Grammatik: 5,40 DM. Chemie: 25,80 DM. Biologie: 16,80 DM.

165,30 DM für ein Kind nur für Bücher. Großzügig sollen da laut Gesetz Erziehungsbeihilfen gewährt werden. Die Massen sollen betteln gehen: Die Einkommensverhältnisse sind offenzulegen, 850 DM werden als Existenzgrundlage anerkannt, 270 DM Freibetrag pro Kind dazugerechnet. Dem Antrag muß eine Stellungnahme des Lehrers beigefügt werden, mit Noten im Einzelnen und „Urteil über Begabung, Leistung und Charakter“. Freiwillig geht niemand diesen entwürdigenden Weg. Aber: Können die Schüler die Bücher nicht vorweisen, wird den Eltern das Jugendamt auf den Hals gehetzt. Einem Maschinenschlosserlehrling mit 350 DM im 1. Lehrjahr hat der Lehrer empfohlen, doch einen Kredit aufzunehmen.

Bremen

Laut Gesetz sind Lernmittel frei. Seit Jahren geht spätestens nach einem Vierteljahr das Papier aus. Die Schüler werden dann aufgefordert, es selbst zu kaufen. Die Bücher werden nur geliehen, im Werkunterricht hergestellte Dinge müssen wieder zerlegt werden zur Wiederverwendung. Schüler, die ihrem Haß gegen die Unterdrückung durch Karrikaturen oder Sprüche, die sie ins Buch schreiben, Ausdruck verleihen, werden gezwungen, das Buch voll zu ersetzen. Kosten für Klassenfahrten tragen allein die Eltern.

Gegen die Schikane und Plünderung gibt es Kampf. In verschiedenen Formen: In Hamburg haben ganze Klassen kollektiv Anträge gestellt für „Bedürftige“. Die Schüler zerstören diese „Lernmittel“. Überall sind dieses Jahr Schulbuchflohmärkte durchgeführt worden. Der Stadtschülerrat Hannover hat beschlossen, daß der Zusammenschluß hergestellt werden muß auf der Forderung nach Lernmittelfreiheit. In verschiedenen Klassen, so einer Druckberufsschulklasse in Kiel, wird die Forderung erhoben und die Unterstützung durch die Gewerkschaft verlangt.

Schwarz trägt nur die Bourgeoisie

„Nachdem die Anschläge auf Buback, Ponto und Schleyer wie kaum andere Taten zuvor Volkszorn entfacht haben ...“, schreibt der „Spiegel“. Was der lebendige Schleyer nicht vermochte, soll mit dem Toten wenigstens versucht werden. Im Tod sind alle gleich. „Allgemein Menschliches mobilisieren.“ Ideologischen Druck, um das Bewußtsein von der Klassenspaltung abzustumpfen. Die Bourgeoisie weiß selbst, daß ihr „Volkszorn“ ein Trugbild ist. Deswegen auch Zwangsverordnung von drei Minuten Volkstrauer – auch das hat sich als nicht machbar herausgestellt. Als die Meister im Volkswagenwerk Wolfsburg um 10.30 Uhr die Bänder abstellten, nutzten die meisten Arbeiter die Pause, um sich einen Kaffee zu holen oder einfach einen Moment auszuruhen, was bei laufenden Bändern längst nicht mehr möglich ist. Ein Arbeiter, der im Spaß von seinen Kollegen angepflaumt wurde, man habe ihn gar nicht trauern gesehen, erwiderte, er sei auf der Toilette gewesen. Dies sei genug Wertschätzung für Schleyer. Andere Abteilungen, vor allem wo der Meister nicht per Knopfdruck für „Trauer“ sorgen konnte, hielten die Pause gar nicht ein. Die Arbeiterklasse hat keinen Grund, ihre Feinde zu lieben, auch nicht, wenn sie tot sind.

Das Büropersonal von Schmalbach-Lubeca hat es abgelehnt, für Schleyer zu trauern. Bei den Arbeitern wurde die Verordnung von Trauer gleich bleiben gelassen. Angestellte der PH sind teilweise in schallendes Gelächter ausgebrochen, als Scheel in seiner Grabesrede den Versuch unternahm, der Charaktermaske des Kapitals „menschliche Züge“ zu verleihen.

Die Bourgeoisie ist nicht einfach Rührung überkommen, als sie ihr Kommando über die Fabriken für die Anweisung „Gedenken an Schleyer“ genutzt hat. Stärke sollte dokumentiert werden: Maschinenpistolen, bewaffnete Polizisten im VW-Werk in Wolfsburg, fristlose Entlassung eines VW-Arbeiters in Braunschweig, weil er sich weigerte, die Maschine abzustellen. Der Druck soll wirken, Haß gegen die Terroristen erzeugt werden, damit die Bourgeoisie endlich auf den Tisch kann mit noch reaktionäreren
Machwerken, die Gesetze zur Terrori-
Machwerken, die Gesetze zur Terroristenbekämpfung heißen, und bloß Mittel zur vollständigeren Unterdrückung des Klassenkampfes sind. Jedes Mittel ist dabei recht.

Neben den Maschinenpistolen, die bei den Autokontrollen erschaudern lassen sollen, mußte der Volkszorn erlogen werden. „Hinweise aus der Bevölkerung gewinnen an Gewicht“, druckte das „Göttinger Tageblatt“. Bei den Redaktionen der „Wolfsburger Nachrichten“ nachgefragt, wußten die bloß: Ein Terrorist im VW-Werk Wolfsburg gesichtet. Man weiß, wie sowas läuft. Die „Braunschweiger Zeitung“ schreibt am Mittwoch, ein Student habe mit Unterstützung anderer Studenten allein in einer Stunde über 1000 Flugblätter des BKA zur Terroristenfahndung verteilt. Trotz Störung durch die „K-Gruppen“. Tatsache ist: Die Unterstützung war der RCDS, die Mülleimer in der Mensa und der Fußboden waren übersät mit zerknüllten und zerrissenen Hinweisen auf die Ergreifung der Täter. Der Pförtner in der PH weigerte sich, das Fahndungsflugblatt auszuhängen.

Auch der tote Schleyer, Stellvertreter für die Kapitalistenklasse, läßt sich nicht verwenden für die Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung.

Die „FAZ“ schreibt am Mittwoch unter dem Titel „Wie viele noch“: „Auch Schweigeminuten und Schweigemärsche helfen nichts.“ Ganz recht. Aber auch die Schärfe, die zugelegt werden soll bei der „Verfolgung von Angriffen auf die Rechtsordnung“, wie die „FAZ“ empfiehlt, nicht. Das wird die Bourgeoisie nicht davor retten, daß die Volksmassen ihren Klassenhaß in geeignete Kampfmaßnahmen zum Sturz der Ausbeuter verwandeln.

Unterstützt den Befreiungskampf des Volkes von Azania

Fortsetzung von Seite 1

Die Zuwachsrate des Exports nach Amerika für die ersten 7 Monate dieses Jahres beträgt 33% und liegt damit dreimal so hoch wie die Steigerung im vergangenen Jahr von 10%. Entsprechend hat die Ausfuhr in diesem Jahr nach Europa um ein Viertel zugenommen. Das sind Steigerungsraten der Ausplünderung, mit denen die Imperialisten bei der Fäulnis und tiefen Krise ihrer Ausbeuterwirtschaft nur durch Verwandlung des Landes in ein Konzentrationslager für die Arbeiterklasse und das Volk und durch Errichtung unumschränkter Terrorherrschaft gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen aufwarten können. Mit dem Raub der Rohstoffe und der Naturreichtümer des Landes geht die schärfste und blutigste Auspressung der Arbeiter und Volksmassen von Azania durch die Imperialisten einher:

„Die Dividende der Kapitalinvestitionen der USA in Südafrika betrug 1969 im Durchschnitt 9,5%. Dagegen nur 5,7% in Westeuropa, 5,1% in Südamerika und 4,9% weltweit. Obwohl sich diese Zahlen seitdem verändert haben, sind die Verhältnisse immer noch die gleichen. Im Oktober 1976 zeigte die Dividende der Industriekonzerne, deren Aktien an der Johannesburger Börse notiert sind, durchschnittlich 11,2% des Marktwertes und der Gewinnanteil betrug 31%“,

preist die südafrikanische Botschaft in einer Werbeschrift an die westdeutschen Imperialisten die Bedingungen für Investitionen an. Über 300 westdeutsche Kapitalisten haben inzwischen mit eigenen Tochtergesellschaften die Beteiligung an der Auspressung der schwarzen Arbeiter und der Ausplünderung des Landes aufgenommen.

Die „Kennziffern“ für die Befriedigung ihrer Raubgier sind mit „durchschnittlich 6,4%“ bis 1979 von den Imperialisten markiert. Die „Eingliederung von mindestens 55000 Bantus in den Arbeitsprozeß“ aus den Reservaten sei dazu vorgesehen, berichten die Kolonialisten über den weiteren Ausbauplan dieses Konzentrationslagers für die Volksmassen Azanias und Militärzuchthauses für die Arbeiter.

Die „Friedenspläne“ der Imperialisten und ihre Heucheleien über „Sanktionen“ sind nichts als die Melodien für die Betrügereien, mit denen die Imperialisten diese raubgierigen und verbrecherischen Ausbeuterpläne vor den Augen der Völker der Welt vergeblich zu *kaschieren* und zu *verdecken* versuchen. Die blutige und brutale Unterdrückung der Arbeiter und des Volkes von Azania *betreiben* sie, um diese Pläne durchzusetzen.

Seit den Kämpfen von Soweto im Juni vergangenen Jahres ist eine Tatsache, daß das Volk von Azania seinen Platz in der großen historischen Strömung des Kampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus „Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen die Befreiung und Völker die Revolution“ im Verein mit allen Völkern mutig einnimmt und entschlossen ist, sich durch keine noch so grausame Unterdrükkung von Kampf für seine Befreiung abhalten zu lassen. Das erschüttert und beschleunigt die Zersetzung der bis an die Zähne bewaffneten Kolonialherrschaft der Imperialisten, und läßt sie das Heil ihrer Profite und Raubzüge in solchen verzweifelten Maßnahmen wie den gegenwärtigen Verboten suchen.

„Jetzt ist für das Volk von Azania ganz klar, daß es keinen anderen Weg gibt, auf dem es in seinem Land seine Vorstellungen verwirklichen kann als durch den Sturz des Regimes durch den bewaffneten Befreiungskampf.“ (Genosse Makoti, Mitglied des ZK des PAC gegenüber der KVZ am 20.10.) – (Z-Red)

Beschluß vom 11. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier

Für demokratische Rechte und Freiheiten

Der Elfte Ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier erklärt sich solidarisch mit allen Völkern, die für ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit und die Beseitigung des Kolonialismus und Imperialismus kämpfen. Wir unterstützen sie in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Wir fordern die Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten, deren unverzichtbarer Bestandteil die Legalisierung der Gewerkschaften ist.

(einstimmig angenommen)

EG-Ministertreffen um die Aufteilung der „EG-Meere“ – verschärfter Konkurrenzkampf um die Vorherrschaft im Nord- und Nordostatlantik

„Die Zukunft der deutschen Hochseefischerei liegt noch immer im Nebel. 10 Monate nach Einführung der 200-Meilen-Zone in der EG sind sich die Regierungen der Neunergemeinschaft nicht einmal über die wichtigsten Grundsätze einig, nach denen die stark reduzierten Fischereibestände im neuen ‚EG-Meer‘ bewirtschaftet werden sollen.“ (Die Welt, 24.10.) „200-Meilen-Zone in der EG“? – Die Imperialisten in der EG, allen voran die BRD-Imperialisten, haben sich mit dem „EG-Meer“ den freien Zugang zu den Fischreichtümern der Küstenstaaten im Nordatlantik geschaffen. Deren nationale Schutzzonen betragen 6 bis 12 Seemeilen. Jetzt geht es darum, den Kuchen aufzuteilen.

In erbitterter Konkurrenz stehen sie mit den britischen Imperialisten über die Ausplünderung der irischen Fischreichtümer. Die Iren kämpfen um die Ausweitung ihrer nationalen Schutzzone von 12 auf 50 Seemeilen, um die weitere Ausplünderung durch die Imperialisten zu verhindern. Die britischen Imperialisten, die bereits einen großen Teil der irischen Fischerei unter Kontrolle haben, unterstützen dies, um ihre Vorherrschaft zu sichern.

In der letzten Woche traf sich der EG-Agrarministerrat erneut, um die Fischereifangquoten und -zonen der einzelnen Mitgliedstaaten festzulegen. Die Fänge im 200-Meilen-EG-Meer sollen von 4,5 Millionen Tonnen Fisch 1978 auf 2,7 Millionen Tonnen beschränkt werden. Die BRD-Imperialisten, die 1975 rund 440000 Tonnen Fisch in der 200-Meilen-Zone der EG gefangen haben, sollen sich auf 100000 Tonnen beschränken. Die Fangquoten von Drittländern sollen eingeschränkt und die „dadurch gewonnenen zusätzlichen Mengen sollen vor allem der britischen Quote zugeschlagen werden“. (Die Welt, 24.10.) Geeinigt haben sie sich auf der Sonderkonferenz am Dienstag nicht. Nur darüber, daß die Einhaltung der geplanten nationalen Fangquoten stärker kontrolliert werden müsse und daß mehr als 2,7 Millionen Tonnen nicht zu verteilen seien. Das ist auch eine Art Einigkeit: wo nicht mehr ist, kann man eben nicht mehr holen. Aber die BRD-Imperialisten wollen dabei den größten Reibach machen, ihre Konkurrenten innerhalb der EG niederringen und die Reichtümer der kleinen Küstenländer wie Irland selber ausplündern. Der Vorschlag der EG-Kommission befriedigt ganz und gar nicht die Raubgier der westdeutschen Imperialisten. „Für die deutsche Seite geht es darum, mit Umsicht zu vermeiden, daß man bei der Quotenverteilung fast leer ausgeht, obwohl Bonn die finanzielle Hauptlast der Ausgleichs- und Strukturmaßnahmen in den Küstenregionen der Partnerländer zu tragen haben wird.“ (Handelsblatt, 25.10.) Ihnen geht es jetzt darum, die Mitgliedstaaten unter Druck zu setzen, um ihren Anteil zu vergrößern. Durch Fangeinschränkungen von Drittländern wollen die EG-Mitgliedstaaten vor allem die Raubzüge der Sozialimperialisten im Nordatlantik verhindern. Die BRD-Imperialisten sehen ihre Händel gefährdet. Denn „alle EG-Partner (holten) in Gewässern, die jetzt zu den 200-Meilen-Zonen dritter Länder gehören, nur jeweils knapp ein Drittel ihrer Fänge (Britannien, Frankreich, Italien), oder noch wesentlich weniger, während die deutsche Hochsee- und Fernfischerei von dort zwei Drittel und mehr des deutschen Bedarfs einbringen. Mehr und mehr schließen sich die dortigen Fanggründe für Fischereifahrzeuge der EG.“ (Handelsblatt, 25.10.) Ihre Raubzüge innerhalb der 200-Meilen-Zone Norwegens, Schwedens, Spaniens und der Sowjetunion müssen gesichert bleiben. Mit Norwegen und der Sowjetunion wollen sie einschlägige Tauschgeschäfte machen. „Fischrechte innerhalb des EG-Meeres“ gegen Fischereirechte für die westdeutsche Hochseefischereiflotte vor der fischreichen Küste Norwegens und in der Barentsee. Mit den Sozialimperialisten könnten sie sich schon einigen (erste Verhandlungen hat es schon gegeben), wenn deren Fangquoten innerhalb des „EG-Meeres“ durch die Mitgliedstaaten nicht eingeschränkt würden. Während die kleinen Mitgliedstaaten wie Irland um nationale Schutzzonen von 50 Meilen kämpfen, die britischen Imperialisten ihre Vormachtstellung vor allem in den britischen und irischen Gewässern sichern wollen, ringen die BRD-Imperialisten in ihrer Gier nach Höchstprofiten um die Beherrschung des „EG-Meeres“. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 0611 / 730236 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement inc. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 44 / 1977: 32000

Für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Auf dieser Grundlage kann man die Front aufbauen

Gemäß der Resolution der Kundgebung in Bonn vom 8.10. hatten KBW, KPD und KPD/ML zu einem Treffen am 29.10. in Köln eingeladen, um weitere Schritte im Kampf gegen die Reaktion zu beraten und zu beschließen. Zu diesem Treffen hatten KBW, KPD und KPD/ML die folgenden Organisationen eingeladen:

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, KABD, KAB (RW), KB, SB, Humanistische Union, Liga für Menschenrechte, Jungsozialisten, Jungdemokraten, Falken und Basisgruppen.

Erschienen sind außer dem KBW, der KPD und der KPD/ML der KABD, der KAB(RW) und der KB. Zu Beginn war auch der Arbeiterbund aus München anwesend. Er stellte für seine Anwesenheit einige Bedingungen. So sollten die Organisationen aus jeder Beratung ausgeschlossen werden, die „nicht bereit sind, sozialdemokratische Organisationen wie die DKP z.B. ins Bündnis zu nehmen", Organisationen, die „irgendeine sozialdemokratische Organisation, wie z.B. die DKP, faschistisch oder sozialfaschistisch" nennen. Das galt KPD und KPD/ML. Sofern eine Organisation diese Auffassungen nicht teile, aber den Aufruf zur Bonner Demonstration gegen die Verbotsanträge unterschrieben habe, müsse sie auch aus der Beratung ausgeschlossen werden, „es sei denn, sie nimmt die Erklärung öffentlich zurück". Das galt dem KBW. Der Arbeiterbund war also auf Einladung des KBW, der KPD und der KPD/ML aus München nach Köln gekommen, um den Ausschluß dieser drei Organisationen aus jeder Beratung zu fordern und sich dann nach vollbrachter Tat wieder auf die Fahrt nach München zu begeben. Wir hoffen sehr, daß die Finanzprüfungskommission des Arbeiterbundes Einspruch erhebt. Wir berichten über dieses Vorkommnis, damit jedermann sehen kann, daß man im Kampf für die Einheit der demokratischen und revolutionären Bewegung von den verschiedenen Organisationen, die behaupten, Teil dieser Bewegung zu sein, mit allem rechnen muß.

Der Beratung lagen verschiedene Vorschläge vor. Den Vorschlag, auf den sich der KBW und die KPD am 24.10. nach längeren Beratungen geeinigt haben, drucken wir nebenstehend ab. Wir haben über die Auseinandersetzung zwischen KBW, KPD und KPD/ML um die Fortsetzung der Aktionseinheit in dieser Zeitung laufend berichtet. In der letzten Nummer haben wir nochmal begründet, warum wir für den Aufbau der Front gegen Imperialismus und Reaktion, für Demokratie und Sozialismus eingetreten sind und einen Kongreß mit dieser ausdrücklichen Stoßrichtung vorgeschlagen haben. Um zu einem gemeinsamen Vorschlag mit der KPD zu kommen, nachdem die KPD/ML den Verhandlungen ferngeblieben war, verzichteten wir auf diese programmatische Festlegung der Front und einigten uns auf den Aufbau der Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes auf Grundlage eines positiven Aktionsprogramms. Diese Einigung bedeutet einen Fortschritt im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion. Den revolutionären Kräften legt sie keine Fesseln an. Der gemeinsame Vorschlag verbessert die Bedingungen, um weitere Organisationen für diesen Vorschlag zu gewinnen und damit den Interessen und Bestrebungen der Massenbewegung nach dem Aufbau einer Front im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion zu dienen. Der Vorschlag von KBW und KPD ist ein Kompromiß zwischen den beiden Organisationen, er beinhaltet aber keinen Kompromiß zwischen richtig und falsch. Er ist vollständig richtig. Durch das positive Aktionsprogramm, das den Kern des Vorschlags bildet, kann die Einheit im Kampf gesichert werden, wenn auch die Stoßrichtung dieses Kampfes für die proletarische Revolution erst noch in der Praxis des Klassenkampfes geklärt werden muß. Dieser gemeinsame Vorschlag von KBW und KPD lag der Beratung am 29.10. vor. Es hat sich in dieser Beratung gezeigt, daß der gemeinsame Vorschlag hieb- und stichfest ist und eine Einheit im Kampf gewährleisten kann, auch wenn in anderen Fragen noch wesentliche Differenzen bestehen. KBW und KPD konnten auf Grundlage dieses Vorschlages gemeinsam für den Aufbau der Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes und für einen Kongreß, der diese Front schafft, kämpfen. Alle Versuche der Spaltung sind an den klaren Festlegungen des gemeinsamen Vorschlags gescheitert.

Keine Zugeständnisse an den modernen Revisionismus!

Es gibt bekanntlich eine Reihe von Organisationen, die den Kampf gegen den modernen Revisionismus nicht nur ständig im Munde führen, sondern die sogar ein förmliches Verbot der Aktionseinheit mit revisionistischen Organisationen zur Bedingung jeder Aktionseinheit machen. Der Grund ist, daß die politischen Zugeständnisse an den modernen Revisionismus so groß sind, daß anders als organisatorisch eine Abgrenzung zum modernen Revisionismus schwer fällt. In eine solche Lage ist die KPD/ML geraten mit ihrer Absicht, eine antifaschistische Aktionseinheit zustandezubringen. Voller Furcht vor revolutionärem Demokratismus bringt die KPD/ML kein positives Aktionsprogramm zustande, und sofern sie positive Forderungen aufstellt, wagt sie es nicht, diese Forderungen konsequent zu formulieren und zu vertreten. Was anders als Mißtrauen in die Massen bedeutet z.B. die Formulierung: „Meinungs- und Pressefreiheit für Kommunisten, Revolutionäre und alle fortschrittlich gesinnten Menschen und Organisationen"? Uneingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit ist die Forderung der Massen und im Kampf für diese Forderungen reißen sie alle Schranken nieder, die der bürgerliche Staatsapparat und der Kapitalismus der Verwirklichung dieser Forderung in den Weg stellen. Demokratische Forderungen, konsequent formuliert, sind unvereinbar mit der Herrschaft der Bourgeoisie. Ist der Unterschied in den beiden Formulierungen unbedeutend? Nein! Dahinter steckt der Gegensatz: vertrauen die Kommunisten in die Massen oder versuchen sie sie zu gängeln, steckt der Gegensatz zwischen revolutionärem Demokratismus und Revisionismus. Entweder entscheidet der Staatsapparat oder die KPD/ML, wer fortschrittlich gesinnt ist. Stellt die KPD/ML eine demokratische Forderung auf, dann sorgt sie sich stets, ob das nicht zu weit gehen könnte. „Der Herr ist mein Hirte", das ist der Leitsatz, den diese Leute in Sachen Demokratie verordnen wollen. Im wesentlichen jedoch sucht die KPD/ML sowieso die Einheit auf der bekannten Aufzählung von „Weg mit ..."- und „Schluß mit ..."-Forderungen, deren Reihe wie die KPD/ML bemerkt, sich genauso „beliebig fortsetzen" ließe wie die Aufzählung der reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie. Eben.

Ist die KPD/ML in allen Festlegungen der Forderungen ziemlich rechts und inkonsequent, so ist sie in der Festlegung formeller, weil nicht durch den politischen Inhalt der Forderungen begründeten „Abgrenzungen" äußerst penibel. Kannte man ihre Festlegung auf ein formelles Verbot der Aktionseinheit mit der DKP schon lange, so überraschte sie auf der Beratung am 29.10. damit, daß auch die Kräfte aus der Aktionseinheit ausgeschlossen werden müßten, die „mit der sogenannten ‚Theorie der 3 Welten' vom Kampf gegen die herrschende Klasse und ihre Faschisierungsmaßnahmen abzulenken versuchen". Je mehr die KPD/ML unter dem Deckmantel der antifaschistischen Aktionseinheit politisch nach rechts gehen wird, um so mehr wird sie das revolutionäre Heil in solchen formellen Abgrenzungen suchen. Das ist eine äußerst schädliche Entwicklung. Wer außer den modernen Revisionisten kann sich darüber freuen?

Rechts kann sich die KPD/ML dann mit dem KABD treffen, der eine Aktionseinheit „Für die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten", d.h. für die demokratische Republik aufbauen will. Das ist in der gegenwärtigen Lage bereits Revisionismus in Strategie und Taktik. Die FDGO soll ‚verteidigt' werden. Ohne uns. An den Revisionismus werden Zugeständnisse in allen Fragen gemacht: „Die zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Spannungen zwischen den imperialistischen Ländern erhöhen die Kriegsgefahr." Gehört die sozialimperialistische Supermacht nun zu diesen „imperialistischen Ländern"? Das ist die Preisfrage. Da sie nicht beantwortet wird, bleibt politisch die Einigung mit dem modernen Revisionismus möglich. Da Forderungen, wie „Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, Auflösung der imperialistischen Bündnisse" von den Genossen des KABD als zu ‚weitgehend' für eine Aktionseinheit zur „Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte" angesehen werden, ist der Versöhnung mit den modernen Revisionisten Tür und Tor geöffnet, für den Kampf gegen imperialistische Kriegsgefahr die Tür aber zugeschlagen. Zur Formulierung eines positiven Aktionsprogramms für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes zeigt sich dementsprechend der KABD bisher genausowenig in der Lage wie die KPD/ML.

In dieser Situation der Spaltung und Zersplitterung der marxistisch-leninistischen Organisationen kann sich eine Blindschleiche wie der Kommunistische Bund als Kreuzotter bewegen und sich Hoffnungen machen, den Aufbau der Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes erfolgreich zu bekämpfen. Er versucht mal hier, mal dort Gift zu spritzen, versucht dort zu spalten, wo sich eine Einheit abzeichnet, und deutet dort Einheit an, wo er sich noch größere Spaltung erhofft. Den Weg zur Einheit, die Einigung über ein positives Aktionsprogramm, das der demokratischen und revolutionären Bewegung vorgeschlagen werden kann, weist er weit von sich. Damit sei überhaupt nichts erreicht. Vielmehr komme es darauf an, daß die „viel komplizierteren bündnispolitischen Fragen" gelöst würden. Eine bündnispolitische Frage ist z.B.: Darf man die ideologische und politische Linie eines Wallraff oder Biermann bekämpfen oder darf man nicht? Man darf nicht, wenn man in den „komplizierten bündnispolitischen Fragen" nicht Scherben anrichten will. Dabei ist die Frage doch einfach: Wer die Einheit im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes unterstützt, der ist ein Demokrat in Taten und nicht nur in Worten. Mit ihm kann sich die Arbeiterklasse im Kampf zusammenschließen. Seine Ideologie wird die Arbeiterklasse noch lange nicht übernehmen, sondern bekämpfen.

Natürlich ist die Lage kompliziert im Kampf für die Einheit der demokratischen und revolutionären Bewegung. Durch die Einigung von KBW und KPD auf einen gemeinsamen Vorschlag ist die Lage schon vereinfacht worden. Ohne diesen Vorschlag wäre die Beratung ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Jetzt ist eine Fortsetzung der Beratung in 14 Tagen beschlossen worden. Man muß die Zeit nutzen, um die Einheit von unten voranzutreiben und damit die Einheit „oben" zu erleichtern. Ob KB und KPD/ML kommen werden, haben diese Primaballerinnen des Eiertanzes allerdings offen gelassen.

Zahlreiche Resolutionen und Erklärungen aus Abteilungen von Betrieben, Gewerkschaftsgruppen, Schulen, Fachschaften und Jugendzentren haben auch diese Woche die KVZ erreicht, in denen der ursprüngliche Vorschlag des KBW begrüßt wird. Wir sind sicher, daß all diese Kräfte gut verstehen werden, daß es jetzt darauf ankommt, den Kampf für den gemeinsamen Vorschlag von KBW und KPD zu führen. Jedes Stück wirkliche Einigung im Kampf erleichtert auch die Einheit für die proletarische Revolution. Die Massen begreifen das. Den bornierten Ideologen soll man es begreiflich machen.

Köln, den 24.10.77

Vorschlag

I Die Flut von reaktionären Maßnahmen und Gesetzen in der BRD und Westberlin verlangt das gemeinsame Handeln aller klassenbewußten Arbeiter und Gewerkschafter, aller Demokraten, Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten.

Deshalb rufen die unterzeichnenden Organisationen auf, eine Front von Demokraten, Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes aufzubauen.

II Unserer Meinung nach soll diese Front jetzt auf folgendem Aktionsprogramm aufgebaut werden:

Im Kampf gegen die Maßnahmen und Gesetze der herrschenden Klasse und ihres Staates zur Unterdrückung des Volkes, im Kampf gegen den Polizeiterror, die Polizeimorde und das geplante Polizeigesetz, gegen die Bespitzelung, Kontrolle, Überwachung und Schikane durch Verfassungsschutz und Geheimdienste, im Kampf gegen die immer schärfere Unterdrückung der Meinungsfreiheit, im Kampf gegen die Beseitigung der Rechte der Verteidiger, der Angeklagten und Gefangenen, im Kampf gegen Berufsverbote und politische Entlassungen, im Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung, im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus erhebt diese Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes die folgenden Forderungen:

- Uneingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit!
- Uneingeschränktes Streikrecht!
- Uneingeschränktes Koalitionsrecht!
- Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!
- Uneingeschränkte Demonstrations- und Organisationsfreiheit! Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit den Verbotsanträgen gegen kommunistische Organisationen!
- Gleiche Rechte für die ausländischen wie für die deutschen Arbeiter, Werktätigen und Studenten!
- Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, Auflösung der imperialistischen Militärbündnisse!
- Abzug aller fremden Truppen aus der BRD, aus Westberlin und aus der DDR!

Wir fordern die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften, da sie den Interessen und Bestrebungen der Gewerkschaftsmitglieder widersprechen. Wir unterstützen die Forderung nach Rücknahme der Ausschlüsse von klassenbewußten Arbeitern und Angestellten aus den Gewerkschaften.

III Die unterzeichnenden Organisationen rufen zu einem Kongreß auf. Er soll das Aktionsprogramm beraten und beschließen. Er soll die Front von Demokraten, Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes schaffen.

Diesem Kongreß für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes vorausgehen sollen örtliche Massenberatungen über Linie und Politik der Aktionseinheit, über das Aktionsprogramm und die Organisierung der Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes.

Die Aktionseinheit soll sich organisieren über örtliche Zusammenschlüsse, Massenversammlungen und Delegierte dieser Zusammenschlüsse und Versammlungen. Es soll gewährleistet sein, daß alle Organisationen, die die Aktionseinheit unterstützen, bei allen Entscheidungen beteiligt sind. Es soll ein Delegiertenrat gebildet werden.

Der Kongreß soll im Januar stattfinden.

Wir fordern alle klassenbewußten Arbeiter und Gewerkschafter, alle kommunistischen, sozialistischen, antifaschistischen und demokratischen Parteien, Organisationen und Gruppierungen, alle Vertretungsorgane der Arbeiter und Werktätigen, der Schüler und Studenten auf, wir fordern alle, die für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes kämpfen, auf, sich mit unseren Vorschlägen auseinanderzusetzen und nachhaltige Anstrengungen zur Bildung einer gemeinsamen Front zu unternehmen.

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)



Der Kampf um Demokratie ist entscheidend, um den wirtschaftlichen und politischen Kampf unter Führung der Arbeiterklasse zum einheitlichen Klassenkampf gegen Imperialismus und Reaktion, für Demokratie und Sozialismus zusammenzufassen.

1500 DM steuerfrei!

Ein Überblick über drei Jahre imperialistische Steuerreform

Scharen von Beamten haben in den Ministerien gebrütet, wie sie durch die Steuerreform die Schere schleifen können, mit der die Bourgeoisie an die Löhne der Massen geht. „Die ganze Steuerreform war im übrigen darauf berechnet, daß die Inflation weiter steigen würde und daß die Lohnabhängigen durch diese Entwicklung vor die Alternative gestellt würden, entweder auf Lohnerhöhungen zu verzichten und direkt Verluste am Reallohn hinzunehmen oder die erkämpften Lohnerhöhungen sich durch den bürgerlichen Staat wegnehmen zu lassen und auf diesem Umweg eine Senkung des Reallohns hinnehmen zu müssen." (KVZ, 18.11.1976) Alle bürgerlichen Parteien haben diese Steuerreform betrieben, aber die Sozialdemokratie hat den Betrug am konsequentesten durchgeführt. Die neuerlichen Gesetzentwürfe zum Weihnachtsfreibetrag, Grundsteuersatz und Tariffreibetrag zielen direkt auf den jetzt anstehenden Tarifkampf. Die Steuerprogressionswand soll Tarifforderungen von 220 DM als von vornherein nutzlos erscheinen lassen und die Niederlage der Arbeiterbewegung in diesem Lohnkampf schon im Stadium des Aufstellens der Forderung herbeiführen, indem die Arbeiterbewegung den Lockrufen von Apel und Ehrenberg folgt und mit dem Aufstellen einer niedrigen Forderung die Steuerreformpläne der Sozialdemokratie honoriert. Ein Hungerlohn ist jeweils die Konsequenz. Die einzelnen Stationen des Steuerreformbetrugs zeigen, daß der Kampf für den Lohn verbunden werden muß mit dem Kampf gegen das Steuersystem und für einen Steuerfreibetrag von 1500 DM.

1974: Die Bourgeoispolitiker singen das Loblied der Steuerreform ...

„Die Reform – sie trat am 1.1.1975 in Kraft –
- bringt für die Bürger insgesamt eine Entlastung von 15 Mrd. DM
- verteilt die Steuerlast gerechter
- paßt das Steuerrecht an die wirtschaftliche Entwicklung an
- beseitigt ungerechtfertigte Vergünstigungen und Mißbrauchsmöglichkeiten

Steuereinnahmen des bürgerlichen Staates bis 1976
Schätzungen der Bourgeoisie ab 1977

Steuereinnahmen insgesamt
Lohnsteuer
Umsatzsteuer und Mineralölsteuer
Sonstige Steuern
Steuern für Einkommen „aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
400 350 300 250 200 150 100 50 10
1969 1973 1977 1981

Quellen: Steuereinnahmen bis 1976: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank; Schätzungen ab 1977: Handelsblatt vom 1. September 1977

- schafft Vereinfachungen und Verwaltungserleichterungen

Die Steuerreform enthält im einzelnen u.a.

1. das neue Kindergeld
   50 DM monatlich für das erste Kind
   70 DM monatlich für das zweite Kind
   120 DM monatlich für jedes weitere Kind
   Jeder erhält also *vom ersten Kind an* eine Entlastung
2. Die Erhöhung des Grundfreibetrages von 1680 DM / 3360 DM auf 3000 DM / 6000 DM bei Ledigen / Verheirateten
3. Die Beseitigung der Steuerprogression für kleine und mittlere Einkommen durch Ausdehnung der Proportionalzone bis 16000 DM bei Ledigen und 32000 DM bei Verheirateten
4. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 56 v.H. bei Wegfall der Ergänzungsabgabe
5. Die Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages von 240 DM auf 480 DM
6. Anhebung der Sonderausgabenhöchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen
7. Die Konzentration der Sparförderung auf untere und mittlere Einkommensschichten durch Einführung einer Einkommensgrenze von 24000 DM für Ledige und 48000 DM für Verheiratete (Erhöhung je Kind um 1800 DM)"

(Aus dem Tätigkeitsbericht der Bundesregierung über die Arbeit in der 7. Legislaturperiode)

„Vergessen" haben sie bei dieser Aufzählung die Erhöhung der Steuersätze für niedrige und mittlere Einkommen, durch die die Steuerreform erst ihre richtige Wirkung entfalten kann.

... und was davon zu halten ist

15 Milliarden , schrieben wir damals in der Kommunistischen Volkszeitung, „das klingt viel und bedeutet doch nur durchschnittlich 40 DM monatlich pro Lohnabhängigem, soviel wie die Lohnsteuern allein im Jahre 1973 zugenommen haben – weniger als das, was die Lohnsteuern 1974 noch einmal zunehmen werden. Da wird also nichts geschenkt oder zurückgegeben, sondern lediglich die Zunahme der Ausplünderung wird kurzfristig gedrosselt, um dann wieder zu steigen. (...)

Für die Lohnabhängigen, die unter 1300 DM brutto verdienen, wird der Steuersatz auf 22% erhöht, für die, die mehr verdienen, sogar gleich auf 31%. (...)

Die Progression beginnt schon verschärft bei den unterdurchschnittlichen Löhnen und wird bei den hohen Einkommen kaum mehr wirksam. Das wird schon ein Jahr nach Inkrafttreten der Steuerreform zu einem weiteren Sprung nach oben in der Lohnsteuer führen und in kurzer Zeit die Steuerausplünderung der Lohnabhängigen gewaltig verschärfen."

(Kommunistische Volkszeitung vom 12. Juni 1974)

1976/1977: Die Progressionsfalle schnappt zu – Ehrenberg schärft die Zacken

„1973 stand der durchschnittliche Bruttolohn aller in der Rentenversicherung versicherten Arbeiter und Angestellten auf 1524,60 DM. Von diesem Bruttolohn mußte ein Arbeiter, der ihn zufällig verdient hat – zwei Kinder, verheiratet, Steuerklasse IV – 438,28 DM oder 28,7% als Lohnsteuer und für die „Sozialversicherung" abführen. (...)

Dies fanden die Kapitalisten nicht ausreichend. Mehr noch, es war regelrechte Gefahr im Verzuge. Denn die Arbeiter erkämpften sich Lohnerhöhungen, die infolge der Inflation erheblich über 5,3 Prozent hinausgingen. Ohne genaues Studium der Linie „A" in unserem Schaubild kann nicht ermessen werden, in welcher Gefahr die Kapitalisten schwebten. Kam der industrielle Durchschnittslohn in die Nähe des Betrages von runden 2300 DM, so mußte nach der im Jahre 1973 gültigen Steuer- und Lohnabzugstabelle eine Degression, eine relative Minderung der Belastung des Bruttolohns eintreten. (...)

Die Sozialdemokratie, damals noch unter Regie von Willy Brandt, kreißte und gebar die große sozialdemokratische Steuerreform.

Wie man aus der graphischen Darstellung ersehen kann, bestand der Kern dieser Steuerreform darin, bei 1500 bis 3000 DM eine Progressionsmauer zu errichten, die dasteht wie die Eiger-Nordwand im Berner Oberland. Die Errichtung dieser Progressionsmauer wird durch die Linie „B" dargestellt. Man kann ihre Bedeutung auch ausrechnen. Unser Arbeiter verdiene Anfang 1976 entsprechend dem Durchschnitt 1975 1817,30 DM. Im Lohnkampf kommen 7,3 Prozent heraus. Jetzt hat er 1950 DM brutto. Vorher hatte er auf 1817,30 DM 597,61 DM Abzüge, also 31,9 Prozent. Auf den Mehrbetrag von 132,70 DM drükken ihn nun 62,36 DM oder 47,0% Abgabenlast. (...)

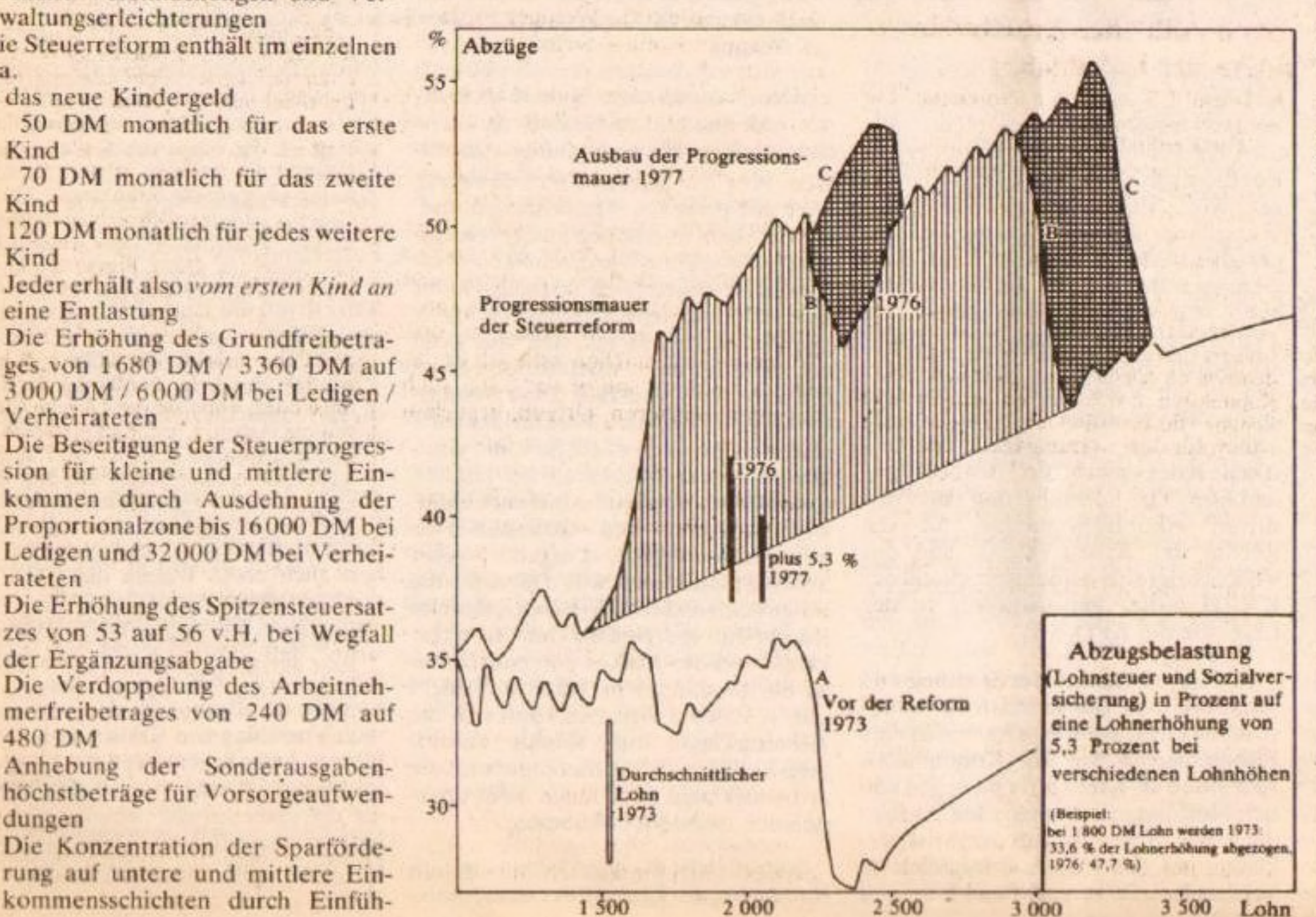
1976 stellt sich die große sozialdemokratische Steuerreform dar als die Errichtung eines Steuergefängnisses für Arbeiter und Angestellte bis inclusive 3100 DM brutto. Dieses Steuer- und Abzugsgefängnis hat allerdings noch einen Macken zu verzeichnen. Bei Löhnen von 2200 bis 2600 DM kam es wieder zu einer Degression. Das ist diese Einbuchtung.

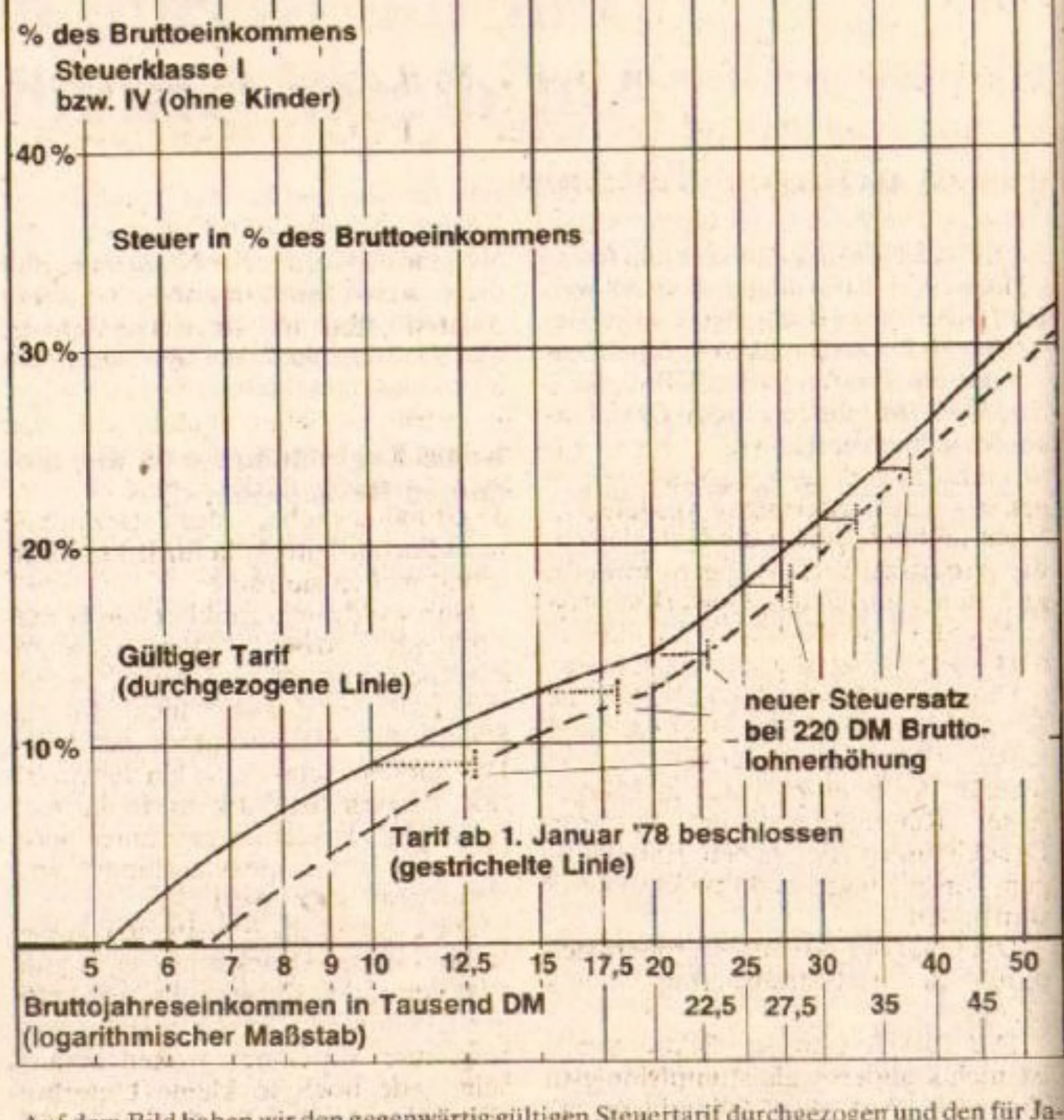
Sozialdemokratische Lohnsteuerpolitik erschließt sich nicht ohne sozialdemokratische Sozialversicherungspolitik. Wie kommt es zu der Einbuchtung? Diese Unschönheit des Kurvenverlaufes entsteht, weil die Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenkassen zu niedrig liegt.

Die große sozialdemokratische Steuerreform war so angelegt, daß ein Teil der höher verdienenden Vorarbeiter und der Angestellten durch Überschreiten der Bemessungsgrenze für die Krankenversicherung eine gewisse Abzugserleichterung verspürte. Die Lücke im Steuer- und Abzugsgefängnis erstreckte sich von 2200 DM bis 2600 DM, immer im Jahre 1976. Wer weiß, was Vorarbeiter so ungefähr verdienen, sieht, wie *genau* die Sozialdemokratie diese Lücke placiert hat.

Daß auch ein Vorarbeiter oder besser verdienender Angestellter vollständig schief liegt, wenn er den Sozialdemokraten *vertraut*, beweist die Linie „C". Sie zeigt den Vorgang der Schließung der Lücke im Abzugsgefängnis für Arbeiter und Angestellte durch den p.p. Ehrenberg."

(Kommunistische Volkszeitung vom 24. März 1977)





Auf dem Bild haben wir den gegenwärtig gültigen Steuertarif durchgezogen und den für Januar beschlossenen gestrichelt abgetragen als Prozentsatz der Besteuerung des Bruttojahreseinkommens. Die gepunktet angedeuteten Steuersätze bei einer Lohnerhöhung von 220 DM im Monat zeigen, was hinter dem „Erleichterungs"gerede der herrschenden Klasse wirklich steckt. Selbst bei gleichbleibendem oder sinkendem Steuersatz wird *mehr* Lohn weggesteuert als jetzt, wenn die notwendige Lohnerhöhung erkämpft wird.

Räuberideen

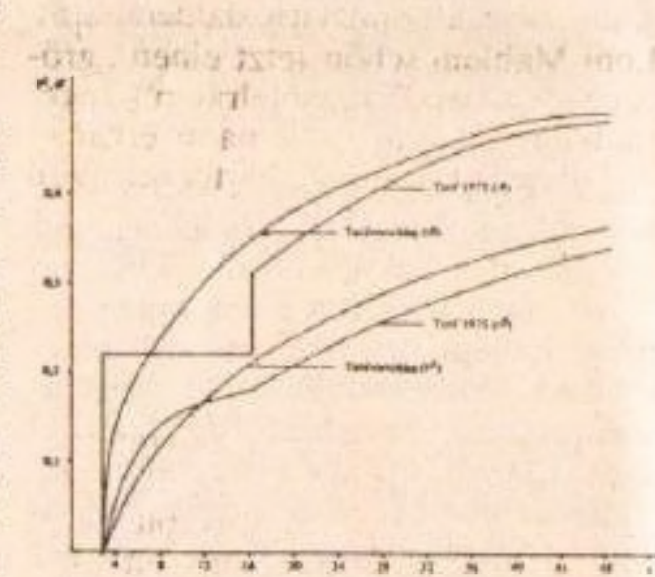
„In dem Einkommenssteuerreformgesetz von 1975 wird in § 56(1) festgelegt, daß zum 1. Januar 1978 ein neuer Tarif für die Berechnung der Lohnsteuer gelten soll. Der Tarif ist die Formel, mit der die Steuer von dem steuerpflichtigen Einkommen berechnet wird. (...)

Diese Soll-Vorschrift zu erfüllen, hat die Bundesregierung zum 1. Januar 1978 ‚nicht für zweckmäßig' gehalten. Der bisherige Tarif hat die Einkommensskala in 5 Bereiche aufgeteilt, von denen der erste steuerfrei (bis 3029 DM Jahreseinkommen) war und die Steuer für die verschiedenen Einkommensbereiche nach verschiedenen Formeln berechnet wurden. Ergebnis waren ‚Progressionen' und ‚Proportionalzone'. Die Bundesregierung hat in ihrem Tarifbericht vom 27. Januar 1977 erklärt, eine Veränderung zum durchgehenden Progressivtermin hielte sie gegenwärtig für verfrüht. Jetzt sollen ‚Steuererleichterungen' diese neue Steuerreform vorbereiten helfen.

Ein Herr Petersen hat in der Zeitschrift ‚Finanzarchiv' einen Vorschlag für einen entsprechenden Tarif gemacht. Deutlich ist: Dort, wo wenige Lohnabhängige auf der Lohnskala zu finden sind, unter 10000 Mark jährlich, wird ‚erleichtert'. In dem Bereich, wo sich die Masse der Hilfsarbeiter und anderen unteren Lohnstufen befinden, in dem Bereich des ‚Knicks' – also bei 15000 Mark jährlich, wird der Knick beseitigt, die Progression gleichmäßig geschärft und gleichzeitig der Steuersatz erhöht.

Der Vorschlag Petersens hat ein genaues Ziel, er geht auf weitere Spaltung der Arbeiterklasse und Herabdrückung der unteren Einkommen ins Elend. Die Vorschrift des Gesetzes von 1975, im Jahr 1978 einen anderen Tarif einzuführen, war relativ genau auf die Erhöhung des Lohns für diesen Zeitraum berechnet. Jetzt verfeinert die Bourgeoisie diese Berechnung und verschiebt den Termin leicht, um die angestrebte Spaltungslinie in der Arbeiterklasse genau zu treffen."

(Kommunismus und Klassenkampf 9/77)



Die angestrebte Änderung des Steuertarifs. Hier die im ‚Finanzarchiv' vorgeschlagene Änderung. (Oben Veränderung des Grenzsteuersatzes, unten Veränderung des Steuerdurchschnittssatzes)

Nach allem Bisherigen stellen wir fest: In keiner Weise hat die Bourgeoisie eine Lockerung ihrer drückenden Steuerausplünderung im Auge. Um reine Lohnräuberei geht es ihr, nach dem Motto: Friß, Vogel, oder stirb, bleib „bescheiden" mit den Lohnforderungen, oder büße mit immer schneller und stärker wachsenden Steuererhöhungen. Einen verhängnisvollen Fehler begeht, wer die kaltblütige und langfristige Planung dieser Ausbeuterklasse unterschätzt

Kampf um den Tarif

Hartnäckiger Kampf der Drucker für den Siebenstundentag zwingt Delegierte des Gewerkschaftstages zu richtigen Beschlüssen

Die Position der Gewerkschaftssozialdemokraten ist angekratzt: auf dem IG Druck Gewerkschaftstag in Augsburg haben Anträge aus den Betrieben und unteren Gewerkschaftsebenen für den Siebenstundentag, gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, für das Streikrecht und für Festgeldforderungen als Tarifforderungen vorgelegen. Nicht umhin konnten die Delegierten, die Arbeitszeitverkürzung zu fordern, und den Antrag des Gewerkschaftsvorstandes, daß Revolutionäre nicht in die Gewerkschaft dürfen, abzulehnen.

Das ist ein Erfolg der Arbeiter, die sich auf diesen Forderungen geeinigt haben. Grundlage dafür ist die verschärfte Ausbeutung durch großangelegte Rationalisierungen in den Druckhäusern, bei denen Entlassungen, Umsetzungen und Lohndrückerei stattfinden.

Die Qual der Arbeit vergrößert sich durch die Industrialisierung dieses Gewerks:

Die Tätigkeit an den Bildschirmen ist nichts anderes als stumpfsinnigste Tipperei: Auf dem Bildschirm erscheint z.B. für das Setzen der Anzeigen eine Maske, die nur noch ausgefüllt zu werden braucht. In der Reihenfolge: Telefonnummer? – Anzeigentext? – Name, Anschrift? – Erscheinungsdatum? Keine Minute dauert das, und die Anzeige ist fertig gesetzt.

Die Kontrolle wird umfassend: wieviel Anzeigen oder Text von jedem Arbeiter eingegeben sind, in welcher Zeit, wann Pausen gemacht worden sind und wer der Verantwortliche für Fehler ist. Schikaniert wird z.B. über große Schriften, die bei bestimmten Fehlern auf dem Bildschirm erscheinen, wie: „Mehr Konzentration!" Das ist eine entwürdigende Arbeit für die, die durch ihre Arbeit den gesamten gesellschaftlichen Reichtum schaffen.

Anfang November gehen die Verhandlungen über die Rastertarifverträge in die Schlichtung, wofür sich Gewerkschaftsspitzensozialdemokrat Loni Mahlein schon jetzt einen „größeren Verhandlungsspielraum" zugestanden hat, was Ferlemann ergänzt, daß diese Schlichtung „härter sein wird als jede Lohnrunde." Nicht nur, daß diese sozialdemokratischen Gewerkschaftsfürsten im Rastertarifentwurf die Spaltung zwischen Facharbeitern und anderen Arbeitern in der Druckindustrie vertiefen wollen, von den richtigen Forderungen nicht länger als vier Stunden Bildschirmarbeit, den 35-Stundenwoche, der Bezahlung nach Facharbeiterlohn für Bildschirmarbeit wollen sie runter.

Hart wohl nur gegenüber den Forderungen der Arbeiter. Denn, so Mahlein, die IG Druck und Papier „werde sich auch in Zukunft nicht auf die Lohn- und Gehaltspolitik beschränken, sondern sehe weiterhin die Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie die Kulturfragen als Kernfragen einer wirksamen Interessenvertretung an". (Handelsblatt, 25.10.)

Die Lage für die Arbeiter und Angestellten in der Druckindustrie ist günstig: Unter den Kapitalisten tobt heftiger Konkurrenzkampf um jeden Auftrag, ihre Maschinen wollen benutzt sein, jede noch so kleine Unterbrechung schadet dem Profitgeschäft. Die Linie Mahleins ist unter den Sozialdemokraten angeknackst.

Bei Gruner und Jahr in Hamburg entwickelt sich der Kampf gegen die geplante Auslagerung der Abbonnementenabteilung, gegen die Absicht der Kapitalisten, dann nicht mehr nach dem Druck-Tarif zu zahlen, sondern nach dem viel geringeren HBV-Tarif. Auf der letzten Betriebsversammlung hat die Geschäftsleitung bekanntgegeben, daß sie die Gehälter der Angestellten nicht mehr zum Januar, sondern erst zum April (wie bei den Arbeitern) erhöhen will. Verlängerung des jetzt laufenden Tarifs – das wird nicht hingenommen. Und prompt erklären sich die Kapitalisten bereit, für die 'Befriedung' der Belegschaft für die drei Monate einen Abschlag von 750 DM netto zu zahlen.

Ein Pferdefuß ist eingebaut, den Betrag sollen nur die erhalten, die vor dem 1.4.77 eingestellt sind. Unter den Angestellten wird diskutiert, daß alle diesen Betrag bekommen müssen. – (N-Red.)

Göttinger Farbfilter:

Kapitalisten zu Tarifvertrag gezwungen

Göttingen. Bei Göttinger Farbfilter wurden die meisten Arbeiterinnen bis vor kurzem nach dem 75er Tarif Papier und Pappe bezahlt. Das machte brutto (mit Zulage) 5,81 DM. Damit reicht niemand aus, auch wenn die meisten „Dazuverdiener" sind. Gegen den Tarifbruch hatten vier Arbeiterinnen geklagt, und eine hatte den Prozeß schließlich in der zweiten Instanz gewonnen. Die Arbeiterinnen haben Tariflohn für alle und Nachzahlung des vorenthaltenen Lohns für alle gefordert. Der Kapitalist Hans Hansen Schmidt dachte gar nicht daran, auf diese Forderung einzugehen. Das dokumentierte die Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung am 9.9. durch schlichtes Fernbleiben. Die Arbeiterinnen und Angestellten haben fast alle eine Resolution unterschrieben, in der die Geschäftsleitung aufgefordert wird, auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 19.9. zu erscheinen und klar Stellung zu nehmen. Gleichzeitig haben die Arbeiterinnen erklärt, daß sie von ihrem Recht auf Leistungsverweigerung Gebrauch machen werden, wenn die Geschäftsleitung nicht auf die Forderungen eingeht. Am 19.9. erschien der Kapitalist Hans Hansen Schmidt persönlich, aber nur, um zu erklären, daß jede Arbeiterin („Dame") genau so viel bekommt, wie ihr vom Gericht zugestanden wird. Daß er außerdem gerne bereit ist, eine Liste mit den Lohnerhöhungen herauszugeben, die die Geschäftsleitung jedem *einzeln* zu zahlen gedenkt. Daß er eine Bezahlung nach dem neuen Tarif Papier und Pappe ablehnt und daß die Zusagen, die von der Prokuristin und dem kaufmännischen Leiter vorher gemacht worden waren, völlig bedeutungslos sind.

Die Arbeiterinnen und Angestellten waren empört über diesen offenen Spaltungsversuch, nachdem sie monatelang mit leeren Versprechungen hingehalten worden waren.

Hans Hansen Schmidt verließ die Betriebsversammlung, da seiner Meinung nach alles gesagt worden war, was es zu sagen gab. Die versammelte Belegschaft war da anderer Meinung. Klar war, daß nicht gearbeitet wurde, solange die Forderungen nicht erfüllt waren, daß jetzt die Entscheidung in diesem Kampf gesucht werden mußte. Denn die Durchsetzung der einheitlichen Bezahlung nach einem Tarif schafft erst die Voraussetzung, um in der Tarifauseinandersetzung den Kampf um einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag führen zu können.

Es wurde beschlossen, die außerordentliche Betriebsversammlung bis mittags fortzuführen (danach gehen die meisten Frauen nach Hause) und für den nächsten Tag gleich um acht Uhr eine neue außerordentliche Betriebsversammlung einzuberufen. Diese Betriebsversammlung wurde erstaunlich kurz: Die Prokuristin erschien pünktlich um acht Uhr und erklärte, daß die Geschäftsleitung alle Forderungen erfüllt.

Inzwischen ist ein Großteil der Löhne nachgezahlt worden. Dieser Erfolg konnte nur durch das entschlossene Auftreten der gesamten Belegschaft für einheitliche Forderungen für alle erreicht werden. Die Voraussetzungen sind gut, um im Kampf um einen ausreichenden Lohn voranzukommen.

Als nächster Schritt dahin müssen die Einstufungen überprüft werden. Dazu muß ein Vertrauensleutekörper aufgebaut werden, der regelmäßig öffentlich tagt. Nur so kann sich die gesamte Belegschaft auf das richtige Vorgehen einigen und den Betriebsrat unterstützen. Damit wird auch gleichzeitig ein Organ geschaffen, mit dem der nächste Tarifkampf vorbereitet werden kann. Auch hier kann ein Erfolg nur unter einer einheitlichen Forderung nach Mark und Pfennig erreicht werden. Das muß gegen die Gewerkschaftsführung durchgesetzt werden. – (Zelle Musterschmidt, Bezirk Südost-Niedersachsen)

Verschiffungstermin für die ZANU-Kleidersammlung

Am 1.12. findet die nächste Verschiffung der gesammelten Kleider und anderer nützlicher Gegenstände für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe statt.

Bisher sind im Lagerraum in Bremen seit der letzten Verschickung Kleider im Gewicht von 2 Tonnen eingegangen. Das Afrikakomitee Hamburg hat mit Spendengeldern einen Traktor, den ein Bauer im Rahmen des Landwirtschaftsprojekts der Afrikakomitees zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe gespendet hat, repariert, so daß er ebenfalls am 1.12. verschifft werden kann. Neben Kleidern werden für den Befreiungskampf alle Gegenstände gebraucht, die im Krieg von Nutzen sind: Uhren, Wecker, Radios, Tonbänder, Cassettenrecorder, Schreibmaschinen, Photoapparate usw. Die Geräte müssen funktionsfähig sein, damit die Kämpfer der ZANU sie wirkungsvoll einsetzen können.

Es kommt also jetzt darauf an, das in den letzten Monaten in den verschiedenen Unterstützungsaktionen gesammelte Material sofort an das Bezirksbüro in Bremen, Gröpelinger Heerstraße 261 zu schicken und die restlichen Wochen bis zum 1. Dezember zu nutzen, weitere Kleider und andere nützliche Gegenstände verstärkt zu sammeln. Jede Jacke, jedes feste Schuhwerk und jede Uhr, die für den Befreiungskampf in Zimbabwe gespendet werden, sind Ausdruck der gleichen Interessen der Arbeiter und der Volksmassen in Westdeutschland und in Zimbabwe in ihrem Kampf gegen den Imperialismus. Jede weitere Tonne an Kleidern, die am 1.12. an die ZANU verschifft wird, stärkt die Solidarität und ist eine direkte Hilfe für den Befreiungskrieg.

Streik bei Mercator

Westberlin. Am Samstag, den 22.10., wurde einer der Hilfsarbeiter aus der Rotation, die beim „Tagesspiegel" angestellt sind und für die die Drucktarifverträge nicht gelten, fristlos entlassen. Begründung der Geschäftsleitung: Er habe politische Plakate im Auto, dies sei in der heutigen politischen Situation nicht tragbar.

Noch vor Arbeitsbeginn am Samstag wurde beschlossen: Der entlassene Arbeiter kommt mit in den Betrieb und es wird solange gestreikt, bis die Kündigung zurückgenommen ist und die Geschäftsleitung Verhandlungen über Arbeitsverträge und höheren Lohn zugestanden hat. Um 21 Uhr begann die Arbeitsniederlegung, zehn Minuten später war einer von der Geschäftsleitung da, die Zeitungen stapelten sich, die Sonntagsauflage stand auf dem Spiel. Nach einer Stunde erfüllte die Geschäftsleitung alle Forderungen. Der Arbeiter ist weiterbeschäftigt und über den Lohn und die Arbeitsverträge ist in Verhandlung getreten worden.

Die Kapitalisten treibt die Profitgier

Hannover. Gegenüber der internationalen Konkurrenz stehen die westdeutschen Kautschuk-Kapitalisten schlecht da auf dem Weltmarkt. Ihre Profite sind nicht hoch genug. Conti, Phoenix und Metzeler zusammen bringen es auf 2,5 Mrd. DM Umsatz, der weltgrößte Konzern Goodyear auf 13,3 Mrd. DM. Das „Handelsblatt" schreibt: „Zweifellos besitzt der US-Konzern (Goodyear) ... eine andere Struktur, wie allein schon aus den Anteilen von Material- und Personenaufwand zu erkennen ist." (Handelsblatt, 21.10.) Gemeint ist hier vor allem der Personenaufwand. Beträgt er bei der Conti 41,6%, so bei Goodyear nur 26,4% am Gesamtaufwand. Man sieht gleich, die Goodyear-Kapitalisten sind in der Schweißauspressung der Arbeiter wesentlich weiter. Diese Lage macht es für die Conti-Kapitalisten zwingend notwendig, die Ausbeutung zu verschärfen. Der letzte Tarifabschluß hat sie zum Nachstoßen ermutigt. Ganze sieben DM mehr hatte z.B. eine Arbeiterin aus dem Conti-Werk Vahrenwald nach der Lohnerhöhung netto in der Lohntüte. Deshalb konnten die Conti-Kapitalisten auch gleich nach der Lohnrunde in Vahrenwald bei den Reifenwicklern Samstagsschichten durchsetzen, was ihnen vorher nicht gelungen war.

In den letzten Wochen haben sie jetzt zwei große Angriffe auf Lohn und Reproduktion der Arbeiter gestartet. Was ihnen bei den Zeitlöhnern vor einem Jahr nicht gelungen war, haben sie jetzt im Handstreich in den Kesselhäusern durch eine Betriebsvereinbarung zwischen Vorstand und Betriebsrat hinter dem Rücken der Arbeiter vereinbart: die Einführung des sogenannten Qualifikationsprämienlohns. Für die Arbeiter in den Kesselhäusern bedeutet das, daß jeder erstmal zwei Lohnstufen heruntergesetzt worden ist auf den „Grundlohn". Die endgültige Höhe des Lohns wird bestimmt durch die „Qualifikationsprämie", d.h. es gibt ein Bewertungssystem mit Punkten für „Umgang mit Arbeitsmitteln", „vielseitige Einsetzbarkeit" usw. Die Bewertung erfolgt mindestens einmal im Jahr, kann aber auch jeden Monat erfolgen durch Meister und Abteilungsleiter. Die Kapitalisten wollen so nicht nur den Lohn senken, sondern das Prinzip Befehl und Gehorsam in die Fabrik einführen, die Spaltung festschreiben. So haben die Vorarbeiter bei der Bewertung gleich 25 Pfg/Std. mehr erhalten. Die Kesselhausarbeiter im Werk Limmer haben, als diese Betriebsvereinbarung bekannt wurde – durch Aushang nach Abschluß mit den Kapitalisten – mit ihrer Unterschrift eine gewerkschaftliche Versammlung durchgesetzt, zu der die Gewerkschaftssozialdemokraten aus der IG Chemie-Verwaltungsstelle erscheinen mußten. Die Gewerkschaftssozialdemokraten versuchten zu spalten, indem sie sagten, die Arbeiter in den Kesselhäusern in Stöcken und Vahrenwald wären für den Qualifikationsprämienlohn. Es war aber ein Arbeiter aus Stöcken da, der das schnell widerlegte. Aber der entscheidende Antrag, daß die Betriebsräte ihre hinterrücks gegebene Unterschrift unter diese Betriebsvereinbarung zurücknehmen sollen, wurde dann nicht mehr gestellt.

Bei den Akkordlöhnern wollen sie den „Pufferlohn" zum 1.1.78 einführen. „Zuviel" Akkordminuten sollen jetzt nicht bei der Endabrechnung unter den Tisch fallen, sondern als „Puffer" in den nächsten Monat mitgenommen werden. Die Absicht des Conti-Vorstands ist klar: Bei viel Arbeitsanfall soll die Arbeitshetze weiter gesteigert werden, um dann den Stopper zu schicken, weil die Akkorde „zu gut" sind. Störzeiten an den Maschinen sollen durch den „Puffer", den Vorrat an Arbeitsminuten, von den Arbeitern bezahlt werden. Schon jetzt gibt es dieses Kleinkrieg gegen die Meister, daß sie die Störzeiten als Produktionsausfall aufschreiben. Bei den Reifenwicklern sollte mit dem Pufferlohn die Akkordobergrenze beschnitten werden von 150 auf 148. Bis zu 140 DM weniger heißt das für die Wickler. Auf der Betriebsversammlung in Stöcken sagte dazu ein Arbeiter: „Weniger Reifen – ja! Weniger Lohn – Nein!"

Die Reifenwickler sind gegen den Pufferlohn. Statt den Pufferlohn auf der Vertrauensleutesitzung zu verhandeln, brachten die Gewerkschaftssozialdemokraten den Vorschlag für Zwangsurlaub zwischen Weihnachten und Neujahr 1978 ein. Mit großer Mehrheit lehnten die Vertrauensleute aber auch das ab: „Wenn der Conti-Vorstand zwischen Weihnachten und Neunahr dicht machen will, soll er das tun. Aber dann soll er die Tage auch bezahlen. Unseren Urlaub brauchen wir selbst."

Gerade weil das „Handelblatt" (21.10.) schreibt: „Deutsche Reifenhersteller kämpfen mit dem Rücken zur Wand", gerade weil sie jammern, können es sich die Conti-Kapitalisten nicht leisten, aus der Konkurrenz geworfen zu werden. Eher werden sie mehr bezahlen, als einen Streik zu riskieren. Das müssen sich die Arbeiter überlegen, wenn die Wickler in Stöcken über Streik reden, wenn es um die Verhinderung des Pufferlohns geht und wenn einige Arbeiter aus dem Kesselhaus in Limmer meinen, das Beste wär', am Sonntag nicht anzuheizen. – (Zelle Conti, Hannover)

Die „Geschäftsgrundlage der Lohnpolitik" der Arbeiterklasse ist nicht der Profit, sondern der Lohnkampf

„Die Lohnpolitik des Jahres 1977 habe durch die tatsächliche Einkommensentwicklung ihre Geschäftsgrundlage verloren", verkündet das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) in seiner „Herbstprognose". Ja, warum? Weil die Arbeiterlöhne um 7,5% gestiegen seien und deshalb die Gewinne stagniert haben. Und wo nichts sei, könne auch nichts „verteilt" werden. Während im vergangenen Jahr durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Lohnbewegung in eine Niederlage geführt wurde und die Arbeiterklasse eine reale Lohnsenkung hinnehmen mußte – man braucht nur seinen Lohnzettel heute mit dem vom letzten Jahr zu vergleichen und was man auf heute mit dem vom letzten Jahr zu vergleichen und was man auf der Hand hat – lügt dieses Gewerkschaftsinstitut dreist von einer Lohnerhöhung von 7,5%, um seine „Verteilungstheorie" aufzubauen.

Die Bourgeoisie hat einen echten Partner in diesem Institut des DGB, das, anstatt die Lebenslage der Arbeiterklasse zu analysieren, um den Lohnkampf zu organisieren, voll besorgt ist, die Profite der Kapitalisten zu erhöhen. Daraus folgert das WSI, daß erstens der Lohn gesenkt werden muß, und dieser muß wirkungsvoller gesenkt werden als im vergangenen Jahr. Zweitens komme es auf das „Wachstumstempo" dieses Jahr an, welches durch die „Produktivität der Erwerbstätigenstunde" 1977 „um einen Prozentpunkt" vorangekommen sei.

„Die Konjunkturpolitik habe zwar auf einen Expansionskurs umgeschaltet", stellt das WSI fest. „Das öffentliche Investitionsprogramm, das inzwischen verabschiedete Steueränderungsgesetz und das zu erwartende steuerliche Entlastungsprogramm dürften zwar formal Expansionscharakter haben, das Programm komme aber zu spät, sei zu gering dimensioniert und zu einseitig konzipiert." Zu deutsch: noch nicht genug Geld haben die Kapitalisten in den Rachen gesteckt bekommen für Investitionen, die Steuerausplünderung der Arbeiterklasse und der Volksmassen durch den bürgerlichen Staat reicht noch nicht aus, und die Steuern der Kapitalisten sind noch nicht ausreichend gesenkt, „weshalb wir im zweiten Halbjahr 1977 mit einer vergleichsweise zum ersten Halbjahr schlechteren Konjunktursituation rechnen".

Lohnverzicht, erhöhte Schweißauspressung, vermehrte Steuerausplünderung, das ist es, was das WSI will, um die Profitrate der Kapitalisten zu erhöhen. Auf dieser „wissenschaftlichen" Grundlage baut die Lohnpolitik des DGB. Die Arbeiterklasse hat daran kein Interesse. Ihre Geschäftsgrundlage der Lohnpolitik ist der Lohnkampf, und der wird mit einer Festgeldforderung von 200 bis 220 DM erfolgreich geführt. – (Z-Red.)

60 Unterschriften für 200 DM mehr

Bremen. Bei der Bremer Werkzeug- und Maschinenbau GmbH, Abteilung Werkzeugbau/Dortmunderstraße (gehört zu Hella/Lippstadt), wurden in der vergangenen Woche Unterschriften für 200 DM mehr für die Tarifauseinandersetzungen gesammelt. Ca. 50 bis 60 Unterschriften kamen zusammen. In dem entsprechenden Werksteil arbeiten 150 bis 200 Arbeiter. Am Mittwoch, den 28.10.77, wurde dieses Ergebnis auf der Betriebsversammlung vorgetragen, aber nicht abgestimmt. Es gab viel Beifall. Die Betriebsversammlung wurde daraufhin sofort eilig vom stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden (SPD-Mann) geschlossen. Die Unterschriftensammlung wurde dem Betriebsratsvorsitzenden und den Mitgliedern der Tarifkommission übergeben.

Peine & Salzgitter: 1. Lehrjahr kämpft für 220 DM für alle

Salzgitter. Am 25.10. ist die Mehrzahl der Jugendvertrauensleute im Werk Salzgitter mit einer Lohnforderung für die Lehrlinge hervorgetreten: „Die Lehrlinge sollen als Festgeld bekommen, was die unterste Lohngruppe der Kollegen in der Produktion tariflich erhöht bekommt. Keine prozentuale Erhöhung!" (20:4:5) Und das, obwohl noch nicht mal eine Forderung aufgestellt ist. Ein schönes Festgeld wird das. Diese Forderung können sich nur die Altvorderen der Gewerkschaftssozialdemokraten ausgedacht haben, erst recht, wenn man sich die Begründung ansieht: Die älteren Arbeiter würden eine hohe Forderung der Lehrlinge oder, wenn sie das Gleiche fordern wie die Arbeiter, nicht unterstützen.

Die „älteren" Arbeiter sind aber die Väter dieser Lehrlinge, die aus ihrem Lohn ständig die Kinder auch in der Lehre noch finanziell unterstützen müssen. Was sollten sie dagegen haben, wenn das nicht mehr nötig ist, weil die Lehrlinge einen entsprechenden Lohn erhalten?

Gerade die Jugendvertrauensleute der Lehrlinge aus dem ersten Lehrjahr sind für einen Festbetrag von 220 DM für alle eingetreten, sie sind am schlechtesten dran. Sie fordern einen Lehrlingslohn, von dem sie leben können, ohne den Eltern ständig auf der Tasche zu liegen, und treten ein für die Einheit aller Arbeiter im Kampf um den Lohn.

Die Lehrlinge des ersten Lehrjahres lehnen deshalb den Beschluß der Jugendvertretung ab und halten an der Forderung nach 220 DM für alle fest.

Umsetzung durch dreistündigen Streik zurückgeschlagen

Hamburg. In der letzten Woche während der Nachtschicht bei den Hamburger Aluminiumwerken hat sich ein Arbeiter aus der Elektrolyse gegen seine Umsetzung durch den Hallenleiter geweigert. Er sollte daraufhin nach Hause geschickt werden. Die Arbeiter der Nachtschicht organisierten einen Sitzstreik im Pausenraum. Nachts um 0.30 Uhr wurde Dr. Wrigge aus dem Schlaf geholt und ins Werk beordert, um Druck auszuüben. Es ist ihm nicht gelungen, um 1.30 Uhr mußte die Geschäftsleitung nachgeben.

Luftfrachtspedition Kelsterbach: 200 DM mehr Lohn durchgesetzt

Am letzten Dienstag sind zehn Arbeiter einer Luftfrachtspedition in Kelsterbach gemeinsam in das Büro der Geschäftsleitung gegangen und haben ihre Forderung nach 200 DM mehr und 150 DM einmalige Prämie erhoben und erklärt, daß sie solange dablieben, bis die Forderung erfüllt sei.

Übervolle Lebensmittellager – die Massen müssen an den täglichen Lebensmitteln sparen

Nur mühsam sei der „Lebensmittelhandel von den vom Vorjahr im Hinblick auf die vermuteten Vorratskäufe der Verbraucher überproportionalen Lagerbeständen heruntergekommen" (Handelsblatt, 19.10.). Die Absätze und Profite des Einzelhandels sinken. In den ersten 3 Quartalen 1977 ist der Zigarettenverbrauch der Massen um rund 10,5 Milliarden Zigaretten (11%) zurückgegangen. Besonders der Lebensmittelfachhandel bildet in diesem Jahr das Schlußlicht, klagen die Einzelhandels- und Kaufhauskapitalisten. Preisbereinigt ist der Umsatz im Einzelhandel um 2,1% gesunken. Während sich die notwendigen Lebensmittel in den Hallen der Bourgeoisie türmen, geht der Verbrauch der Volksmassen an Lebensmitteln zurück. Beim Bier, bisher viel getrunkenes Getränk der Volksmassen, schreibt das „Handelsblatt" von einer „Verlagerung des Durstes auf andere Getränke und auch (den) sich verstärkenden Wandel der Nachfrage nach dem bisherigen Volksgetränk Bier". Von Juni auf Juli 1977 ist der Bierausstoß um 9,98% von 9,08 Millionen Hektoliter auf 8,2 Millionen Hektoliter gesunken. Um 8 bis 10% ist der Absatz bei Erfrischungsgetränken zurückgegangen. „Bereits seit Beginn der Rezession muß die Erfrischungsgetränkeindustrie die bittere Erfahrung machen, daß der Verbraucher ihre Produkte zu den Einsparungen zählt, die ihm keinerlei Schmerzen bereiten" (Handelsblatt, 19.10.). „Keinerlei Schmerzen" soll es der Arbeiterklasse bereiten, anstatt Limonade und Obstsäften öfter mal Wasser zu trinken, während die Bourgeoisie auf ihren Festgelagen in russischem Krimsekt und französischem Champagner badet. „Einzig der Sekt scheint von der allgemeinen Getränkemüdigkeit ausgenommen." (Handelsblatt, 19.10.) 5,5% Zuwachsrate konnten die Sektkapitalisten verbuchen. Die „deutsche Sektlaune" sei ungebrochen. Besonders der Import von französischem Champagner und russischem Krimsekt ist um 22% gestiegen. Bei spanischem Sherry der „oberen Preisklassen (über 10 DM)" ist der Umsatzanteil auf 31,1% gestiegen, bei billigem Sherry um 19,2% gesunken.

In den Warenlagern der Bourgeoisie häufen sich die von der Arbeiterklasse und den Bauern produzierten Produkte. War die Ernte gut, ist viel produziert worden, reden die Kapitalisten von einer Erntekatastrophe und meinen den Preisverfall.

Bleibt der erhoffte Profit aus, werden Maschinen stillgelegt und Lebensmittel vernichtet. Maschinen sind genügend da – sie verrotten in den Fabriken der Kapitalisten. Genügend Arbeiter sind da, die diese Maschinen bedienen könnten – offiziell eine Million liegt ohne Arbeit auf der Straße. Genügend Lebensmittel sind da – sie verkommen in den Lagern der Bourgeoisie. Was verhindert, daß die Arbeiter mit den Maschinen zusammenkommen, die Arbeiterklasse und die Volksmassen mit den notwendigen Lebensmitteln zusammenkommen? Der Gewaltapparat der Kapitalistenklasse. Übervolle Lager auf der einen, wachsende Not und Elend auf der anderen Seite zeigen die ganze Verkommenheit dieser kapitalistischen Profitwirtschaft. – (Z-Red.)

6000 demonstrieren gegen das österreichische Kernenergieprogramm

Mehr als 6000 Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten aus ganz Österreich haben sich am 26. Oktober an einer Demonstration gegen das Energieprogramm der österreichischen Bundesregierung und gegen die Absicht, dieses Energieprogramm vom Parlament absegnen zu lassen, beteiligt. Sechstausend, wenn man diese Zahl ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung setzt, entspräche das einer Demonstrantenzahl von 40000 in der BRD. Die Demonstration richtete sich insbesondere gegen das Kernkraftwerk in Zwentendorf bei Wien, das als erstes von vier bis 1985 geplanten Werken in Betrieb genommen werden soll und dessen Belieferung mit Brennstäben bisher von der Bewegung gegen das Energieprogramm erfolgreich verhindert wurde. Die Demonstration richtete sich weiter gegen die Pläne, ein Atommüllager im österreichischen Waldviertel einzurichten, und die damit verbundene Ruinierung der Landwirtschaft und der Lebensverhältnisse der Massen.

Der 26. Oktober war zugleich der österreichische Nationalfeiertag. Die österreichische imperialistische Bourgeoisie hatte vor, diesen Tag zu einer großen Propagandaaktion für den Zusammenschluß „aller Österreicher" unter ihrer Führung zu nutzen. Die SPÖ versuchte mit Kanzler Kreisky an der Spitze in Erinnerung an den Kampf gegen den Faschismus die antifaschistischen Gefühle der Arbeiterklasse für ihre Hetze gegen den „Terrorismus" und für ihre chauvinistische Propaganda zu nutzen. Schülerwettbewerbe im ganzen Land mit dem Thema „Der Staat sind wir" wurden durchgeführt.

Überall fanden Rekrutenvereidigungen und Fahnenweihen statt, in Salzburg die größte Militärparade seit dem Krieg. Der Bundespräsident rief zur Zusammengehörigkeit „aller Österreicher" auf und warnte vor der Teilnahme an der Demonstration gegen das Energieprogramm. Schon am Abend des 25. Oktober fand eine Demonstration von katholischen Familienverbänden zum Sitz des Bundeskanzlers statt, die sich gegen die plünderische Sozial- und Steuerpolitik der Bundesregierung wandte. „Nationalfeiertag überschattet von harten Protesten" schrieb der „Kurier" am 27. Oktober. Der Versuch, die politischen und Klassenwidersprüche mit einer Woge von chauvinistischer Klassenversöhnung zuzuschütten, ist gescheitert.



Die Demonstration gegen das Energieprogramm zog geschlossen zum Bundeskanzleramt und schloß es von allen Seiten ein. Die Kundgebung vor dem Haupteingang auf dem Ballhausplatz forderte den Bundeskanzler Kreisky mit Sprechchören und zwei Delegationen auf, herauszukommen und über seine Pläne Rechenschaft abzulegen. Sie erklärte, daß sie sich weder durch Polizeimaßnahmen noch durch den beabsichtigten Parlamentsentscheid vom Kampf gegen das Energieprogramm abhalten lassen würde. Kreisky hat die Demonstranten und ihre Abordnungen verhöhnt. Er lasse sich nicht von ein paar Lausbuben terrorisieren. Er hat versucht zu spalten, indem er versuchte, den „diskussionswilligen" Teil der Demonstranten zur Entsendung einer kleinen Delegation zur „sachlichen Diskussion" zu überreden, und sie gleichzeitig als Marionetten des Kommunistischen Bundes Österreichs und als „Baader-Meinhof-Sympathisanten" und als Faschisten zugleich beschimpfte. Er hat die Verfolgung dieser „terroristischen Elemente" und Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit, insbesondere ein Demonstrationsverbot auf dem Ballhausplatz, angekündigt. Nach mehrstündiger Belagerung zog die Demonstration durch die Wiener Innenstadt zu einer abschließenden Kundgebung vor das Parlamentsgebäude.

Kreiskys Versuch, die Bewegung in „Baader-Meinhof-Sympathisanten" und „Atomkraftgegner" zu spalten, ist in der Bourgeoisöffentlichkeit in Österreich sehr umstritten. Der „Kurier" schreibt: „Es waren mehr als fünftausend Leute, darunter Bauern aus dem Waldviertel oder Frau Schmitz' Katastrophenfrauen. (...) Davon abgesehen haben auch andere Gruppen an diesem Tag demonstriert (Ärzte, Rechtsanwälte, andere Freiberufler), und es werden noch mehr werden. Und zwar gleichgültig, ob der Kanzler mit den Worten ‚I bin der Hausherr' den Ballhausplatz sperrt. Stimmt, er ist der Hausherr, aber die Mieter beschweren sich über den hohen Zins und die Fassade bröckelt."

Die überwältigende Mehrheit der Delegationen aus den einzelnen Bundesländern waren Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten. Bauern aus dem Waldviertel, die sich gegen die Ansiedlung des Atommüllagers in ihrem Gebiet wehren, die aber gleichzeitig den Protest der mitdemonstrierenden iranischen Arbeiter und Studenten gegen die Pläne zur Ansiedlung dieses Lagers im Iran unterstützten; Arbeiter und Gewerkschafter, die mit ihrer Teilnahme an der Demonstration gegen die Beschlüsse der sozialdemokratischen ÖGB-Führung zugunsten des Energieprogramms protestierten.

Besonders beunruhigt war die Bourgeoisie davon, daß eine Gruppe von Soldaten und ein Oberst des Bundesheeres in Uniform mitmarschiert sind, und davon, daß die Demonstration geschlossen hinter den Parolen gegen das Parlament und gegen das parlamentarische Betrugsmanöver zur Durchsetzung des Energieprogramms stand. Ein großer Teil der Demonstration marschierte unter den Transparenten und Parolen des Kommunistischen Bundes Österreichs. Ein Sprecher des ZK des KBÖ sprach auf der Abschlußkundgebung. Hiergegen richtet sich jetzt die geschlossene Hetze aller bürgerlichen Organe. – (Korrespondentenbericht aus Wien)

Zerfall der Reproduktionsform der Familie

Einmischung, Kontrolle und Gängelung durch Jugendamt, Sozialamt und Beratungsstellen ist die „Familienpolitik" des bürgerlichen Staates sowie Schikane mit Almosen wie Kinder- und Erziehungsgeld, die nichts sind als geraubte Lohnbestandteile, die die Arbeiterklasse und das Volk notwendig brauchen. Dahinter verbirgt sich, daß die Grundlagen der Reproduktion der Familie durch die kapitalistische Produktionsweise systematisch zerstört werden. 106829 Ehen wurden 1975 geschieden, 1955 waren es 48277. Die Zahl der Eheschließungen sank von 10,7 je 1000 Einwohner im Jahre 1950 auf 5,9 1976. Die Zerstörung der Grundlage, neue Generationen der Arbeiterklasse heranzuziehen, zeigt sich in 31546 in Verkehrsunfällen verunglückten Kindern unter 10 Jahren und 644 getöteten im Jahre 1975. 2881 Jugendliche sind von 1971 bis 1973 verurteilt worden, 786 waren es zwischen 1954 und 1958.

„Die Familienpolitik der Bundesregierung berücksichtigt, daß die heutige Familie selbstkritisch ihre Schwächen in der Erfüllung ihrer Sozialisationsaufgabe erkennt und gleichzeitig eine den Erfordernissen der Industriegesellschaft gerecht werdende mobile Familie ist, die sich durch Stabilität in ihren Binnenbeziehungen auszeichnet und darüber hinaus in Krisenzeiten fähig ist, von der Gesellschaft wahrgenommene Aufgaben zu übernehmen." (2. Familienbericht)

Die Profitsucht der Kapitalisten treibt diese, Höchstprofite aus den Knochen der Arbeiter herauszupressen. Gleichzeitig drücken sie den Lohn der Arbeiter, den diese zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft brauchen.

Die Bourgeois geben als Ausgaben eines „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen" 1169 DM an für Nahrung, Kleidung, Miete und Gas, sowie weitere 914,95 DM für „übrige Haushaltsgegenstände, Ersatz des Autos, Körper- und Gesundheitspflege, Bildung, Unterhaltung und persönliche Ausstattung". Daß der Nettolohn der Arbeiter in den wenigsten Fällen 1100 DM übersteigt, leugnen sie natürlich. Es heißt aber, ein großer Teil der Bedürfnisse kann nicht befriedigt werden und führt zu schnellerem Verschleiß von Nerv, Muskel und Hirn. Das zwingt die Arbeiter zur Einschränkung der Kinderzahl. Die weitere Zersetzung der Familie wird betrieben durch Nacht-, Schicht-, Akkord- und Überstundenarbeit. Die Frauen sind gezwungen mitzuarbeiten, mit 27 Jahren sind die wenigsten noch in der Lage, Kinder zu kriegen. Bei Rombach in Freiburg gibt sich ein ausländisches Ehepaar bei Schichtwechsel das Kind an der Eingangstüre in die Hand. Mann und Frau, Eltern und Kinder sehen sich kaum noch. Bei Herder in Freiburg ist die Frau eines Druckers, 1 Kind, gezwungen, 10 Nächte im Monat am Stück im Krankenhaus zu arbeiten. Ein Drittel des Monats mindestens können sie kaum miteinander reden.

Die Familienmitglieder müssen zum Verkauf ihrer Arbeitskraft individuell einem Ausbeuter nachjagen. Familienverbindungen werden zerbrochen.

Von 1900 bis 1976 sank die Anzahl der Personen pro Haushalt von 6 auf 2,56.

Was die Bourgeoisie so schlicht als „mobile Familie" bezeichnet, bedeutet, daß jedes Jahr 3 Millionen Menschen in der BRD ihr Hab und Gut zusammenraffen und zum neuerlichen Verkauf ihrer Arbeitskraft umziehen müssen. Von 1971 bis 1974 sogar über 3,5 Millionen.

Daß die Arbeiterklasse trotz dieses Elends sich nicht gegenseitig verrecken läßt, sondern sich hilft, nennen die Bourgeois verwundert „Stabilität in ihren Binnenbeziehungen" und nutzen es, um weitere Kosten auf die Arbeiter abzuwälzen. Nach dem neuen Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz § 185 sollen Rentner lieber zu Hause sterben, werden sie durch Verwandte gepflegt, wird gleichzeitig die Unterstützung gestrichen. Mit Preisung der Familie begleitet die Bourgeoisie den Entzug der Existenzgrundlage. – (bl., Komitee gegen den § 218 Freiburg)

„Nachhilfe in Sachen Sterbebeistand"

Der Widerstand gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz der Bundesregierung ist heftig. Die Krankenpfleger und -schwestern und Ärzte in den Krankenhäusern wollen überhaupt nicht Vollstrecker von Ehrenbergs Mordprogramm an den alten und kranken Arbeitern werden.

Die Bourgeoisie geht deshalb daran, ideologische „Nachhilfe in Sachen ‚Sterbebeistand' zu organisieren (Braunschweiger Zeitung, 18.10.77). Die Hamburger Ärzteschaft hat dazu einen Arbeitskreis über „Sterbehilfe" gegründet. An der Medizinischen Hochschule Hannover veranstaltet die Akademie für Sozialmedizin eine Tagung über „Sterbebeistand bei Kindern und Erwachsenen". „Die konkreten Aufgaben und Probleme im Umgang mit sterbenden Patienten sind bisher trotz häufigen ‚Darübersprechens' einer Lösung nicht näher gebracht worden", heißt es in der Presseinformation der MHH. Gefunden ist die Lösung, nämlich die Endlösung der Rentnerfrage, längst. Praktisch muß sie jetzt werden. „Enttabuisierung findet letztlich nur verbal statt." Schulung muß her „sowohl der in der Ausbildung stehenden Mediziner, Jungärzte, praktizierenden Ärzte und Fachärzte, aber auch deren Hilfskräfte und besonders Schwestern und Pfleger aus den Krankenhäusern", die das Haupthindernis bei der Umsetzung des Mordprogramms darstellen.

Die Bourgeois-Ideologen setzen daran an, daß die Umstände, unter denen die Arbeiter in den Krankenhäusern umkommen, in der Tat unmenschlich sind. Also: Bringen wir ihn früher um, ersparen wir ihm viel Leiden. „Das Recht auf den eigenen Tod", so läßt der „Weser-Kurier" einen Wissenschaftler formulieren, „werde für manche Altenheimbewohner nicht verwirklicht". Der Tod sei aber Teil des Lebens und deshalb – so Professor Haemmerli in der „Welt" vom 20.10. – die „passive Sterbehilfe" z.B. das Abschalten des Beatmungsgerätes „letzten Endes eine Lebenshilfe auf dem letzten Abschnitt des Lebens". Das Pflegepersonal glaubt aber, für „die Probleme Sterbender" keine Zeit zu haben. Die mörderische Rationalisierung in den Krankenhäusern wird dahin gewandt, die Pflege noch mehr einzuschränken: „So könnte man einen Verwandten darum bitten, den Kranken zu füttern, sein Haar zu waschen, ihm die Fingernägel zu schneiden oder auch nur die Blumen im Krankenhaus jeden Tag gießen zu helfen." (Weser-Kurier)

„Ein grundlegendes Problem für die Mediziner", so Haemmerli in der „Welt", sei, daß „der Arzt während seiner Ausbildung lediglich zum Handeln, nie zum Unterlassen erzogen wird." Das muß sich ändern. „Vor allem die Pflicht des Arztes (müßte) neu gefaßt werden". Strittig sei, „ob das Abschalten einer Beatmungsmaschine bei einem bewußtlosen Patienten eine aktive Handlung des Arztes zur Lebensverkürzung (!) oder ein passives Unterlassen einer Therapie ist, die keinen Erfolg brachte".

„In der Bundesrepublik seien Altenheime vorwiegend auf Heilung, Rehabilitierung, nicht aber auf den unausweichlichen Tod vieler Heimpatienten ausgerichtet", behauptet ein Professor Rest im „Weser-Kurier". Wer die Altenheime nur etwas kennt, weiß, wie bodenlos verlogen das ist. Nach britischem Modell sollen Sterbehäuser („Sterbehospize") zur Beseitigung der Rentner eingeführt werden. „In einem Sterbehospiz, so erschreckend dieser Begriff auch zunächst anmuten möge, müßten ähnlich dem Berliner Modell Teams von sehr gut geschulten Betreuern den Todkranken helfen, zu einem humanen Ende zu finden." (Weser-Kurier) Die Bourgeoisie weiß, daß sie mit ihren Plänen auf den erbittertsten Widerstand der Volksmassen stoßen wird. Deshalb beginnt sie jetzt mit der ideologischen Ausrichtung. – (KHG Hannover)

Ohne politischen Kampf kann der Sieg nicht errungen werden

Maurerberufsschulklasse kämpft gegen Ausbeutung und Schulunterdrückung / Bourgeoisie setzt auf Spaltung

Osnabrück. Als wir im Sommer 1976 unsere Lehre als Maurer anfingen, sah es in unserer Klasse so aus: Von seinen Berufsvorstellungen her wollte kaum einer auf dem Bau anfangen, sowieso wollte keiner länger als drei Jahre dort bleiben. Was uns in diese Knochenschinderei getrieben hat, ist der Druck der industriellen Reservearmee. In welchem Umfang das der Fall ist, kann man daran sehen, daß sich die Zahl der Maurerlehrlinge im Kreis Osnabrück 1976 gegenüber 75 vervierfacht hat.

Bei der Firma Krause zum Beispiel werden 20 Mann ausgebeutet, und davon sind allein sieben Lehrlinge. Manchmal sind auf einer Baustelle ein Polier, vier Lehrlinge und ein Handlanger. Die Lehrlinge machen so faktisch die Arbeit, die früher die Gesellen zu machen hatten.

Der Lohn für diese Arbeit beträgt zwischen 435 DM im ersten und 870 DM im dritten Lehrjahr. Dieser Hungerlohn bietet erst die rechte Grundlage für alle weiteren Spaltungsmanöver der Kapitalisten. So zum Beispiel beim „Schlechtwetter“. Für Lehrlinge und Poliere gibt es kein „Schlechtwetter“.

Weil die meisten aus der Maurerklasse in kleinen Betrieben und zersplittert auf den Baustellen arbeiten, ist es klar, daß wir den Berufsschultag nutzen, um uns zusammenzuschließen. Zuerst waren wir nur froh, daß wir einen Tag hatten, um uns von der Schinderei auszuruhen. Das geht nicht bei sechs Stunden Unterdrückung. Schon nach einem halben Jahr wurde der Berufsschultag auf insgesamt acht Stunden verlängert. In den letzten Stunden wurde „praktischer Unterricht“ gegeben. Dagegen richteten sich unsere ersten Aktionen. Denn, entweder werden wir dazu benutzt, um in der Stadt Osnabrück alte Fachwerkhäuser zu renovieren, das heißt, wir schleppen den dabei anfallenden Schutt aus den Häusern oder schleppen Balken und Bruchsteine. Oder es werden die Fertigkeiten, die wir im Betrieb von den Gesellen gelernt haben, zensiert, um die Spaltung der Arbeiterjugendlichen noch weiter zu treiben. Diejenigen, die z.B. noch nie Schornsteinverbände gemauert haben, bekommen dann Sechsen. Die Unfähigkeit der Kapitalisten, die Jugend auszubilden, wird zum persönlichen Pech des Lehrlings gemacht.

Dagegen, daß dieser Unterricht ausgedehnt wurde, haben wir eine Resolution verfaßt, in der wir 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Arbeitstagen fordern, und haben ein paar Mal die letzten Stunden organisiert geschwänzt. Bis auf zwei oder drei war auch tatsächlich keiner da. Die Reaktion der Lehrer: Alle, die fehlten, bekamen Sechsen; die Reaktion der Schulleitung: Jeder bekam über den Betrieb eine Verwarnung.

Ein Kapitalist hat sich von der Schulleitung alle Fehlstunden geben lassen, um sie, in Stundenlohn umgerechnet, vom Lohn des Lehrlings abzuziehen. Der Knüppel des Notensystems erwies sich als der entscheidende Hebel, um die Kämpfe an der Berufsschule zu unterdrücken. Es wurde in der Klasse darüber diskutiert, daß die Fünfen und Sechsen wegmüssen, die Forderungen wurden in das Programm aufgenommen, unter dem der Klassensprecher zu den Tagessprecherwahlen kandidierte: 1. Weg mit Fünfen und Sechsen. 2. 60% des Facharbeiterlohns für alle Lehrlinge, Jungarbeiter und arbeitslose Jugendliche. 3. Recht für arbeitslose Jugendliche und Jungarbeiter auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl. 5. Inspektionsrecht für die Gewerkschaften und 6. Weg mit den Benachrichtigungen an die Kapitalisten.

Auf der Vollversammlung zur Tagessprecherwahl wurde die Forderung zu den Noten und die Forderung nach 60% des Facharbeiterlohns besonders von Vollzeit- und Berufsgrundbildungsjahrschülern angegriffen. Sie behaupteten, das wäre Illusionsmacherei, denn man könne beides nicht durchsetzen, und dies würde ihnen die Möglichkeit nehmen, sich später einen vernünftigen Lohn zu holen.

Lehrlinge haben anhand ihrer Erfahrungen aufgezeigt, daß nur durch Kampf das Nötige durchgesetzt werden kann und daß man es schafft, schließt man sich zusammen unter einheitlichen Forderungen.

Die Bourgeoisie nutzt es, daß die Vollzeit- und die Schüler des BGJ noch nicht gearbeitet haben und ihnen so die notwendigen Erfahrungen über die Möglichkeiten des Zusammenschlusses fehlen. Darum wirkt hier die Spaltung durch das Notensystem besonders.

Der Klassensprecher der Maurerklasse ist zum stellvertretenden Tagessprecher gewählt worden. Das zeigt, daß Empörung über das Notensystem herrscht und daß die Schüler was dagegen machen wollen, es zeigt aber auch die Spaltung der Schüler. Nicht ganz aufgebrochen werden konnte sie, weil die Kommunisten an der Berufsschule nicht mehr als den Kleinkrieg efühhrt haben. Es hat sich gezeigt, daß so der Kampf leicht zerschlagen werden kann.

Das Programm für die Tagessprecherwahl ist eine Grundlage, um den Zusammenschluß voranzubringen. Der Kampf darum schafft Raum für den politischen Zusammenschluß gegen diese Ausbeuterordnung. Die Arbeiterjugend kann sich politisch nur emanzipieren, wenn sie die Grundlage dieses Elends, das Privateigentum an den Produktionsmitteln angreift und den Staat, der dies schützt.

Aktionseinheit gegen Schulgesetzentwurf

Kiel. „Das wichtigste Gesetz der Legislaturperiode“ nannte die CDU den Schulgesetzentwurf. Wichtig, denn er schafft gesetzliche Grundlagen, die Jugend früh und als billige Arbeitskräfte in die Produktion zu werfen und enthält eine Latte von Maßnahmen, um die Rebellion der Jugend zu ersticken.

„Nach mindestens neun Jahren, also in einem Alter von 16 Jahren, werden der Lernwille und die Lernfähigkeit der Hauptschüler wesentlich besser durch die konkreten lebens- und berufsbezogenen Inhalte einer Berufsausbildung angesprochen als durch den Fächerkanon, auf den die allgemeinbildenden Schulen beschränkt sind.“ So nutzt Kultusminister Braun die Kritik an den Unterrichtsinhalten und hat in der Hinterhand die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres und des Blockunterrichts. Für Jugendliche auf dem Land mit langen Anfahrtswegen fällt die Berufsschulpflicht gleich ganz weg. Über ein skurriles „berufsbefähigendes Jahr“, über das die Herren nichts herauslassen, werden sie die Zwangsarbeit für alle Jugendlichen einführen wollen.

Mit viel Trara hat Braun die Zulassung politischer Schülergruppen angekündigt. Zulassungsbedingungen sind: Anerkennung des Grundgesetzes, Schulfrieden nicht gefährden, alle Veröffentlichungen dem Schulleiter vorlegen, bei „Schwierigkeiten“ einen Sonderbeauftragten vom Kultusministerium heranziehen, älter als 16 Jahre sein. Und selbst die Schülergruppen, die diesen Treueeid schwören, können noch verboten werden. Unter die Bestimmungen sollen auch die Arbeitsgruppen und -gemeinschaften geworfen werden.

Die Sozialdemokratie greift diesen Entwurf als einen „konservativen“ an, aber gegen all diese Maßnahmen hat sie nichts, stattdessen führt sie große Reden über Gesamtschule oder Dreigliedrigkeit, was eine Wahl zwischen Pest und Cholera für die Volksmassen ist. Stattdessen der Vorschlag, die Sonderschulen in die Hauptschulen einzugliedern, um so beide Schüler vorzubereiten auf ein Hilfsarbeiterleben.

Gegen den Entwurf gibt es Kampf. Bereits eine Reihe von Elternvertretungen hat gegen den Entwurf Stellung genommen. Auch die DGB-Führung ist gezwungen worden, sich gegen den Entwurf auszusprechen.

An den Schulen gibt es täglich Kämpfe gegen die Unterdrückung, Schikane und gegen das Notensystem. In Norderstedt hat ein Kandidat für die Wahl zum Schulsprecher die Unterstützung von zwei Klassen erhalten für sein Programm „Weg mit den Fünfen und Sechsen“, und obwohl der ideologische Druck durch die Schulaufsicht die Wahl zum Schulsprecher verhindern konnte, wurde doch ein Schülerkomitee gegen die Fünfen und Sechsen und gegen den Schulgesetzentwurf gegründet und die Debatte um die Forderungen reißt nicht mehr ab. An der Berufsschule Kiel hat sich eine Druckerklasse für die Lehrmittelfreiheit eingesetzt und die Gewerkschaft aufgefordert, diesen Kampf zu unterstützen.

Auch die Bourgeoisie schätzt es so ein, daß es nicht einfach sein wird, dieses Gesetz durchzusetzen. Erst nach den Kommunalwahlen wollen sie es im Landtag absegnen und erst im Januar 1979 soll es in Kraft treten. – (Bezirk Holstein)



Unter Leitung des Vorsitzenden des Afrikanischen Nationalkongresses - Afrikanische Nationalisten (ANC-AN), J.D. Matlou, führt eine Delegation des ANC-AN gegenwärtig eine Veranstaltungsreihe auf Einladung von 12 Afrika-Solidaritätskomitees in der BRD und in Westberlin durch. In Hamburg (Bild) spendeten 300 Teilnehmer 4 169,57 DM zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Azania. Insgesamt wurden auf den bisherigen 5 Veranstaltungen über 10000 DM gesammelt für den Kauf von mindestens einem Kleintransporter. Die Veranstaltungen werden fortgesetzt in: Essen 31.10., Köln 1.11., Gießen 2.11., Mainz 4.11., Heidelberg 5.11., Ravensburg 7.11., München 8.11., Freiburg 9.11.

Programmvorschau
ZDF, Dienstag, 1. November, 20 Uhr

Der Tod des Camilo Torres oder die Wirklichkeit hält viel aus

An „Allerheiligen“, wenn die der katholischen Kirche verbliebenen Gläubigen ihrer Toten gedenken und mit bunten Wachslichtern das irdische Jammertal ein wenig erleuchten (auf 20 Pfennig könnte man den Nettoprofit der kirchlichen Devotionalien-Industrie pro Stück wohl schätzen) – an „Allerheiligen“ also wird sich das Zweite Deutsche Fernsehen zur Hauptsendezeit über die Sinnlosigkeit des Todes eines Revolutionärs aushöhnen. Das dürfte zeitgemäß zur Illustration der Worte von Regierungssprecher Bölling dienen, der, nachdem in Mogadischu und Stammheim „die Arbeit erledigt“ war, an alle Revolutionäre in Westdeutschland gewandt erklärt hatte: „Geben Sie auf! Erkennen Sie, daß Ihr Weg in die Selbstzerstörung führt!“

„Am 16. Februar 1966 fand der Revolutionär Camilo Torres bei einem Gefecht mit Regierungstruppen im Norden Kolumbiens den Tod. Heute ist der damals 37jährige eine legendäre Gestalt, die von Untergrundbewegungen als Aushängeschild benutzt wird. Dabei war der Weg der Gewalt, den der ehemalige Priester und Soziologe nach enttäuschendem Einsatz in den Elendsvierteln Bogotas beschritt, von vornherein eine Sackgasse: Nach einer Bürgerkriegsphase in den fünfziger Jahren haben sich die großen Parteien Kolumbiens auf ein formaldemokratisches System geeinigt, das erstaunlich immun gegen Umsturzversuche ist, obwohl die sozialen Probleme nach wie vor ungelöst sind. So hatte Camilo Torres zwar Gesinnungsgenossen, nicht jedoch den entscheidenden Rückhalt im Volk.“

Soweit die Programmankündigung. Alles klar?

Verwegene Hoffnungen hatte 1968 der Tod Ché Guevaras bei den imperialistischen Bourgeois aller Länder genährt. Genauso besoffen gebärden sie sich jetzt nach dem „Sieg von Mogadischu“. Sie können nicht begreifen, daß die Vernichtung solcher einzeln kämpfender Revolutionäre, die sich nicht richtig auf die Massen der Arbeiter und Bauern stützen und die Wissenschaft der Arbeiterklasse, den Marxismus-Leninismus, nicht anwenden, für die proletarische Revolution keinen entscheidenden Rückschlag bedeuten kann. Die Bourgeoisie selbst beweist so nur die Untauglichkeit jeder anderen Methode, sie zu stürzen, als durch die stetige Erhöhung der Bewußtheit und Organisation der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei und die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes.

Die Arbeiter, Bauern und unterdrückten Massen der lateinamerikanischen Völker erhöhen im Klassenkampf unablässig ihre Organisation und Bewußtheit, bereiten den bewaffneten Kampf vor und haben damit an vielen Punkten schon begonnen. „Die Wirklichkeit hält viel aus“ – dummes Pfaffengeschwätz. Einige Tatsachen und Ereignisse der letzten Wochen:

In *Brasilien* haben Arbeiter und Studenten in diesem Sommer fortlaufend, trotz heftigster Angriffe durch Polizei und Militär, Demonstrationen für den Sturz der Militärdiktatur durchgeführt.

In *Ekuador* nehmen die Kämpfe gegenwärtig immer mehr zu. Die Polizei hat unter den streikenden Arbeitern einer Zuckerfabrik ein Blutbad angerichtet und wahrscheinlich über 100 ermordet, um die Arbeiterbewegung niederzuschlagen. Das hat die Volksmassen des ganzen Landes aufgewühlt. Immer enger haben sich in den letzten Jahren die Studentenmassen mit den Arbeitern und Bauern verbündet. Eine Liste unter Führung der Marxisten-Leninisten hat bei den Hochschulwahlen in Quito gegen eine Liste der Revisionisten gewonnen.

In *Nikaragua* hat die Sandinistische Befreiungsfront (die sich nach dem berühmten Kämpfer gegen den US-Imperialismus Sandino benannt hat) Militärgarnisonen und Polizeistationen angegriffen. Schulen und Banken im ganzen Land sind geschlossen worden, der Ausnahmezustand erklärt. Die Regierung spricht von einem „marxistisch-leninistischen Aufstand“.

In *Kolumbien* hat der erfolgreiche Generalstreik vom September, der insbesondere auch die Front zwischen Arbeitern und Bauern (die sich dem Streik anschlossen) gefestigt hat, auch zu einem Aufschwung der bewaffneten Guerilla geführt. „Guerillas verwundeten sieben Soldaten in einem Überfall in Nordost-Kolumbien, erklärten Militärstellen gestern. Auf seiten der Guerillas wurden keine Verluste gemeldet.“ (International Herald Tribune, 24.10.77)

Nicht „ehemalige Priester und Soziologen“, sondern die Arbeiterklasse und die Marxisten-Leninisten führen die Widerstandskräfte des Volkes an. Der Kampf, den Camilo Torres geführt hat, gehört zu ihrem Erfahrungsschatz. – (Z-Red.)

Krankenpflegeausbildung: Das Notwendigste erfährt man von den anderen Schülern

Unter dem Motto: „Alte Zöpfe werden abgeschnitten“ betreibt der bürgerliche Staat Verstümmelung der Fähigkeiten und Notenunterdrückung

Bremen. In der Krankenpflegeausbildung hat sich in den letzten Jahren ein Wandel vollzogen. Unter dem Deckmantel der „Wissenschaftlichkeit“ sind die Anforderungen für die medizinischen Fächer (Anatomie, Chirurgie, Innere Medizin etc.) drastisch in die Höhe geschraubt worden. Im Rot-Kreuz-Krankenhaus z.B. wurde noch vor drei Jahren die Anatomie direkt in Verbindung mit den Pflegemaßnahmen vermittelt. Jetzt ist es so, daß die Krankenpflegeschüler jeden kleinsten Knochen, jeden Muskelstrang mit Ansatz und Ursprung in lateinisch und deutsch wissen müssen, ohne zu sehen, welche Bedeutung diese Kenntnisse für die Pflegemaßnahmen haben. Dies wirkt sich dann so aus, daß durch die verschärfte Auslese und den Notendruck an den Krankenpflegeschulen diese „Wissenschaft“ eingepaukt wird. Für das Erlernen der Grundpflegemaßnahmen bleibt kaum Zeit.

So sagte ein Oberarzt im Zentralkrankenhaus St.-Jürgenstr. zu den Schülern: „Wenn Sie nicht immer Pötteschieber bleiben wollen, müssen Sie jeden Tag mindestens eine halbe Stunde im Pschyrembel (klinisches Wörterbuch) lesen.“ Dagegen, daß das Pflegepersonal gute medizinische Kenntnisse hat, ist nichts einzuwenden! Dies allerdings meint der Oberarzt nicht. So führt er als Ursache für Herz- und Kreislauferkrankungen, Diabetes, Arterienverkalkung das „Schlemmerleben“ der Volksmassen an. Zuviel Essen, Rauchen und Saufen.

Die älteren Schwestern berichten, daß junge Schüler früher immer eine erfahrene Schwester an der Seite hatten, die ihnen dann die im Unterricht gelernten Pflegemaßnahmen in der Praxis beibrachten. Heute kommen die neuen Schüler auf die Station, ihnen wird kurz von einem anderen Schüler das Notwendigste gezeigt und dabei bleibt es. „Wir machen im Unterricht Trockenübungen und werden dann ins tiefe Wasser geworfen“, meinte dazu eine Krankenpflegeschülerin. Im Unterricht wird gelehrt, daß beim Schlaganfall das Leben des Patienten nur von der Pflege abhängt. Zweistündlich umlagern, die Arme und Beine müssen entsprechend ihren normalen Stellungen gelagert werden, damit sich die Sehnen nicht verkürzen. Regelmäßig sollen Bewegungs- und Sprachübungen mit den Patienten durchgeführt werden. Auf den Stationen liegen in der Regel dreißig Patienten. Auf der Inneren Abteilung müssen davon durchschnittlich zehn Patienten auf diese Art versorgt werden. Bei einer Nachmittagsbesetzung von zwei bis drei Schwestern (einschließlich Schülern) ist diese intensive Pflege jedoch nicht mehr durchführbar.

Im Zentralkrankenhaus St.-Jürgenstr. sind 46% des Pflegepersonals Krankenpflegeschüler. Bei einer examinierten Schwester, die auf Station die Schreibarbeiten macht, müssen die Schüler sämtliche anfallende Pflegearbeit leisten. Einschließlich ärztlicher Tätigkeiten wie Blutentnahme, Spritzen, die z.B. die Chirurgen, da sie ab sieben Uhr im OP sind, nicht durchführen können. Gegen diese Zustände gibt es erheblichen Widerstand. Forderungen „Keine Besetzung von Planstellen mit Auszubildenden, Ausbilder für die Stationen!“ werden erhoben.

Durch Lohnsenkungen bei den Krankenpflegeschülern versucht der Staat ihnen das Kreuz zu brechen. So erhalten die Krankenpflegeschüler, die ab 1.4.77 ihre Ausbildung begonnen haben, 83,90 DM weniger. Es gibt Pläne, die Ausbildungsvergütung ganz zu streichen und durch BAFöG zu ersetzen. Im Rot-Kreuz-Krankenhaus wird jetzt nur noch ein Kurs pro Jahr angenommen, früher zwei. Die Wartezeiten auf einen Ausbildungsplatz betragen zwei bis drei Jahre. Auf einen Schüler in der Ausbildung kommen sechs auf dem Arbeitsmarkt. Dies soll noch weiter verschärft werden. Zitat aus einem Gesetzentwurf des Bremer Senats: „An Schulen für nichtärztliche Heilberufe, (...) kann die Aufnahme an sich zugangsberechtigter Schüler versagt werden, wenn im Hinblick auf die Raum-, Material- und Personalausstattung der Lehranstalt (...) die für den jeweiligen Lehrgang pädagogisch vertretbare Schülerzahl voll ausgelastet ist und die für die Zahlung von Ausbildungsvergütungen bereitstehenden Haushaltsmittel erschöpft sind.“

Die Pläne des Senats, das Krankenpflegepersonal zu verrohen, um es als Rentnerbeseitiger gefügig zu haben, stoßen auf Widerstand. Bewußt wird der Kampf gegen die Abschiebung der alten Patienten aufgenommen. Für die Wahl der Kandidaten für den ÖTV-Kreisjugendausschuß liegt ein Aktionsprogramm vor, das u.a. folgende Forderungen enthält: – 220 Mark mehr Lohn für alle!
– Anhebung der Ausbildungsvergütungen auf das dritte Ausbildungsjahr, entsprechend 60% vom Ecklohn (Kr IV)!
– 35-Std.-Woche bei vollem Lohnausgleich!
– 30-Std.-Woche für Jugendliche!
– Gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst!
– Uneingeschränktes Streikrecht! – (Zelle Rot-Kreuz-Krankenhaus/Zelle ZKH St.-Jürgenstr., Bremen-Unterweser)

Jeder soll wissen, warum er morgens aufsteht

Jeden Funken Lebenskraft für die Kapitalisten. Bist Du alt, hast Deine Knochen für den Profit kaputtgemacht, aber legst Dich nicht hin, um zu sterben, bist Du dran. Die Rente, zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel, bringt's.



„Ob hier die Jungen nicht ein wenig mithelfen können?" (Neue Osnabrücker Zeitung, 14.10.77) Mitgefühl der Bourgeoisie? Hinterhältig vorgebrachte Forderung! Die gesetzlichen Grundlagen gibt es. Nur, der Boden für die volle Anwendung fehlt noch. Also, den Stachel der Konkurrenz spitzen: Die Jugend ist besser als ihr Ruf! Jedoch, die Haupt- und Sonderschüler sollen sich besonders bewähren: „Daß Bürgerinitiativen auch Schülerinitiativen sein können und gerade Hauptschüler auch einmal die Initiative in die Hand nehmen können ...", höhnt und hetzt die „Berliner Morgenpost". Stecht



Euch gegenseitig aus, nutzt Eure Chancen: Berufsgrundbildungsjahr, damit Ihr dann voll für den Profit der Kapitalisten vernutzt werden könnt. Betriebspraktika, wo Ihr schon mal reinriechen könnt, wie es nachher ausschaut und Eingliederungsverträge: Wer geeignet ist, erreicht es, einen Ausbeuter zu finden. Die Schüler auf dem Bild bringen außer ihrer unverbrauchten und kostenlosen Arbeitskraft noch 200 DM aus der Klassenkasse mit, tur Rosen. Der Initiative sind hier keine Grenzen gesetzt! Und warum sollen Kinder Laub auf Spielzeugautos laden? Diese Energie ließe sich doch auch für das Gemeinwohl nutzen!



Es noch nicht soweit gebracht zu haben, quält die Bourgeoisie. Über das Drücken des Lohns unter die Elendsgrenze will sie den Zwang, seine Arbeitskraft zu allen Bedingungen zu verkaufen, erreichen. Die Kinderarbeit wird so drastisch zunehmen, wie der Lohn sinkt. Der Kampf um einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag ist die Voraussetzung für alle weiteren Kämpfe, er schafft die Bedingungen dafür, daß sie geführt werden können.

„Alles Notwendige ist finanziert, alles nur Wünschenswerte mußte wegfallen."

Haushaltsplan '78 für Niedersachsen eingebracht / Bourgeoisie bläst zum Angriff

Hannover. Der Haushaltsentwurf 1978 für das Land Niedersachsen ist am 26. und 27.10. eingebracht und beraten worden. Für die Volksmassen ausgegebenes Motto: „Schwerpunkte Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik", wobei „alles Notwendige finanziert (ist), alles Wünschenswerte wegfallen (mußte)" (Finanzminister Leisler Kiep).

Das Notwendige ist die Vertretung der Interessen des Finanzkapitals und Durchsetzung dieser Interessen gegenüber den Volksmassen. Das Wünschenswerte ist all das, was die Interessen der Volksmassen angeht: keine Gebührenerhöhung, Lehrmittelfreiheit usw. Die Volksbetrüger stellen sich hin und schwätzen daher von „wünschenswert, aber leider ..." und fegen diese Interessen vom Tisch. Daß es sich tatsächlich so verhält, wird klar, schaut man den Bourgeoispolitikern in die Dokumente und auf's Maul:

„Alarmzeichen, daß die Unternehmensgewinne 1977 erneut ganz deutlich unter den Steigerungsraten der Arbeitnehmereinkommen lagen" (stellv. Fraktionsvorsitzende der FDP Hirche)

Deshalb werden den Kapitalisten für „Zukunftsinvestitionen" 215 Mio. DM bar und 124 Mio. DM als Verpflichtungsermächtigung zugeschustert. Das Land selbst startet „investive Aufgaben" von 3 Mrd. DM. Das „Mittelstandsförderungsgesetz" läuft an, die Gelder an die Kommunen in Höhe von 4,9 Mrd. DM werden zum größten Teil auch für örtliche Geschenke an die Kapitalisten verbraucht.

Über die Rationalisierungsmaßnahmen, die mit diesen Geldern gefördert werden, sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Erst Entlassungen, dann Neueinstellungen zu weniger Lohn, große Umschichtung der Arbeiter, heißt bei diesen Herren „Arbeitsplatzbeschaffung".

„Materiell im Minimum abgesicherte Zukunftserwartung" durch „arbeitspolitische Maßnahmen" ...

Zwangsarbeit für Jugendliche und noch nicht ganz verbrauchte Arbeiter über „Sondermaßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit", ein Posten von 57 Mio. DM.

... durch Beseitigung des „Risikofaktors" Lohn

„Die Entscheidung wird fallen an der Tariffront. Hier liegen die Risiken für den Haushalt. Wir haben eine Steigerung der Personalkosten um 6,5% geplant, bei 5000 neuen Stellen, wobei die vermutlichen Lohnerhöhungen berücksichtigt sind." (CDU-Finanzminister Kiep) Was die „Lohnerhöhungen" angeht, so sind sie nach dem Haushaltsentwurf vor allem für die Schmierung des höheren Richter- und Beamtenpacks vorgesehen. Für die Beamten und Richter ist eine Steigerung von 275 Mio. DM vorgesehen, gleich 7,2%. Für die Arbeiter ist Lohnraub vorgesehen, von 444 Mio. DM auf 442 Mio. DM.

... durch Mithilfe der Gewerkschaftssozialdemokraten

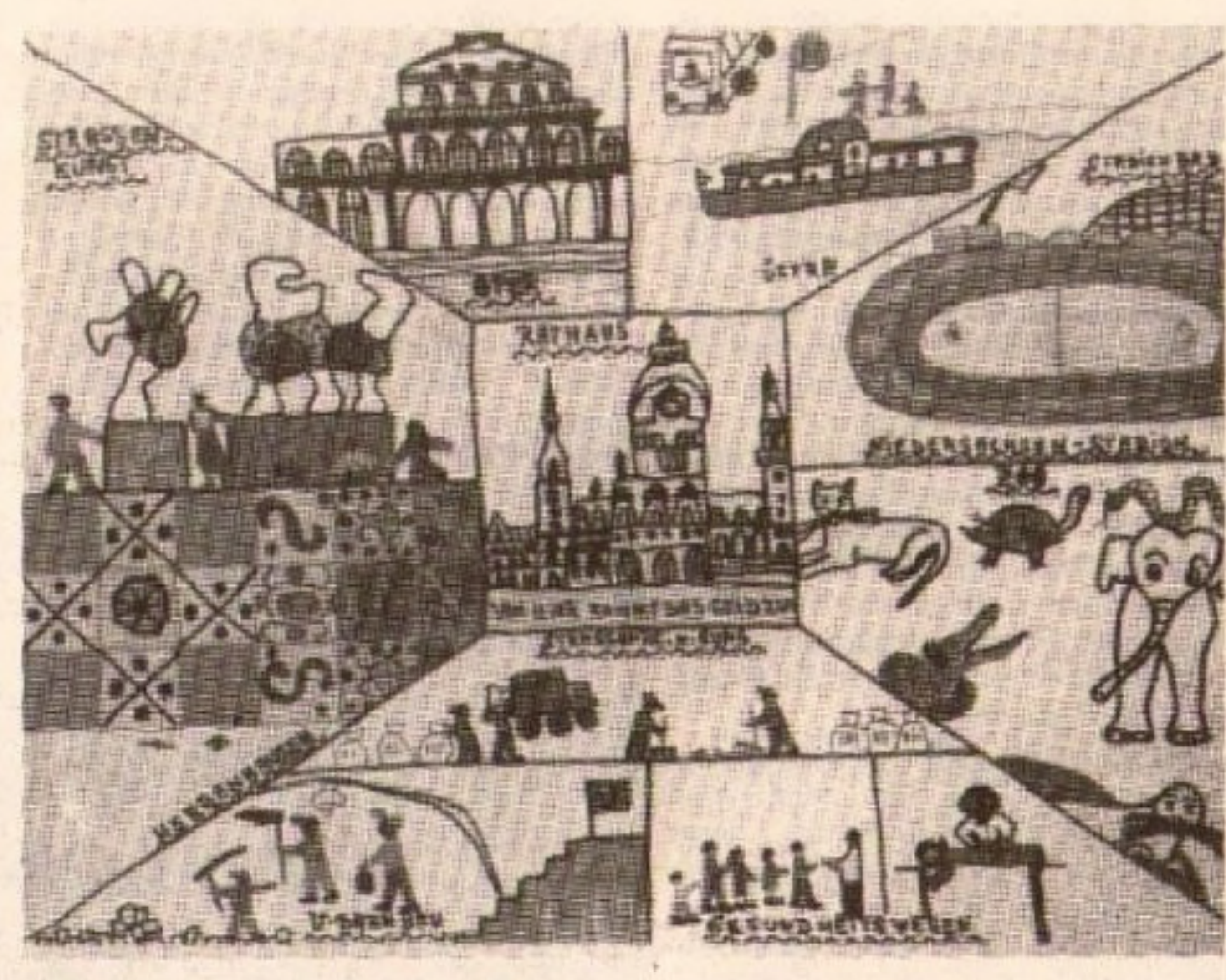
„Die Solidarität mit den Arbeitslosen kann sich auch im vernünftigen Verhalten der Tarifpartner niederschlagen", gibt Kiep als Richtlinie aus. Daß sie von den Parteifreunden, die die Gewerkschaften noch beherrschen, beherzigt wird, dafür verbürgt sich SPD-Abgeordneter Oertzen: „In anderen Staaten gibt es Unternehmer, die auf Knien danken würden, wenn sie die deutschen Gewerkschaften als Partner hätten."

Was die Bourgeoisie jedoch fürchtet, ist, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen sich nicht die Haut gerben lassen. Deshalb muß etwas getan werden zur

„Befriedung in unserer Gesellschaft"

Befriedung meint Unterdrückung. Die Polizei wird personalmäßig aufgestockt, so daß die „Vernachlässigung täglich anfallender Arbeiten" wegen „zusätzliche(r) Einsätze zum Schutz von Kernkraftwerken" bereinigt wird (Innenminister Groß). Fast 60 Mio. DM werden so zur Unterdrückung der Volksmassen einkalkuliert. Ausbau der tagtäglichen Unterdrückung kennzeichnet auch die „Einnahmen aus Geldstrafen", die um 15 Mio. DM steigen sollen.

Für die SPD ist das ein „Haushalt der Halbherzigkeiten", sie will größere Verschuldung, „damit die Aufgaben zu lösen seien, die (sonst) kommende Generationen belasten müßten", die FDP ist für „den liberalen und starken Staat" und setzt auf die „Solidarität der Demokraten", und die CDU warnt vor „übertriebenem Schuldenmachen" ... „vor allem (wegen) der Sorge, künftigen Generationen und künftigen Regierungen unvertretbare Hypotheken zu überlassen". Man riecht es förmlich: Die Angst sitzt diesen Bourgeoisvertretern im Nacken, daß die Arbeiterklasse diesen Haufen auseinanderjagen wird und sich nicht mehr von den Absicherungen nach vorne und hinten und allen Seiten über den Zweck des Parlamentarismus täuschen läßt. – (N-Red.)



„Woher kommt das Geld?"
Natürlich aus dem Rathaus, und es wird vernünftig verteilt, zum Nutzen des „Bürgers" selbstverständlich: für die Freizeit, mit Kunst und Sport, etwas für die Gesundheit und für die Verkehrsverbindungen. Das ist der 1. Preis eines Schülerwettbewerbs, ausgeschrieben vom Stadtrat der Stadt Hannover. Das Bild ziert jetzt den Haushaltsplan der Stadt Hannover und ist ein prächtiges Gegenstück zum Haushaltsplan selbst mit seinen millionenschweren Projekten zur Verschärfung der staatlichen polizeimäßigen Unterdrückung der Volksmassen, mit seinem Ausplünderungsposten und den geraubten Lohngeldern als Geschenk an die Kapitalisten.
Soweit geht die Indoktrination in der Schule über die Lehrer, daß noch nicht mal gefragt wird: „Wie kommt das Geld ins Rathaus?" Für den, der am besten dieser Aufgabe nachgekommen war, wurde ein „schöner Nachmittag" mit Oberbürgermeister Schmalstieg arrangiert. Ob sich das lohnt?!

Kreistagsteilwahlen in Niedersachsen: Spieglein, Spieglein an der Wand ...

Für die SPD Spitzenkandidat Bundesstädtebauminister Karl Ravens:

Die Sozialdemokraten haben sich in Niedersachsen gut behauptet und trotz des geringen Stimmenrückgangs bei den Wählern die Vertrauensbasis gefestigt.

In einer Reihe von Kreisen hat die SPD sehr erfreuliche Stimmenergebnisse erzielt.

Der eigentliche Verlierer der Wahl ist die FDP.

(...) bei einer hohen Wahlbeteiligung ist der Vorsprung der CDU bei anhaltenden Verlusten der FDP bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr aufzuholen.

Für die FDP Landesvorsitzender der FDP und Innenminister Rötger Groß:

Die FDP habe sich behauptet.

Sie habe jetzt eine gute Ausgangsbasis für die Landtagswahl im Juni geschaffen.

Für die CDU Ministerpräsident Ernst Albrecht:

Ministerpräsident Albrecht verkneift es sich, auf die Richtigkeit seiner Einschätzung zu dem Ausgang der Wahlen hinzuweisen. Er spricht stattdessen vom Dank an die Wähler.

(...), daß die CDU dennoch wenn auch geringen Stimmenzuwachs erzielte, dürfte vor allem auf die intensive Seelenmassage von Albrecht (...) zurückzuführen sein.

Der Landtagswahl könne mit Zuversicht entgegengesehen werden.

Im Zerrspiegel der Presse allgemein:

(...) nur die CDU kann sich einen Lorbeerkranz umhängen, während SPD und FDP sich eher Wunden zu lecken haben.

Niedersachsenwahl: Alle fühlen sich als Sieger.

Ungewöhnlich wie diese Wahl, in der nur die Bewohner von 18 (von 37) im Zuge der Gebietsreform neugeschnittenen Kreisen zur Urne gerufen worden waren, bot sich an diesem Abend auch das Ministerium an der Lavesallee in Hannover dar. Polizeibeamte mit schußbereiten Maschinenpistolen (...). Die Sicherungen verstärkten sich im Laufe des Abends noch, als nach und nach politische Prominenz aller Couleur beim Landeswahlleiter eintraf.

Und zu den Wählern:

Der Wahltag stand im Zeichen von mildem und teilweise sonnigem Herbstwetter.

Offenbar hatten die Wähler keine Schwierigkeiten mit dem neuen Wahlsystem, nur 17126 ungültige Stimmzettel.

„Friedlandhilfe auf neuen Wegen"

30jähriges Jubiläum der Flüchtlingsverwaltung im Grenzdurchgangslager



Das Göttinger Tageblatt (19.10) berichtet: „Mit kühnem Schwung flog die BGS-Besatzung ihren „Sikorsky" an der metallbewehrten DDR-Grenze entlang und ließ die Gäste aus den Bundesländern aus der Vogelperspektive schauen, wie Deutschlands Teilung in der niedersächsischen Hügellandschaft aussieht (...) Die Gäste aus den zonenfernen Landesmetropolen sollten im BGS-Hubschrauber ein wenig „Berührung mit dem Osten bekommen." Hasselmann nach dieser Einstimmung dann auf der Friedlandkonferenz: „Die Bedeutung der Landesflüchtlingsverwaltung ist ein wenig ins zweite Glied gerückt, das muß sich ändern. Sie trägt hohe Verantwortung für das Schicksal von Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern."

Die Minister verstanden, Schlagzeilen zu machen: Die Vertreter der Bundesregierung sichern der Friedlandhilfe zu, daß sie mit der weiteren Unterstützung von Bund und Ländern rechnen kann. Länderminister fordern: Bonn soll mehr für die Aussiedler tun, die Bundes- und Länderregierungen sollen noch die Hälfte des Wohnungsbauprogramms für Aussiedler tragen – die Eigenbeteiligung beim Internatsbesuch der Aussiedlerkinder soll wegfallen. Die Friedlandhilfe will sich auch neue Werbemethoden einfallen lassen um mehr Spenden locker zu machen. 1,8 Millionen waren das im letzten Jahr (zu Weihnachten kommt immer mehr).

Der Ostkirchenausschuß der evan-



gelischen Kirche und die Dienststelle für Aussiedlerarbeit haben gleich mit einer dreitägigen Ausrichtungstagung in Hedemünden nachgesetzt. Pastor Siegfried Springer vom Ostkirchenausschuß Hannover zum Problem der Dreiteilung in die Gruppen „Gläubige, Fernstehende und Jugendliche" über die besonders schwierigen Jugendlichen: „Alleingelassen verfallen sie nur zu leicht dem Alkohol und anderen Süchten." Und worauf es ankommt: stärkere Beachtung innerfamiliärer Generationsprobleme – Bibelsprüche für die Älteren, Erziehung zum Lohnsklaven für das Hilfsarbeiterdasein in der Industrie unter dem Titel „Sprachförderung" in Internaten für Aussiedlerkinder, gleichfalls unter der Fuchtel der Kirche.



Die solche Töne von sich geben sind Imperialisten reinsten Wassers oder deren Agenten, die nicht bloß von der „Rückeroberung der „deutschen Ostgebiete" träumen. Die zunehmende Zahl der Aussiedler hat auch eine schmerzliche Seite. Pastor Besch (Bremen), Beauftragter der EKD für Aussiedlerfragen erklärte, die zunehmende Zahl der Aussiedler trage zu einer Verwaisung der Gemeinden und Kirchengemeinden im Osten bei. Die Ostkirchen sehen die Aussiedlung mit einem blutenden Herzen. Ein Berufungsgrund für einen erneuten „Kreuzzug gen Osten" schwindet.

Wir haben mit polnischen Familien in Göttingen und Braunschweig gesprochen – „Hilfe" gabs lediglich am Anfang. Ohne die Unterstützung von Verwandten, die schon lange hier sind, geht es aber meistens nicht. Ein älterer Arbeiter, der jetzt bei VW arbeitet: Wir bleiben hier, weil sonst die Miete zu teuer ist, zum Anfang bekam ich Unterstützung, 800 DM, für die Frau 400 DM, jetzt wohnen wir für 117 DM Miete mit neun Personen in drei Zimmern.

Viele polnische Arbeiter, die zu Hause als Bauern gearbeitet haben, jetzt, weil sie nichts gelernt haben, Hilfsarbeiter wurden, sind jetzt Teil des Arbeitslosenheeres: „Wer nicht schon länger hier ist und Deutsch kann, kriegt die schlechtesten Arbeiten ..."

Unter Integration fällt auch das Projekt „Förderschule für Umsiedlerkinder" in den Gebäuden des für wildeste Unterdrückung Jugendlicher berüchtigten Knabenhofes in Braunschweig. Träger solle, wie für den Knabenhof, das Christliche Jugenddorf sein. Gegen den ehemaligen Leiter hatten Erzieher aus dem Knabenhof einen Prozeß wegen schwerer Prügelstrafen angestrengt. Einen Zuschuß von 80000 und eine Bürgschaft in Höhe von 215000 DM will sich das Land diese „Förderungsmaßnahme" kosten lassen. Mit dieser Seite der Kriegsvorbereitungen wird die Bourgeoisie noch größere Probleme kriegen, weil sich die Arbeiter in Westdeutschland mit den polnischen Arbeitern über ihre Klasseninteressen verständigen. (Bezirk Südostniedersachsen)

Bauern in der Zange zwischen Nahrungsmittelkapitalisten und Düngemittelhersteller

Rasche Konzentration in der Landwirtschaft / Wirtschaftsrechnung eines Mittelbauern

Unser Betrieb liegt im Kreis Flensburg auf der Geest. Er ist 40 ha groß, seit ein paar Jahren haben wir noch 10 bis 20 ha dazugepachtet. Den Betrieb machen meine Eltern, mein Bruder und jetzt nach Abschluß meines Studiums vorübergehend auch ich. Wir schuften uns halb dämlich, um den Betrieb auf Vordermann zu kriegen. Bis zu 14 Stunden pro Tag sind drin. Vor 15 Jahren sind wir ausgesiedelt. Vorher hatten wir einen sog. Allroundhof, mit Kneipe. Meine Eltern sind dann oft um 4 Uhr morgens aufgestanden und um 1 Uhr nachts ins Bett gegangen. Allroundhof, d.h. wir hatten von jedem was: 20 Sauen, 16 Kühe, 3 ha Kartoffeln, 400 Hühner usw. Solange meine Eltern jung und auf dem Hof noch mehr Arbeitskräfte waren, ging es. Seit 1960 war das unmöglich. Deshalb hat mein Vater ausgesiedelt. Er hat ca. 200000 DM Schulden aufnehmen müssen, Kredite aufnehmen müssen, um die Gebäude, Maschinen und Aufstockungsinvestitionen tätigen zu können. Wir haben damals Platz für 36 Kühe gehabt. Um die Schulden abzutragen, mußte die ganze Familie ranklotzen. Da gingen ja durchschnittlich 10000 DM allein für Zinsen weg. Trotzdem sind wir noch lange nicht von den Schulden runter. Dabei sind meine Eltern größere Mittelbauern, denen es im Verhältnis zu Kleinbauern noch gut geht. Kleinbauern können sich noch so viel abrackern, größere Investitionen, um den Hof halten zu können, sind da nicht drin. Sie müssen über kurz oder lang über die Klinge springen. Aber auch die Mittelbauern müssen sich abrackern, wenn sie überleben wollen. Investiert man nicht, heißt das auch für einen Mittelbauern Ruin. Deshalb sparen sich auch viele Mittelbauern alles vom Munde ab und klotzen ran, um den Abschluß hinzukriegen.

Deshalb haben wir weitere Ställe gebaut, so daß wir jetzt 70 Kühe stehen haben können. Bisher haben wir 45 Kühe. Das ging nur, weil wir alles selbst gemacht haben, die Umbauten, die neuen Ställe, weil wir uns nur gebrauchte Maschinen gekauft haben, die mein Bruder auf Vordermann gebracht hat. Die meisten Maschinen zum Füttern z.B. mußte er sich auch selber bauen, weil der Landmaschinenhandel so teuer ist, daß wir das alles hätten nicht bezahlen können. So kostet ein Futterwagen, den wir uns aus einem alten Miststreuer gebaut haben, neu 6000 bis 7000 DM. Ein Ladewagen für die Siloernte kostet 10000 DM, ein Kipper, den wir für 2500 DM gekauft haben, ungefähr 10000 DM.

Wenn man sich die Produktion auf dem Hof ansieht, dreht sich alles um die Kuh. Wir bauen das Futter, das die Kuh braucht, an, verfüttern es und verkaufen die Milch. Männliche Nachzucht mästen wir und verkaufen sie an den Händler. Die Kosten für einen Liter Milch, sieht man von der Arbeitskraft und den Maschinen ab, liegen zwischen 35 und 40 Pf. für Kraftfutter. Für wirtschaftseigenes Futter sind sie nicht ganz so hoch. Die restlichen 25 Pfennig bleiben für Arbeitskraft, Gebäude und Maschinen.

Dabei produzieren wir im Durchschnitt 650 kg Milch pro Tag. 170 DM bleiben dann für Maschinenabnutzung, Gebäudeabnutzung und drei bis vier Arbeitskräfte, die durchschnittlich neun bis zehn Stunden pro Tag (Sonnabend und Sonntag mitgerechnet) arbeiten, wobei die Haushaltsarbeit meiner Mutter noch nicht einmal mitgezählt ist. Wir mußten wegen der Kreditaufnahme in die Buchführung. Die Rechnung für ein Jahr ergibt:

Einnahmen aus Verkäufen

Mast- und Zuchtvieh:	ca. 30000 DM
240000 kg Milch:	ca. 130000 DM
Gesamteinnahmen:	ca. 160000 DM

haben können. Bisher haben wir 45 Gesamteinnahmen: ca. 160000 DM der Staat die kleinen Meiereien durch Westküste)

Ausgaben

Saatgut und Schädlingsbekämpfung:	4000 DM
Düngemittel:	12000 DM
zugekaufte Futtermittel:	54000 DM
Tierhaltung (Tierarzt, Besamung etc.):	8000 DM
Maschinenunterhalt und -miete:	22000 DM
Kraftstoff, Treibstoff:	4000 DM
Strom und Brennstoff:	5000 DM
Gebäudeunterhalt, -reparatur:	4000 DM
Versicherung:	4000 DM
Betriebssteuerabzug:	4000 DM
Abschreibung:	27000 DM
Gesamtausgaben:	144000 DM

Der Wohnwert des Hauses wird rechnerisch mit 3800 DM angegeben.

Von dem Roheinkommen von 16000 DM pro Jahr müssen Neuinvestitionen durchgeführt, und davon muß gelebt werden. Gerade in letzter Zeit ist die Schere zwischen Erzeugerpreisen und Betriebsmittelpreisen wieder gewachsen. Mit den Betriebsmitteln ist das so, daß die Monopole so viel herausholen, wie sie können. In der Zeitung steht immer, die Bauern werden subventioniert, aber selbst die Kapitalistenknechte an den Unis mußten feststellen, daß z.B. Düngemittelsubventionen für die Monopole immer nur Anlaß waren, sich diese durch Preiserhöhung zu ergattern. Lange Zeit haben die westdeutschen Konzerne im Ausland ihren Dünger 30% billiger als hier verkauft, weil sie hier ein sicheres Monopol hatten.

Wir sind da richtig in einer Zange. Auf der einen Seite die Futtermittel-, Düngemittel- und Landmaschinenhersteller und auf der anderen Seite die Nahrungsmittelkapitalisten. Erst hat der Staat die kleinen Meiereien durch Subventionierung der Großen zur Aufgabe gezwungen, jetzt haben sie uns in der Hand. Die Verarbeitungs- und Handelsspanne wächst. Wir bekommen knapp 60 Pf. pro kg Milch. Im Laden kostet die Milch eine Mark.

Ein halber Pfennig muß für die Centrale Marketing- und Absatzgenossenschaft abgeführt werden. Das wird zwangsweise durch den Staat eingetrieben. Das soll im Interesse der Bauern sein, sagt der Staat. Die deutschen Bauern sollen dabei mit westdeutschen Kapitalisten zusammenarbeiten, um ihnen zusätzliche Märkte zu erschließen, damit sie höhere Profite machen können.

Auf jeden Liter Milch müssen die Bauern 1,5 Pfennig Mitverantwortungsabgabe entrichten. Die Kapitalisten und ihr Staat wissen, daß jeder Pfennig weniger einige tausend Bauern in der EG zur Aufgabe der Milchproduktion zwingt, wenn er sie nicht ganz in die Ruinierung führt. Dabei haben sie die Milchpreise nur so lange hoch gehalten, bis die Spezialisierung der Mittelbauern auf einen Produktionszweig weitgehend abgeschlossen war. Dies Jahr fängt der Preisdruck schon wieder an. Im „Bauernblatt" der letzten Woche steht, daß spätestens ab 1978 die EG die Preise drastisch kürzen wird. Stellt sich für uns die Frage, ob sich die ganze Schufterei überhaupt gelohnt hat. Oder ob der Kapitalismus und die kapitalistische Agrarpolitik uns nicht über kurz oder lang den Garaus machen.

Mein Bruder ist jetzt 25. Nächsten Monat muß er am Knie operiert werden. Noch ist nicht sicher, daß das wieder in Ordnung kommt und wann. Wegen seiner Bandscheibe fährt er nach Itzehoe alle Woche zum Knochenbrechen. Die Ärzte können da nicht mehr helfen. Gegen die rasche Konzentration in der Landwirtschaft kann er also nicht mehr lange anschuften. Das bedeutet seinen Ruin. – (Bezirk Flensburg-Westküste)

Ertls Vorstellungen von Wohlstandsentwicklung

„Was die Landwirtschaft anbelangt, so war, bleibt und ist das Ziel deutscher Agrarpolitik, im Landwirt nicht nur den Erzeuger von Nahrungsmitteln zu sehen, sondern den Unternehmer, der Anspruch hat auf die gleichberechtigte Teilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung." (Ertl zur Eröffnung der ANUGA 77) Der Landwirt ist „nicht nur Erzeuger von Nahrungsmitteln" – „ist nicht nur Bauer, sondern Unternehmer" – ist Kapitalist, und dem geht es gut, sagt Ertl. Die Kapitalisten haben „Anspruch auf die gleichberechtigte Teilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung". So soll es auch sein: kapitalistische Großbetriebe in der Landwirtschaft sollen aufgebaut und subventioniert werden, „unproduktive" Betriebe geschlossen werden. 8,7 Milliarden DM hat der Staat für diese Agrarpolitik bereitgestellt. Allein in den Jahren von 1960 bis 1976 hat die kapitalistische Produktionsweise 387000 Bauern gezwungen, ihre Höfe aufzugeben und sich in den Fabriken der Bourgeoisie zu verkaufen. 55% aller Klein- und Mittelbetriebe mußten schließen. Rund 40% aller Landwirtschaftsbetriebe haben sie in Nebenerwerbsbetriebe verwandelt. „Deshalb haben wir ein Nebenerwerbsprogramm eingeführt, um gezielt helfen und Anpassungserleichterungen geben zu können." (Agrarbericht 77 des Bundesernährungsministers) „Gezielt helfen", man muß es nur richtig verstehen. Ziel ist der Profit der Kapitalisten – dabei hilft der bürgerliche Staat. „Anpassungserleichterungen" für die Bauern zur Eingliederung in die Profitproduktion, das ist Ergebnis des Nebenerwerbsprogramms.

„Das andere ist, daß wir die kleinen Landwirte nicht ihrem Schicksal überlassen, die Vertreibung vom Lande nicht zugelassen haben", erklärte Ertl auf dem Deutschen Bauerntag 1977. Dreiste Lügen muß er in die Welt setzen, um die Tatsachen zu vertuschen. Die Zahl der ruinierten Kleinbauern ist von Jahr zu Jahr mehr gestiegen, die übrigen in tiefere Verschuldung bei den Banken getrieben und in Tributpflichtige der Nahrungsmittelkonzerne verwandelt, an die sie ihre Ernteerträge abzuliefern haben. Auf dem Deutschen Bauerntag 1977 zieht Ertl das Fazit aus dieser Plünderpolitik: „Der große europäische Markt hat allen einen Wohlstand gebracht, wie ihn die europäische Geschichte vorher nicht gekannt hat. Nie war die Versorgung mit Nahrungsmitteln für den Verbraucher so gesichert, nie die Existenz der Landwirte so gefestigt." Jeder weiß, daß das nicht stimmt. Der „große europäische Markt" hat der westdeutschen Bourgeoisie Profite gebracht, wie sie die europäische Geschichte noch nicht erlebt hat, das ist Ertls „Fazit". – (Z-Red)

Alle Jahre wieder: Höchstwissenschaftliches Interesse am Lohnraub

Wie auch immer, nach den Instituten kommt den Lohnabschlüssen eine „Schlüsselrolle" zu. Dringend mahnen sie eine „Korrektur der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne" an. „Im Jahr 1978 müßten die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 7,5% statt nur um 5% und netto gar um 13% statt 11% zunehmen, um die Investoren etwas munterer zu machen. Und für diese Verbesserungen", schlußfolgert das „Handelsblatt" am 25. Oktober, „habe nun einmal die Lohnpolitik zu sorgen".

Die armen „Investoren"! So mühsam ist die Profitjagd geworden, daß die Ausbeutung der Arbeiter schon gar keine Freude mehr macht. Was fehlt ihnen? Geld kann es nicht sein. Die Kapitalisten schwimmen im Geld. Die „Frankfurter Allgemeine" berichtet am 20.10., daß Unsummen an Geldern „in Schweizer Banknoten gewechselt und dann in Schließfächern (der Schweizer Banken) deponiert werden", und ruft aus: Das „ist der Rückzug des Kapitals in den Sparstrumpf." Jedoch, die Hofschreiber äußern Verständnis: „Wer in diesem Jahr Schweizer Banknoten hortete, hat gegen die D-Mark bisher gut acht Prozent, gegen den Dollar weit mehr als 10 Prozent ‚verdient'. Vergleiche mit den traditionellen Kapitalanlagen liegen nahe." In der Tat. Die „Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung" errechnete, daß 1977 die Profite aus der Ausbeutung der Arbeiter in der Automobilindustrie „nur" um 6% gestiegen sein werden, in der Elektroindustrie um 4 bis 5%, im Maschinenbau und im Versicherungsgewerbe um 3%, bei den Banken um 2%; die 50prozentige Profitsteigerung in der Bauindustrie dürfe nicht mitgerechnet werden, sie stamme aus dem Auslandsgeschäft. Und, welch ein „Trauerspiel", in der Chemie- und Stahlindustrie seien die Profite gar rückläufig.

„Nichts wird besser", klagt das „Handelsblatt" der Kapitalisten. „Sehr gedämpft" sind auch die Erwartungen der „Frankfurter Allgemeinen": Anlaß des Trübsinns ist die alljährliche „Konjunkturprognose", mit der in der letzten Woche die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute herausgekommen sind.

Sie sind sich einig: „Eine rasche und kräftige Erholung der Wirtschaftstätigkeit (ist) wenig wahrscheinlich." Bestenfalls sei mit einem realen Anstieg des Sozialprodukts um 3,0 Prozent zu rechnen. Die hohe Gage macht den Herren Wirtschaftsforschern ihre „wissenschaftlichen" Erkenntnisse über die Ursachen der trostlosen Aussichten leicht: „Die Unsicherheit über die Ertragschancen (ist) immer noch zu groß." Angesichts der „Überforderung der Unternehmen durch steigende Lohnkosten", so das Rheinisch-westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, fehle es an der notwendigen Investitionsneigung. Nach ihren Berechnungen sind 1977 die „Einkommen aus unselbständiger Arbeit" um netto 6% gestiegen. Was heißt es schon, wenn die Arbeiter und Angestellten von den letzten Tarifabschlüssen von 5 bis 6% höchstens ein paar Mark übrigbehalten haben, und das auch nur bei Nichtberücksichtigung der Inflationsrate. Sollen wir jedoch die 6% anzweifeln? Woher denn!

Was den Arbeitern und Angestellten geraubt wurde, haben die hoch- und höchstbezahlten Manager, Antreiber, Rationalisierer, Obermeister, die Bourgeoispolitiker und Professoren, kurz das ganze Lumpenpack, das sich die Bourgeoisie hält, zusätzlich zugesteckt bekommen, damit das Geschäft der Ausbeutung solchermaßen geschmiert auch laufen kann.

Kapital will sich verwerten, vermehren. Das Problem der Kapitalisten ist nicht, daß sie kein Geld hätten, um es in der Produktion anzulegen. Ihr Problem ist, daß sie zuviel Kapital aufgehäuft haben, so daß der Profit, den sie aus der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse ziehen, absolut zwar steigt, relativ, das heißt im Verhältnis zum aufgewandten Kapital, aber sinkt. Die Bundesbank gibt in ihrem Monatsbericht September an, daß von 1965 bis 1975 die Nettorendite der Industrie-Aktiengesellschaften von durchschnittlich 3,0 Prozent auf 1,3 Prozent gesunken sei. „Der Schluß liegt nahe", schreibt die „Frankfurter Allgemeine, „daß wir heute in vielen großen Industrieländern der westlichen Welt nicht nur beschäftigungslose Menschen haben, sondern jetzt auch ‚arbeitsloses Kapital'." Ganz unfreiwillig bringt der bürgerliche Schreiberling zum Ausdruck, daß sich der Kapitalismus in tiefer Stagnation und Fäulnis befindet. Das „arbeitslose", sprich überschüssige Kapital flieht entweder auf die Rentenmärkte, wobei die Rentenpapiere nichts anderes sind als Anteilscheine an der Ausplünderung der Volksmassen. Oder aber es wird in fremde Länder exportiert zwecks Ausbeutung fremder Arbeiterheere. Tatsächlich hat sich im ersten Halbjahr 1977 die Summe der Direktinvestitionen westdeutscher Kapitalisten im Ausland sprunghaft um 2,6 Mrd. DM auf insgesamt 49,6 Mrd. DM erhöht.

Ausbeutung muß sich auch hierzulande wieder lohnen, fordern die Wirtschaftsforschungsinstitute – woher sonst beziehen die Kapitalisten die Kraft für die imperialistische Expansion, wenn nicht aus der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter? – und rühren, von höchstwissenschaftlichem Interesse erfüllt und damit natürlich über jede Anfechtung erhaben, die Trommel für kräftige Lohndrückerei: um höchstens 5,5% dürften die „Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit" im nächsten Jahr steigen, verlangt die Mehrheit der Institute (wobei bei diesem Durchschnittswert wiederum die wachsenden Schwierigkeiten der Schweißabpresserei als sprunghaft wachsende Schmiergelder für die Antreiber eingerechnet sind). Um höchstens 3,5%, verlangt das RWI unter dem Beifall der bürgerlichen Presse. Besser noch: „Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage sei sogar ‚eine Lohnpause angebracht'", zitiert die „Welt" den Pressesprecher des Instituts. Der Kurs der Kapitalisten ist klar: Nach den Lohnraubabschlüssen des letzten Jahres, durch die sich die Kapitalisten zu ständiger Verschärfung der Ausbeutung ermutigt gefühlt haben, sollen jetzt die Löhne großer Teile der Arbeiterklasse bis aufs Existenzminimum gedrückt und die Ausbeutung weiter intensiviert werden. Denn: Das „3%-Wachstum" werde „ohne zusätzliche Beschäftigung erreicht werden", heißt es in der „Konjunkturprognose"; die Zahl der Arbeitslosen werde im Jahresdurchschnitt 1978 eher noch steigen.

Die Reaktion der bürgerlichen Presse bleibt, so sehr auch die „wissenschaftlichen" Anstrengungen für den Beweis, daß Lohnraub nötig sei, gewürdigt werden, skeptisch. „Es sagt fast niemand, eine Politik der niedrigen Löhne sei falsch. Aber das Lohnargument wird doch als ... reiner Hoffnungswert gehandelt", schreibt die „Süddeutsche Zeitung". „Das Risiko des ‚Herbstgutachtens' liegt somit vor allem in der Antwort der Gewerkschaften ...", sorgt sich das „Handelsblatt". Zu Recht. – (Z-Red.)



Auf der geplanten Autobahn Oldenburg–Wilhelmshaven ist am Mittwoch eine Autobahnbrücke zusammengebrochen, sieben Arbeiter wurden schwer verletzt. Die Arbeiter auf den Baustellen müssen elf Stunden arbeiten, wozu sie der letzte Lohnraub zwingt. „Die Ursache für den Brückeneinsturz wird keiner herausfinden", meint ein Techniker, die Baufirma Hein aus Osnabrück wird dafür alles tun.

Noch ein „Praktisches Jahr"

„Pflichtpraktikum und Krankenpflege als medizinisches Vorstudium" schlägt ein Professor Hornstein aus Erlangen in einem „Plädoyer für eine berufsbezogene Reduzierung des Numerus Clausus" im „Ärzteblatt" vom 6.10. vor. Ein „vernünftiger Abschreckungseffekt auf ungeeignete Aspiranten" sei der Zweck. Ein Oberarzt soll bescheinigen, daß der künftige Arzt nicht durch die Aussicht, das Ehrenbergsche Mordprogramm durchführen zu sollen, „abgeschreckt" wird.

Die Praktikanten, die um den Medizinstudienplatz konkurrieren sollen, sollen zugleich als Sturmtruppe der Rationalisierung gegen das Pflegepersonal fungieren. Das „Pflegedoppeljahr soll ... hohe Anforderungen an die pflegerische Einsatzbereitschaft des Absolventen stellen." Da trifft es sich gut, wenn derlei Spaltung ganz umsonst zu haben ist: „Und es sollte gegebenenfalls auch den Verzicht auf materielle Entlohnung einschließen." Von Gotteslohn und Schulden sollen die Praktikanten wohl leben. Und dankbar dafür sein, daß sie „vor schädlichen Illusionen bewahrt werden", z.B. der, das Krankenhaus sei nicht zum Rentnermord, sondern für den Patienten da.

Bedürftig und bescheiden soll der Student ins eigentliche Studium eintreten. Der Herr Professor, der vermutlich schon ein hübsches kleines Kapital aufgehäuft hat, will den Studenten Gelegenheit geben, „Abstand (zu) finden von jener hochgespannten Erwartungs- oder gar Anspruchshaltung", die die Ehrenbergsche Kostendämpfung stört.

Streiks an den Hochschulen

Gerade einen halben Monat ist der Vorlesungsbeginn jetzt an den meisten Hochschulen und Universitäten alt. An einzelnen Fachbereichen wurden in diesen beiden Wochen die Kämpfe durch Streik gegen Verschärfungen der unterdrückenden Studien- und Prüfungsbedingungen geführt. In dieser Woche nehmen die baden-württembergischen Studentenschaften den Streik auf gegen den Plan der Filbinger- und Hahn-Reaktion, die Verfaßten Studentenschaften zu zerschlagen und zu verbieten. Für die kommende Woche haben die Medizinerfachschaften die Urabstimmung für den Wiederaufbau der Streikfront im Kampf um Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr beschlossen.

Diese Kampfaktionen, mit denen Teile der Studentenbewegung sich nicht länger durch den dumpfen Druck der Studien- und Prüfungsbedingungen und den Zwang der Konkurrenz niederhalten lassen, sondern dem wütenden Treiben der Reaktion eine Antwort zu geben suchen, stehen von Anfang an unter einer harten und schweren Belastung und stellen die ganze Studentenbewegung auf eine Probe: Diese jetzt eingeleiteten Kämpfe können ihre Wirkung und ihren Nutzen im Kampf gegen die Reaktion bloß gewinnen als Schritte im Aufbau der Streikfront an allen Hochschulen des Landes.

Das lehren nicht nur die Erfahrungen des semesterlangen Kampfes, der vorausgeht. Man braucht bloß die sich rasch ausdehnende Polizeiverfolgung und -unterdrückung zu sehen, um festzustellen, mit welchem Interesse und mit welchem Aufwand die bürgerliche Staatsmacht die Studentenbewegung zu hindern versucht an der Verständigung und dem Zusammenschluß für eine alle Kräfte der Studentenbewegung zusammenschließende Aktion, für den Aufbau einer einheitlichen Streikfront an allen Hochschulen des Landes im Kampf um die grundlegenden demokratischen und politischen Rechte der Studenten: für das Koalitions- und Streikrecht und für die vertraglich gewährleistete Bezahlung ihrer Arbeitskraft.

Ganz richtig sieht die Professorenreaktion unter Führung ihrer ministerialen Vorstehhunde in jedem erfolgreichen Schritt des Aufbaus dieser Streikfront eine Gefahr für ihre Pläne, durch „BAFöG-Strukturreform" die Abhängigkeit der Studentenmassen von den Professoren und vom Lohn der Eltern bzw. Nebenarbeit zu verstärken; die BAFöG-Fürsorge ab Februar auf die Beamtenanwärterbezüge im öffentlichen Dienst auszudehnen; die Durchfallquoten und damit die Unterdrückung mit Hilfe zentraler Studien- und Prüfungsreglementierungen um mehr als das Doppelte zu steigern und schließlich die Verfaßte Studentenschaft an den Hochschulen zu zerschlagen und zu verbieten.

Die Streikfront an allen Hochschulen gegen die Reaktion für die Durchsetzung des Koalitions- und Streikrechts und die Bezahlung der Arbeitskraft wird von der in Instituts- und Fachschaftsgruppen und durch die Fachschaftsvertretungen organisierten Studentenbewegung betrieben. Die Aufnahme des Streiks in Baden-Württemberg und die beginnende Urabstimmung an den medizinischen Fachbereichen sind *Fortschritte* zur Bildung dieser Streikfront, *mehr* nicht. Rasche und entschiedene weitere Schritte zum Aufbau dieser Streikfront sind nötig. Dann werden diese Schritte der baden-württembergischen Studentenschaften und der Medizinerfachschaften nicht *vergebliche* Schritte gewesen sein.

Zum Teil seit Semestern größte Vollversammlungen an den baden-württembergischen Hochschulen, die Bildung eines Ausschusses auf Landesebene zur Führung des Streiks und die Verpflichtung, einen Nachrichtendienst herauszugeben, sind Ausdruck dafür, daß die Stockung, in die die Studentenbewegung aufgrund der Spaltung und Zersetzung durch die bürgerlichen Politiker und aufgrund von Fehlern der Kommunisten geraten ist, sich aufzulösen beginnt.

Daß die bürgerlichen Politiker um so mehr ihre Anstrengungen verstärken, die Studentenbewegung an der Entfaltung ihrer Kraft im Kampf gegen die Reaktion zu hindern, ist ebenso eine Tatsache.

So hatten sich die Sozialdemokraten und DKP-Revisionisten durch ihre Mehrheit auf der VDS-Mitgliederversammlung im September zunächst bestätigen lassen, daß „wesentliches Ergebnis" des von ihnen auf Ende November vorgestellten bundesweiten Streiks die Einbeziehung „alternativer Seminarprogramme" in das „offizielle Lehrprogramm" und damit die Beförderung von AStA- und VDS-Karrieristen zu Assistenten und Professoren sein soll. Jetzt unternehmen sie allerhand, um den Fortschritt der Studentenbewegung im Aufbau der Streikfront nicht nur durch Lähmung der VDS zu sabotieren, sondern direkt zu spalten.

In Baden-Württemberg sind sie je nach ihren örtlichen Kräften damit beschäftigt, die Urabstimmungsforderungen der Landes-AStenkonferenz gegen das Hochschulgesetz und die Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaften zu ersetzen durch ihre falschen Vorstellungen und leeren Hoffnungen auf Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Staatsmacht, und betreiben die Auflösung der Streikfront und den Abbruch des Streiks, noch ehe er begonnen hat. Während sie so in Baden-Württemberg Spaltung und Zersetzung fortsetzen, sind die Sozialdemokraten und Revisionisten in den anderen Bundesländern damit beschäftigt, die Aufgabe des Aufbaus der Streikfront zu verhindern unter der Losung „Solidarität mit Baden-Württemberg".

Von den Opportunisten der Sozialistischen Basisgruppen und verwandten Richtungen erhalten sie bei diesen Bemühungen Schützenhilfe. Selbst ihre zunächst gegebene Absage an die Forderungen der Studentenbewegung: „Positives Kriterium für eine Aussetzung des unbefristeten Streiks ist die verbindliche Zusage, die jetzt vorliegenden Landeshochschulgesetze nicht zu verabschieden" –, ist diesen Opportunisten noch „*zu weitgehend*".

Bei den Medizinerfachschaften, wo diese Opportunisten das Sekretariat der Fachtagung stellen, findet sich das Entsprechende. Da die Notwendigkeit des Streiks klar und die Fähigkeit zum Streik bereits im Sommer erwiesen ist und da die Forderungen nach „Ausbildungs- und Tarifvertrag" im Praktischen Jahr fortgeschritten sind und die Linie markieren, auf der sich die ganze Studentenbewegung im Kampf um das Koalitions- und Streikrecht und die Bezahlung ihrer Arbeitskraft einen kann, haben sich hier die Opportunisten zunächst ganz auf die Sabotage der Vorbereitungen konzentriert. Die verlangte Vorverlegung der erst auf unmittelbar vor den Beginn der Urabstimmung festgesetzten Fachtagung wurde von ihnen abgelehnt. Ein Fachschafts-Info, das die Kämpfe der Fachschaften verschweigt, wurde von ihnen hinter dem Rücken des Fachschaftsausschusses und unter der Behauptung seiner Nichtexistenz lanciert.

Jetzt, wo alles darauf ankommt, von ersten Schritten im Aufbau der Streikfront zum Streik an allen Hochschulen der BRD und in Westberlin fortzuschreiten, propagieren die Opportunisten der Mediziner-Fachtagung einen Schritt zurück, indem sie vorschlagen, zu den Forderungen nach Ausbildungs- und Tarifvertrag Forderungen gegen Novellierungspläne der Ausbildungsordnung Medizin in die Urabstimmung mit aufzunehmen. Das ist von ihrer Seite der Versuch, die Anstrengungen, zu einer einheitlichen Streikfront für das Koalitions- und Streikrecht und für 100 DM mehr und 1500 DM Elternfreibetrag zu kommen, ebenso wie den Kampf der Medizinstudenten für den Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr zur Ergebnislosigkeit zu verurteilen.

Auftrieb geben diese fein eingefädelten Manöver von Sozialdemokraten, DKP-Revisionisten und Opportunisten den Jung-Reaktionären vom RCDS: Sie rühren unter der Losung „VDS-Streik schadet den Studenten" die Trommel für den „Demokratischen Dialog" und mobilisieren für die Reaktion. In Zusammenarbeit mit den Burschenschaften und anderem reaktionärem Gesindel nimmt die Bildung von Schlägerbanden gegen die Studentenbewegung bereits Gestalt an.

Um so notwendiger und dringlicher ist es, daß sich die Studentenbewegung in der Vorbereitung und durch die Führung des Streiks bewußt einreiht in den Kampf um den Aufbau der Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes. Diese Aufgabe steht vor den Institutsgruppen und den Fachschaften, die durch ihre Politik das organisierte und organisierende Rückgrat dieser Front an der Hochschule bilden müssen und ohne deren Führung die jetzt zum Kampf entschlossenen Teile der Studentenbewegung die noch zögernde Mitte nicht gewinnen und die Reaktionäre nicht isolieren und schlagen werden können.

Am 9. November, Vortag der geplanten Verabschiedung des reaktionären Gesetzes in Baden-Württemberg, werden Demonstrationen stattfinden, nicht nur in Baden-Württemberg, wo auch die ÖTV, die GEW, die Lehrer- und Gerichtsreferendare und die Fachschüler aufrufen. Die Opportunisten wollen diese Aktionen unter dem Aushängeschild „Solidarität mit Baden-Württemberg" zu einer Absage an die Fortsetzung des Aufbaus der Streikfront machen.

Noch in jede erfolgreiche Aktionseinheit gegen die Reaktion mußten die Opportunisten, DKP-Revisionisten und Sozialdemokraten getrieben werden. Was sie veranlaßt, sich, wenn auch nur formal, an der Aktionseinheit zu beteiligen, ist ihre begründete Furcht, daß die Massenbewegung im Kampf mit ihrer Politik bricht. Um diese Aktionseinheit muß der Kampf geführt werden, um diesen Spaltern das Handwerk zu legen und den Zusammenschluß der Studentenmassen herzustellen. Man muß das Projekt der verschieden schattierten Sozialdemokraten, mit dem 9. November die Segel zu streichen, zum Platzen bringen und umgekehrt dafür sorgen, daß diese Demonstrationen, die begründet sind durch die Verabschiedung des bisher reaktionärsten Hochschulgesetzes, zu Manifestationen für den Streik an allen Hochschulen des Landes für uneingeschränktes Koalitions- und Streikrecht, 100 DM mehr und 1500 DM Elternfreibetrag werden.

Zeit ist nicht mehr viel zu verlieren. Nur wenige haben noch einen Kraftfahrzeugbrief, den sie in diesem Semester an die Deutsche oder die Commerzbank weggeben könnten, und zuviele sind es schon, die Ordnungsverfahren oder Relegationen hinnehmen mußten, als daß es ohne Folgen bleiben könnte: Entweder es gelingt der Aufbau der Streikfront im ganzen Lande oder eine Reihe bitterer und schmerzlicher Niederlagen von den einzelnen Abteilungen der Studentenbewegung wird die Folge sein. – (Z-Red.)

Pestel will Polizistengeist unter Hochschullehrern durchsetzen

„So wie es ohne Freiheit keine Ordnung gibt, gibt es keine Freiheit ohne Ordnung", gibt der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel allen Studenten des Landes in einem Brief für das Wintersemester als „Leitsatz" auf den Weg. Die Furcht, daß „kleine Minderheiten von Extremisten ... in den kommenden Monaten die Hochschulen in Unordnung und Unruhe stürzen", hat ihn zu dem Mahnwort veranlaßt.

Der Professor Dr.Ing.Dr.h.c. vom „Club of Rome", den Albrecht angeheuert hat, um dem Wachstum der Studentenbewegung Grenzen zu setzen, hat wenig Zuversicht in die Wirkung solchen Leitsatzes. So will er selbst für „Ordnung" an den Hochschulen sorgen. Den ganzen Sommer über ist mit dem „Streit" um den „Buback-Nachruf" das Terrain bereitet worden. Erst mit Zersetzung, dann mit Erpressung. Die Studentenbewegung sollte angesichts der über die „klammheimliche Freude" schnaubenden Journalistenmeute das Manifest gegen die gewaltsame Revolution zu ihrem Programm machen. Dann veröffentlichten Professoren und Rechtsanwälte den Nachruf, um seinen wirklich gewaltlosen Charakter zu beweisen. Die ehrbaren Herren Hochschullehrer sollen sich distanzieren, sonst werden sie gefeuert, verfügt der Wissenschaftsminister. Die meisten sind folgsam: Eine feierliche „Treueerklärung" wird dem Herrn Minister übersandt. Noch ein Mucken: Die Herren Professoren erklären, sie hätten nur ihre Treue erklärt, weil sie in dem „gegenwärtigen politischen Verfolgungsklima" nicht mehr sicher seien, daß die Gerichte ihnen schließlich recht geben würden. Der Richterbund protestiert: Solche klimatischen Einflüsse auf die Gerichte gäbe es nicht. Pestel verzögert die schon zugesagte Einstellung der Disziplinarverfahren gegen die Treuen. Schließlich werden sie eingestellt, und Pestel ruft den derart zu Kreuz Gekrochenen noch Hohn und Spott hinterher: „... von bedauernswertem Opportunismus geprägtes Verhalten".

Zwei haben nicht ihre Treue erklärt: der Linguist Maass aus Osnabrück und der Psychologieprofessor Brückner von der TU Hannover. Gegen Brückner wird sofort die Suspendierung ausgesprochen und Hausverbot erteilt. Jetzt will Pestel die „Ordnung" absahnen. Wer auch nur etwas muckt im Korps der Hochschulbeamten, wird „entfernt". Den rechten Geist für das Hochschulbeamtengeschäft hat Pestel kurz zuvor den Hochschullehrern in einem „Erlaß zum Verhalten bei Störungen" nahegelegt. Der rechte Geist ist Polizistengeist, und wer ihn nicht beweist, der kriegt eins dran wegen „Begünstigung".

Treffend hebt Pestel in seinem Brief an die Studenten hervor, daß zur Unterdrückung der Studentenmassen die Unterdrückung der damit Beauftragten zusammengehört wie zwei Seiten einer Medaille: „Das Ordnungsrecht ist ... das logische Gegenstück zum Disziplinarrecht, dem Professoren, Beamte und Angestellte an den Hochschulen unterworfen sind."

Unterwerfung, darauf will die Bourgeoisie in diesem Wintersemester an den Hochschulen hinaus. In Niedersachsen sind neben Brückner Rohwer in Osnabrück, Dick und Gerdum in Göttingen suspendiert, die Entlassung des KBW-Bezirkssekretärs und Physikassistenten Steenken in Oldenburg wird vorbereitet. In Bremen ist pünktlich zu Semesterbeginn Prof. Scheer „für immer aus dem Dienst der Universität entfernt" worden. Fast gleichzeitig hat das Hildesheimer Verwaltungsgericht die Amtsenthebung des Göttinger AStA bestätigt, gegen alle AStA-Vorsitzenden seit 1971 laufen Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft, weil sie das politische Mandat in Anspruch genommen haben. Pestel kündigt den AStEn jetzt an, künftig würde zum Strafprozeß wegen Untreue noch persönliche Haftung für die Ausgaben kommen, die die AStEn zur Erfüllung ihrer politischen Aufgaben aufwenden.

„Die unbotmäßigen Intellektuellen", schreibt Brückner, würden gehaßt, „weil sie, obwohl als Hochschullehrer ‚Bedienstete', Niemandes Magd sind". *Weil* sie Bedienstete sind, läßt es der Staat nicht beim Haß, sondern zerrt sie vor die Disziplinargerichte. Viele Hochschullehrer sind gegen ein Bütteldasein. Ihnen den Rücken zu stärken, kann den Studenten nur nutzen. Man muß die Professorenschaft spalten in welche, die ihre Treue erklären mögen und andere, die ihre Treue *nicht* erklären gegen diesen Erlaß. Wer sagt, daß das auch nur elf sein müssen? – (N-Red.)

Länderregierungen wollen Studentenbewegung zerschlagen

Bremen. Der Bremer Senator für Wissenschaft und Kunst Franke entfaltet gegenwärtig eine rege Reisetätigkeit an den Hochschulen. Am 25.10. hat er sich an die Universität Bremen zu einer Veranstaltung „Fragen des bremischen Hochschulgesetzes" eingeladen. Auf die Bitte der Revisionisten, doch für die „Novellierung des NHG" einzutreten, erklärte er: „Ich mache mich doch nicht zum Führer der Studentenbewegung!" Bereits zwei Wochen vorher hatte er eine geheime Besprechung mit allen Dozenten einberufen, um sie auf die Kämpfe der Studenten im Wintersemester auszurichten.

Ebenfalls am 25.10. hat er die Dozenten der Hochschule für Technik zusammengetrommelt. 40 Studenten wollten das verhindern, da der Streik auf der Tagesordnung stand. Sie sind erst gegangen, als der MSB/SHB-AStA die Aufforderung Frankes, den Raum zu verlassen, unterstützte. Als Leitlinie für den Streik gab Franke aus: „Bei 14tägigem Streik kein Polizeieinsatz, um die „Radikalinskis" zu isolieren. Nach Beendigung des Streiks vollen Lehrstoff verlangen, Prüfungen durchziehen. Bei bundesweitem, unbefristeten Streik Aberkennung des Semesters, falls sich der Streik bis 1978 hinziehe.

Am 19.10. hat das Bremer Amtsgericht die Entlassung von Professor J. Scheer verfügt. Die Vollversammlung der Uni Bremen am 27.10. hat sich gegen dies Berufsverbot ausgesprochen. Die Vollversammlung lehnte den Beschluß der VDS-MV zum 14tägigen Streik ebenso ab wie die Vorschläge von Jusos und MSB zum „Kampf gegen das Bremer Hochschulgesetz". Positive Beschlüsse zum Kampf im Wintersemester wurden noch nicht gefaßt.

Hamburg. Senator Biallas hat an den AStA der Uni Hamburg ein Ultimatum gestellt, bei zwei ehemaligen AStA-Vorsitzenden Regreßforderungen zu stellen „wegen Wahrnehmung des politischen Mandats". Am Pädagogischen Institut wird eine Doktorarbeit über die Gesamtschule abgelehnt, weil „an diesem Institut Begriffe wie Imperialismus keine Rolle spielen". Bei den Historikern wird gekämpft gegen die Runterzensierung von drei revolutionären Examensarbeiten. An der Fachhochschule sowie den philosophischen und sprachwissenschaftlichen Lehrbereichen streiken die Lehrbeauftragten seit einer Woche gegen die Kürzung ihres Stundenlohns um acht DM; Biallas macht schon Verhandlungsangebote. Die Vollversammlung der Hochschule für bildende Künste hat sich gegen die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML sowie KB ausgesprochen.

Hannover. „Keine Freiheit ohne Ordnung" hat der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel allen Studenten des Landes in einem Brief als „Leitsatz" für das Wintersemester mitgeteilt. Die Mittel zur Herstellung von „Ordnung" führt er auch an: „Das Ordnungsrecht ist das logische Gegenstück zum Disziplinarrecht, dem Professoren, Beamte und Angestellte an den Hochschulen unterworfen sind." Das soll den Studenten zum Trost dienen.

Die Vollversammlung der Universität Göttingen, wo die Amtsenthebung des AStA jetzt gerichtlich bestätigt worden ist, hat die Rücknahme des Pestel-Erlasses gefordert. Der Studentenrat hat diese Forderungen bekräftigt und zugleich erklärt, er teile „vollauf die Zweifel der Rechtsanwälte der Gefangenen und breiter Kreise der demokratischen Öffentlichkeit an der offiziellen ‚Selbstmord'-Hypothese."

Für die Verbreitung solcher richtigen Beschlüsse sollen die AStA-Mitglieder in Zukunft persönlich haften, kündigt Pestel in seinem Brief an. Gegen alle Göttinger AStA-Vorsitzenden seit 1971 ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen „Untreue". Zum Strafverfahren soll ihnen jetzt noch ein Schuldenberg aufgebrummt werden.

Kiel. Am 28.10. ist der Entwurf des Landesregierung zur Novellierung des schleswig-holsteinischen Hochschulgesetzes veröffentlicht worden. Er enthält vor allem: Änderung der Besetzung der Hochschulgremien zugunsten der Professoren; Regelstudienzeit bei Änderung der Studiengänge; „im Falle schwerster Störungen" können Studenten sofort vor endgültiger Entscheidung von Lehrveranstaltungen und den Hochschulen des Landes verwiesen werden; wer „Gewalt" anwendet, „zur Gewalt auffordert, mit Gewalt droht oder für Gewalt eintritt", soll fliegen; gegen „Mißbräuche" der AStEn durch Wahrnehmung des politischen Mandats wird der Kanzler der Hochschule mit der Rechnungsprüfung der Studentenschaft beauftragt. „Die Landesregierung erwartet aber auch, daß niemand ihre Vorschläge für notwendige gesetzliche Änderungen zum Vorwand nimmt, durch Störaktionen den geordneten Hochschulbetrieb im kommenden Semester zu gefährden", heißt es in einem Flugblatt des Präsidiums der Kieler Universität. Bisher acht Fachvertretungen und Fachschaftsgruppen haben sich gegen den Versuch der Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft und zur Unterstützung der Studenten in Baden-Würtemberg zusammengeschlossen. Eine Veranstaltung am 2.11. und eine Kundgebung am Tag der Lesung des Gesetzes im Landtag wird vorbereitet.

An der Fachhochschule für Sozialwesen wird der Kampf gegen Teilnahmebeschränkungen in Seminaren geführt. In zwei Fällen konnten die Teilnahmebeschränkungen verhindert werden.

LeberWehnerWörner in Sorge um den Wehrwillen

Herbert Wehner auf einer der zahlreichen Sicherheitskonferenzen der SPD, diesmal in Leverkusen am 25. Oktober: „Wehrdienst mit der Waffe ist für uns Friedensdienst. Zivildienst – derjenige, der nach Artikel 4 des Grundgesetzes den Wehrdienst nicht leisten zu können oder zu dürfen meint – muß auch Friedensdienst sein. Beide dienen, und keiner soll sich drücken dürfen. *Keiner, keiner* soll sich drücken dürfen. Denn es geht um Dienst am Volk, Dienst für die Sicherung des Friedens. Und beides ist Dienst für unser Vaterland. Und wenn Sozialdemokraten sich nicht kompetent fühlen, das zu erklären, das zu erläutern, tun sie mir leid. Dann haben sie die Reifeprüfung als Sozialdemokraten nicht bestanden.“

Wehner ist ein Künstler, der die Reifeprüfung als Sozialdemokrat gut bestanden hat. Jeder Kriegsdienstverweigerer geht zunächst einmal davon aus, daß Zivildienst etwas mit Frieden zu tun haben sollte – und Wehrdienst Ausbildung für den Krieg ist. Diesen Irrtum aus der Welt zu schaffen, dazu ist Wehner angetreten. Wehner will also jedem ins Bewußtsein hämmern, daß das das Gleiche ist, was der Wehrdienst ist, nach der Formel Wehrdienst ist gleich Friedensdienst ist gleich Zivildienst. Diesem Dienst soll keiner entrinnen. „Keiner, keiner soll sich drücken dürfen.“

„Ich weiß, daß wird vielen von Ihnen überhaupt nicht gefallen; denn viele, die eine Neuregelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung verlangt haben, wollten de facto eine Abschaffung des Ganzen, damit aber eine Freistellung – werden viele sich aber wundern. Denn mit dieser Neuregelung wird die Zahl der Dienstleistenden im ganzen nicht kleiner, sondern größer. Wenn wir Wehrdienst und Zivildienst addieren, werden wir deshalb, davon bin ich fest überzeugt, nach der Neuregelung, die hier gefunden ist, im ganzen viel mehr Dienst für den Staat bekommen als bisher ..., weil mehr Dienstleistung verlangt wird und mehr Dienstleistung erfolgen wird.“ Das sagte Kriegsminister Leber bei der Bundestagsdebatte über die „Neuregelung des Kriegsdienstverweigerungsverfahrens“ am 27. Mai 1977.

Das ist die eine Seite der Wehnerschen Formel. Die zweite ist, daß dieser Dienst für den imperialistischen Staatsapparat nicht bezahlt wird. Das meinte Leber in der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik 3-4/77: „Grundwehrdienst ist kein Dienst, der in Mark und Pfennig abgegolten wird. Wehrpflicht ist staatsbürgerliche Pflicht, sie ist Dienst für die Gemeinschaft. Mir ist klar, daß ein junger Mann die Belastung durch die Wehrpflicht nicht voller Freuden auf sich nimmt. Wir wissen, wir können vom Wehrpflichtigen nicht mehr gute Stimmung verlangen, als vom gewissenhaften Bürger beim Steuerzahlen.“ Nach der Formel „Wehrdienst ist gleich Friedensdienst ist gleich Zivildienst“ gilt dies ebenso für den Zivildienst. Jeder wird in den Dienst für die Bourgeoisie hineingepreßt, jeder soll auf die Frage „Haben Sie gedient?“ mit „Ja“ antworten.

Die Reife des Sozialdemokraten Wehner zeigt sich vor allem darin, wie er fortschrittliche Bestrebungen der Volksmassen nach Frieden aufgreift und im Sinne der imperialistischen Bourgeoisie wendet. Das Volk will Frieden, was sich auch an der steigenden Zahl von Kriegsdienstverweigerern sehen läßt, und die Bourgeoisie behauptet ebenfalls, den Frieden zu wollen und zu verteidigen. Die Mobilisierung für den imperialistischen Krieg, für die Ziele der Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung, segelt so unter der Flagge des Kampfes für den Frieden. Eine solche Verdrehung zu meistern, sie den Volksmassen zu „erläutern“ und zu „erklären“, zu dieser hohen Kunst hat Wehner seine Parteifreunde aufgefordert.

Mit ideologischen Verdrehungen allein, das fürchtet die Bourgeoisie, wird sie es aber nicht schaffen. Solcherlei Bedenken erhob Wörner in der Bundestagsdebatte zur „Neuregelung des Kriegsdienstverweigerungsverfahrens“:

„Es mag durchaus sein, daß es im Augenblick nicht zu einer Riesenwelle von Kriegsdienstverweigerern kommt. Wir alle kennen die Stimmung, und Gott sei Dank ist die Stimmung der jungen Generation gegenüber diesem Staat und gegenüber der Bundeswehr positiver, als sie vor fünf, vier oder sechs Jahren war. Was bedeutet das, Herr Leber? Erstens können sie nicht sicher sein, daß das so ist, und wer sagt Ihnen zweitens, wie die Entwicklung in fünf, wie die Entwicklung in zehn Jahren ist? (...) Man stellt doch Sicherheit unseres Volkes nicht auf den guten Glauben.“

Die Bourgeois streiten sich noch, wie die Mobilisierung für den imperialistischen Krieg zu meistern sei. Dazu geht die CDU vor das Bundesverfassungsgericht, das am 30. November verhandeln wird. Sie möchte das Neue an der Regelung der Kriegsdienstverweigerung wieder abschaffen, weil ideologisch mit zu großem Risiko behaftet.

Das seit Juli in Kraft getretene Gesetz schafft mit dem Prüfungsverfahren gleich die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer ab. Diese wird ersetzt entweder durch eine Einberufung zum Zivildienst, der kasernenhofmäßig organisiert wird, oder durch eine zweijährige Bereitstellung, in der der Kriegsminister überprüft, wieviele Soldaten er braucht, um den imperialistischen Zielen gerecht zu werden. § 25 a Abs. 2: „Wenn und solange die Zahl der verfügbaren Wehrpflichtigen nicht ausreicht, die Erfüllung des Verteidigungsauftrags der Streitkräfte sicherzustellen, wird durch Rechtsverordnung der Bundesregierung die Überprüfung ... angeordnet.“ Zwecks Erhöhung der Soldatenzahl natürlich. Gewissensgründe wird es dann nicht mehr geben. Der verteidigungspolitische Sprecher der FDP, Jürgen Möllemann, hat auch schon mit deren Abschaffung gedroht. Er appellierte an die Wehrpflichtigen, „ihren Wehrdienst abzuleisten und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nur bei tatsächlich vorliegenden Gewissensgründen in Anspruch zu nehmen“ (Die Welt, 25.10.77). Wörner und die CDU-Meute sehen in der Regelung einen möglichen Schlupfwinkel für die Volksmassen, sich dem eigentlichen Kern des Dienstes für die Bourgeoisie entziehen zu können – dem Kriegsdienst.

Denn letztlich – das weiß die Bourgeoisie – kommt es darauf an, daß für sie geschossen wird. Sei es zur Niederschlagung der sozialistischen Revolution oder für den Sieg über die imperialistische Konkurrenz oder zur Niederschlagung des Kampfes der Völker der Dritten Welt gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Selber trägt die Bourgeoisie ihre Haut nicht zu Markte. Sie will ja schließlich die Früchte des Sieges kosten – in Frieden. Unter „Frieden“ verstehen alle Ausbeuterklassen sowieso nur die Ruhe beim Geschäft der Ausbeutung. In der bürgerlichen Revolution des letzten Jahrhunderts und auch in der russischen Revolution haben die Volksmassen dies völlig durchschaut und unter der Parole „Friede den Hütten, Krieg den Palästen!“ den Ausbeuterfrieden mit dem bewaffneten Aufstand gebrochen. Der Bourgeoisie den Kriegsdienst zu verweigern, ist zwar ehrenvoll, aber es reicht nicht. Wenn die Bourgeoisie von Volk und Vaterland und dem Dienst an demselben zu reden beginnt, bereitet sie den Krieg vor. Es wird ein „Krieg den Hütten“ werden. Man muß den Spieß umdrehen: „Krieg den Palästen“. Kriegsdienstverweigerung wird weder den Krieg verhindern, noch die Ausbeutung beseitigen. – (Z-Red.)

GSG 9: Beispiellos ist die Truppe nicht. Schon immer hat die Bourgeoisie solche Metzgerhunde gebraucht

„Der Staat ist endlich aufgewacht“, bejubelt die „Bild“-Zeitung die Wiederbelebung von blutrünstigen Metzgershunden, „Elitetruppen“ zur besonderen Verwendung der Bourgeoisie. Ihre Vorbilder sind so alt und zahlreich, wie es das bourgeoise Ausbeuterpack und seine feudalen und Sklavenhaltervorfahren gibt. Der Alte Fritz umgab sich mit langen Kerls, der römische Kaiser Nero mit seiner Prätorianergarde, die Feudalherren des Mittelalters mit Palastwachen. Aber auch noch die Garderegimenter der deutschen Kaiser seit 1871 waren geradezu brave Schoßhündchen gegen die Schlachterhunde, die sich die Bourgeois seitdem gehalten haben. Mit dem Wetterleuchten der sozialen Revolution des Proletariats bekam die Bourgeoisie eine Ahnung vom Ende ihrer Herrschaft. Ihr Sicherheitsbedürfnis und ihr Bedürfnis nach Liquidierung der proletarischen Revolution trieb sie zu blutrünstigen Taten.

Als nach dem Ersten Weltkrieg die Kämpfe des Proletariats und der Volksmassen einen großen Aufschwung nahmen und die russischen Arbeiter und Bauern bewiesen hatten, daß sie in der Lage sind, die Revolution siegreich durchzuführen, organisierte die deutsche Monopolbourgeoisie die Freikorps, „Freiwilligenverbände“ aus Söldnern der geschlagenen Wehrmacht. Die berüchtigtsten Schlächter unter ihnen waren die Marinebrigade Ehrhardt, das Freikorps v. Epp und das Regiment Reinhard. Auf ihr Konto ging die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Sie nahmen teil an der Besetzung des Baltikums, Finnlands und Polens im Verein mit der imperialistischen Weltreaktion zur Liquidierung der russischen Revolution.

Nach dem Verbot der 80000 Mann starken deutschen Sicherheitspolizei durch die Siegermächte 1920, stellten die Länderregierungen der Monopolbourgeoisie kasernierte Bereitschaftspolizei auf, die mit Gewehren, MGs, Handgranaten und Panzerautos bewaffnet waren und von Noske und Zörrgiebel systematisch gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse eingesetzt wurden.

Die GSG 9 ist durchaus nicht neu. Ihren direkten Vorläufer hat sie in den Sondertruppen „gegen Terror“ des „vereinigten Grenzaufsichtsdienstes“ von 1932, der getarnt war als Organ der Zollbehörde.

Die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und den Volksmassen auf der einen und der Bourgeoisie auf der anderen Seite hatten sich mit der kapitalistischen Krise Ende der zwanziger Jahre so zugespitzt, daß diese staatlichen bewaffneten Banden der Bourgeoisie nicht mehr reichten. Bereits 1925 machten die Nationalsozialisten aus der „Stabswache zum persönlichen Schutz Hitlers“ die SS (Schutz-Staffel). Nach dem Sieg der wütenden faschistischen Reaktion über die Arbeiterklasse wurde daraus im März 1933 die „Leibstandarte Adolf Hitler“ als SS-Sonderkommando gebildet, die noch im gleichen Monat das KZ Dachau als Vernichtungsmaschinerie in Gang setzte. Sie wurde betrieben von den SS-Totenkopfverbänden (1939: 8500 Mann). Eine besondere SS-Verfügungstruppe (1939: 8500 Mann) bestand als Eingreiftruppe gegen jede Regung des Volkswiderstandes. Die Kenntnisse und Fähigkeiten dieser Eliten des Schlachterhandwerks gingen mit dem Beginn des Krieges ein in die Waffen-SS zur Unterdrückung der Völker der besetzten Gebiete, der Durchführung des „Generalplans Ost“ – deutsche Besiedlung Polens, des Baltikums und der Ukraine und Zwangsdeportation der slawischen Völker nach Sibirien, bzw. Liquidation – und der Endlösung der Judenfrage in den Gaskammern der KZs.

Überhaupt hat die Bildung von Sondereinheiten als imperialistisches Eingreifkommando gegen die Befreiungskämpfe der Völker für die deutsche Bourgeoisie eine „gute Tradition“. Die Legion Condor wurde zusammengestellt aus Verbänden der „aktiven Wehrmacht“, also Söldnern der Bourgeoisie und bestand aus Luftwaffen-, Panzer-, Nachrichten- und Transportverbänden. Die Bombardierung und völlige Zerstörung der baskischen Stadt Guernica im Krieg gegen die spanische Revolution 1937 geht auf ihr Konto. Guernica ist zum Symbol des gerechten Kampfes der Volksmassen gegen Imperialismus, Reaktion und Faschismus geworden.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat mit dem Einsatz der GSG 9 in Somalia ihre Metzgerhunde Blut kosten lassen. Sie hat daran so großen Geschmack gefunden, daß der Aufbau einer GSG 10 in Angriff genommen wird. – Die Metzgerhunde der GSG 9 werden als Helden gefeiert. Ihr Heldentum steht dem der Freikorps, der SS und der Legion Condor in nichts nach. Es sind die Helden einer verkommenen und verfaulten Klasse – der imperialistischen Bourgeoisie. – (Z-Red.)

Die Brücke von Arnheim

Filmbesprechung

„Der erste Kriegsfilm, den man als ehrlichen Antikriegsfilm bezeichnen kann“ schreibt die „Bunte“ über den jetzt auch in Westdeutschland angelaufenen amerikanischen Film „Die Brücke von Arnheim“. „Letzter deutscher Sieg“, preisen ihn die Kinobesitzer. Der Film zeigt die „Operation Market Garden“, das größte Luftlandeunternehmen des zweiten Weltkriegs.

Luftlandetruppen sind Interventionstruppen. Um die „Paras“ hochzuhalten, wurde alles aufgeboten, was in Hollywood Rang und Namen hat. Sie spielen die große Rolle in dem Film, für die Volksmassen reichten Statisten. Im Film tauchen sie nur als Verkehrshindernis auf – zum Glück hat der schlaue amerikanische Panzergeneral für den Durchmarsch gleich eine Straße absperren lassen, wo überall über die Befreiung von der faschistischen Besatzung jubelnde Holländer den Weg versperren – und als Spione. Selbst die bürgerlichen Kriegshistoriker berichten von bewaffneten Aktionen niederländischer Partisanen, im Film nichts davon.

Wozu die Imperialisten ihre Luftlandetruppen auf Breitwand hochleben lassen, darauf weist im Film ein amerikanischer Offizier hin. Er vergleicht die Aktion mit der Unterwerfung der amerikanischen Indianer. Die Luftlandetruppen aus Großbritannien sind die „Siedler“, die herbeieilenden Panzertruppen sind die „Kavallerie“, die zur Unterstützung der „Siedler“ gegen die „Indianer“ anrückt. Im Südlichen Afrika sind die Siedler bedroht, da müssen dann die Luftlandetruppen „Kavallerie“ spielen ...

Jede imperialistische Armee ist gespalten in Soldaten und Offiziere. Im Film gibt es das nicht. Stattdessen wird der „Frontsoldat“ hochgehalten gegen den Schreibtisch-Strategen im Hauptquartier, der Schuld ist daran, daß nichts richtig klappt. Schaut man näher hin, sind die richtigen Haudegen von der Front alles Offiziere. Da schuften auf einmal Generäle und Majore beim Brückenbau, stehen im Häuserkampf vorn, zwei Generäle veranstalten auf eigene Faust ein Stoßtruppunternehmen usw. Als ob man sie je auf so gefährlichem Posten finden würde!

Da würde Darstellung der konkreten historischen Interessen und Ziele der kriegsführenden Parteien nur die Absicht stören. Fragen nach gerecht und ungerecht kann die Bourgeoise nicht brauchen, wenn sie ihre Truppen zur Intervention ausschickt. Kein Wort von dem gerechten Ziel der Anti-Hitler-Koalition, den deutschen Imperialismus niederzuwerfen, kein Wort auch davon, welche imperialistischen Absichten die westlichen Alliierten dabei verfolgt haben.

Die Absicht wird heimtückisch verfolgt. „Kritisch“. Daß der imperialistische Krieg ein blutiges Geschäft ist, wird nicht verschwiegen: reichlich Tote, Verwundete, Sterbende. Und wer ist schuld an dem ganzen Elend: ungeschickte Schreibtischstrategen. Nur gut, daß man sich wenigstens auf den braven Frontoffizier verlassen kann. Das soll man sich denken, und Schmidt wird so ungeschickt schon nicht sein ...

Solche Kritik hat allemal den lieben Gott in der Hinterhand. „Lieber Gott, laß diese Menschen in Ruhe und Frieden sterben.“ Faschistengeneral Rundstedt: „Waffenstillstand für zwei Stunden ist doch Christenpflicht.“ Am Schluß schwänzeln Militärpfaffen um die Sterbenden und Verwundeten herum. Soldaten stimmen ein Kirchenlied an.

Ein „ehrlicher Antikriegsfilm?“ Ein Film zur Vorbereitung der imperialistischen Intervention.



Operation „Market Garden“

„ ... .wir können zu Operationen übergehen, die zur Eroberung des Ruhrgebiets führen sollen“, heißt es im Operationsbefehl M 525 des alliierten Oberkommandos vom 14. September 1944. Die Truppen der Westalliierten standen damals im äußersten Süden der Niederlande. Durch Luftlandungen an den Übergängen über Kanäle und Flüsse sollten die Brücken besetzt und gehalten werden, bis ein Panzerkorps durch einen Korridor von 82 km Länge bis über den Rhein in Arnheim vorstieß. Die westlichen Imperialisten wollten auf diese Weise dem befestigten „Westwall“ und den deutschen Rheinübergängen ausweichen, um vor der siegreich vorrückenden Roten Armee die wichtigsten Industriezentren Deutschlands und Berlin zu erreichen.



Am 17.9.44 landeten die Luftlandetruppen, die mit 4603 Flugzeugen über Südholland abgesetzt wurden. Niederländische Partisanen nutzten die Situation, um die faschistischen Besatzer in Gefechte zu verwickeln. Es gelang ihnen, die Telefonzentrale von Arnheim zu besetzen.

Die Operation scheiterte, weil die Westalliierten sich nicht auf den Widerstandskampf des niederländischen Volkes stützten und die Stärke der faschistischen Truppen unterschätzt hatten. In Arnheim fielen auf westlicher Seite 1130 Mann, 2398 konnten über den Rhein entkommen, 6450 Briten und Polen mußten sich ergeben.

Erst am 7. März 1945 gelang es den US-Truppen, in Remagen über den Rhein vorzustoßen, und einen Brückenkopf zu bilden. Die Rote Armee marschierte zuerst in der Hauptstadt der Faschisten ein.

Spanien: Kompromißkurs mit den imperialistischen Mächten bedeutet Reaktion

Am 6. Oktober demonstrierten fast eine Million Arbeiter in Madrid gegen die Lohnraubpolitik der Kapitalisten und der Regierung, für gewerkschaftliche und politische Freiheiten, für eine vollständige Amnestie und gegen die Auslieferung ihres Landes an den Imperialismus.

Spanien ist ein vom Imperialismus beherrschtes und ruiniertes Land. Nach offiziellen Angaben sind eine Million Spanier von 13 Millionen Erwerbstätigen arbeitslos, tatsächlich wahrscheinlich fast doppelt soviele. 1,5 Milliarden US-Dollar mußten die spanischen Massen 1976 allein für Zinsen auf die Auslandsverschuldung an das imperialistische Monopolkapital aufbringen. Die unter dem Franco-Regime gewaltsam niedrig gehaltenen Löhne werden trotz zahlreicher erfolgreicher Lohnkämpfe der spanischen Arbeiterklasse bei einer Inflationsrate von rund 30% 1977 ständig gekürzt.

In diesem Jahr haben die westeuropäischen Imperialisten großzügig ihre Bereitschaft zu erkennen gegeben, Spanien in die EG aufzunehmen. Die spanische Regierung hat einen entsprechenden Antrag gestellt. Die Imperialisten verlangen aber, daß zuvor Bedingungen hergestellt werden, die eine schrankenlose Ausbeutung der spanischen Arbeiterklasse und ein ungehindertes Einströmen des imperialistischen Kapitals ermöglichen. Zur Durchsetzung dieser Ziele stützen sie sich auf zwei Säulen, die reformistischen und revisionistischen Parteien, die versuchen, die Gewerkschaften und die ganze Arbeiterbewegung unter ihre Kontrolle zu bekommen, und den reaktionären Staatsapparat, an dessen parlamentarischer „Reform" die Reformisten und Revisionisten kräftig mitwirken, um sich an der Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung von Arbeiterklasse und Volk zu beteiligen.

Am 24. Oktober haben sich die bürgerlichen Parteien in Spanien einschließlich der Revisionisten unter Carillo und der Reformisten von der Sozialistischen Arbeiterpartei unter Gonzalez auf den „Pakt von Moncloa", auf ein „Sofortprogramm für Spaniens Wirtschaft" geeinigt, das die Lohnerhöhungen auf 22% beschränken soll und den Kapitalisten, die von den Arbeitern zur Zahlung höherer Löhne gezwungen werden, das Recht gibt, 5% der Belegschaft zu entlassen.

Diese Opfer seien notwendig, erklärten Carillo und Gonzalez, um die spanische Wirtschaft zu sanieren. Zum Ausgleich dieser Opfer hätten sie Maßnahmen einer „Wirtschaftsreform" durchgesetzt, die bedeutende Erfolge der Arbeiterbewegung darstellten.

Diese Maßnahmen laufen samt und sonders darauf hinaus, den Monopolisierungs- und Konzentrationsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft zu beschleunigen. Unter anderem: Maßnahmen gegen die „Bodenspekulation" und zur „Slumsanierung", die zu einer schnelleren Konzentration des städtischen Eigentums an Grund und Boden unter staatlicher Obhut führen werden; restriktive Kreditpolitik, die voraussichtlich bis Jahresende zum Ruin von 12000 bis 15000 kleinen und mittleren Unternehmen führen wird; Subventionen für die Landwirtschaft, die die kapitalistisch betriebene Landwirtschaft fördern und die kleinen Bauern ruinieren; Subventionen für die Exportwirtschaft, die vor allem die imperialistischen Monopole unterstützen, die die niedrigen Löhne in Spanien ausnutzen, um von dort aus den Weltmarkt mit ihren Waren zu überschwemmen; „Mitbestimmungsrechte" für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften, die diese an die Interessen der Kapitalisten binden und der staatlichen Aufsicht unterwerfen.

Den staatlichen Maßnahmen zu verschärfter Ausbeutung und Ausplünderung entsprechen die Maßnahmen zur politischen und polizeimäßigen Unterdrückung. Zur gleichen Zeit haben die Cortes, das spanische Parlament, ein Gesetz zur Amnestie verabschiedet, das alle Anklagen und alle Urteile aus politischen Gründen bis zum 6. Oktober annuliert, einschließlich der Urteile und Anklagen gegen Faschisten und Polizisten, die aufgrund der Forderungen der Massenbewegung ausgesprochen werden mußten.

Dieses Amnestiegesetz mußte vom Parlament hastig und schneller und umfangreicher als geplant beschlossen werden, um der Bewegung nach vollständiger Freilassung aller politischen Gefangenen die Spitze abzubrechen. Diese Amnestie ist aber keineswegs vollständig: Die Gefangenen, die wegen „gewaltsamer politischer Verbrechen" nach den Wahlen vom 25. Juni 1977 eingesperrt wurden, werden nicht freigelassen, und demokratische Offiziere, die wegen ihres Widerstandes gegen das Franco-Regime aus der Armee ausgestoßen wurden, werden nicht wieder eingestellt. Der Führer der revisionistischen KP, Carillo, hat außerdem dazu aufgerufen, nach dieser Amnestie „keinen, der mordet, raubt und entführt, noch als politischen Täter zu betrachten". Diese Amnestie soll also nur freie Bahn machen für die fortgesetzte Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes, und vor allem der Kämpfe, in denen die Volksmassen ihre Forderungen mit Gewalt gegen den staatlichen Gewaltapparat durchsetzen müssen.

Noch deutlicher ist der „politische Pakt", an dem die bürgerlichen Parteien parallel zum „Wirtschaftspakt" arbeiten. Der Kern dieses Maßnahmenpakets ist ein „Gesetz zur Verteidigung der Demokratie", das das berüchtigte Antiterrorismusdekret Francos aus dem Jahre 1975 ablösen soll. Der Innenminister plant, wesentliche Bestimmungen dieses Dekrets in das Gesetz wieder aufzunehmen: Unterstellung der Polizei unter das Militär, umfassende Rechte der Polizei zur Hausdurchsuchung, zur Verhaftung und zur Isolierung von politischen Gegnern. Die „linken" Parteien sind im Prinzip damit einverstanden, sie – und vor allem die Sozialisten – wünschen aber mehr „Rechtsgarantien" in dem Gesetz, die einzelnen Maßnahmen sollen die Weihe richterlicher Billigung bekommen. „Andererseits war der Wille zur Verständigung auf demokratisch fundierte Gesetze erkennbar, um noch vor der Verabschiedung der Verfassung die notwendigen Reformen beginnen zu können." (Süddeutsche Zeitung, 14.10.77)

Der Staatsapparat, an dessen Kommandospitzen sich Reformisten und Revisionisten stellen wollen, ist in allen Gliedern der gleiche wie zu Francos Zeiten. Die 10999 Funktionäre der faschistischen Falangepartei wurden am 1. April vollständig in den Staatsdienst übernommen. „Sie werden zunächst ihre bisherige Arbeit weiterführen", schreibt die „Neue Zürcher Zeitung" am 27. April 1977. Der spanische Kriegsminister Mellado, ein Franco-General, hat das reaktionäre Offizierskorps, dieses Rückgrat des faschistischen Regimes, in einem Offenen Brief aufgefordert, „sich mit der Gesellschaft, der sie dienen, zu identifizieren" und in einem „Klima der Eintracht" wie bisher ihre Pflicht zu tun – Eintracht mit den bürgerlichen Arbeiterführern, auf die die Imperialisten und Reaktionäre unbedingt angewiesen sind, um ihre Pflicht in der Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu tun.

Die Arbeiterklasse hat in vielen ihrer oft lang andauernden und gegen rücksichtslose Militärunterdrückung durchgesetzten Streiks die Versuche, sie auf die von Regierung und Kapitalisten erwünschte niedrige Lohnleitlinie festzulegen, zurückgeschlagen. Die Bauernmassen weisen die Forderung der Großgrundbesitzer und kapitalistischen Großbauern und Lebensmittelkonzerne nach Beitritt Spaniens in die EG zurück. Sie haben sich in Kleinbauern- und Landarbeiterkommissionen zusammengeschlossen, um sich aus deren Schuldknechtschaft zu befreien und Land zu fordern. Nach Abschluß des Paktes von Moncloa haben die Hafen- und Werftarbeiter in Cadiz unterstützt von der Bevölkerung der ganzen Stadt schwere Kämpfe gegen Rationalisierungs- und Stillegungsmaßnahmen geführt. Die revolutionären Massen im ganzen Land fordern den Abzug der amerikanischen Truppen und die Verhinderung des von Reaktionären und Imperialisten angestrebten Beitritts Spaniens zur NATO. Mit diesen Kämpfen schafft die spanische Arbeiterklasse die Voraussetzung für die vollständige Befreiung ihres Landes vom Imperialismus. – (Z-Red.)

Die portugiesische Regierung kann ihre reaktionären Reformen nicht gegen die Arbeiter und Bauern durchsetzen



Demonstration portugiesischer Stahlarbeiter gegen Entlassungen und Rationalisierungen



Demonstration portugiesischer Druckarbeiter in Lissabon unter den Forderungen: Keine Entlassungen! Für Informations- und Pressefreiheit!

Seit zwei Monaten streiken die etwa 240 Arbeiter und Arbeiterinnen der Copam-Fabrik bei Lissabon. In der Fabrik werden sonst chemische Zusatzstoffe für Nahrungsmittel hergestellt. Der Streik der Arbeiter von Copam ist typisch für die Kämpfe, die die Arbeiter in ganz Portugal gegenwärtig führen.

Der Betrieb ist Staatseigentum, soll aber nach den Gesetzen der Regierung dem alten Besitzer, der ehemals von den Arbeitern vertrieben wurde, wieder zurückgegeben werden. Dagegen richtet sich der Streik. Die staatliche Geschäftsführung der Fabrik fordert von der Regierung, „durchzugreifen, oder aber sie dürfe solche Gesetze nicht machen", behauptet aber gleichzeitig, unparteiisch zu sein. Die Arbeiter lehnen Verhandlungen über ihre Forderungen mit dem Geschäftsführer ab und wollen nur mit der Regierung verhandeln. Diese hat ihre Nationalgarde, bewaffnet mit Knüppeln, Pistolen, Karabinern und Maschinenpistolen vor die Fabriktore geschickt. Wegen Aufsässigkeit gegen den Leutnant der Nationalgarde dort ist der Gewerkschaftsführer verhaftet und von einem Schnellgericht zu 15 Tagen Haft verurteilt worden.

Die Nationalgarde schützt die etwa drei Dutzend Streikbrecher, die aus dem nahegelegenen BMW-Werk „ausgeliehen" wurden. Einer der eingesetzten Streikbrecher war bisher Leibwächter von Politikern. Gegen die Zurückgabe der Ländereien nach dem Barreton-Agrarreformgesetz an die alten Großgrundbesitzer finden heftige Kämpfe statt. Die Regierung versucht diese Kämpfe jetzt durch den Einsatz der bewaffneten Nationalgarde und schwerer Militärfahrzeuge zu brechen. Erfolg hat sie dabei keinen. – (Z-Red.)

Kämpfe der Arbeiter und Bauern in Frankreich

Mitte Oktober hat die französische Regierung der Nationalversammlung den Haushaltsplan für 1978 vorgelegt. Er besteht aus -zig Punkten, und es wird noch Wochen dauern, bis die Nationalversammlung ihn hin und her debattiert hat, um ihn schließlich mit einigen „Verbesserungen" in den Methoden der Ausplünderung der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu beschließen. Fest steht bisher, daß die Preise für Benzin, Öl, Gas, Strom und die Posttarife erhöht werden. 1978, hat Barre angekündigt, sollen die Löhne gar nicht steigen, denn sie dürften ja nach dem Vorbild der englischen Imperialisten 1977 um 10 Prozent maximal erhöht werden. Die Regierung, so ist es ihre erklärte Absicht, will den Lohnraub für die Kapitalisten ausfechten. In staatlichem Besitz befinden sich große Industriezweige wie Flugzeugbau, der größte Teil der Autoindustrie, die meisten Banken und Versicherungen sind staatlich.

Um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, hat die Regierung beschlossen, die ausländischen Arbeiter abzuschieben. Bereits vor einiger Zeit wurde den Familienangehörigen der ausländischen Arbeiter die Nachreise nach Frankreich verboten, jedem ausländischen Arbeiter, der jetzt das Land freiwillig verläßt, werden 4700 DM gezahlt. Die Arbeitslosigkeit in Frankreich liegt jetzt bei 1,16 Millionen. In allen Teilen Frankreichs führen die Arbeiter und die Volksmassen Kämpfe gegen Entlassungen und Rationalisierung, für höhere Löhne und gegen die Ausplünderung durch den Staat.

Die Arbeiter des Stahlwerks von Chatelet bei Redon in Ille et Villaine sind am 10. Oktober in den Streik getreten. Ihre Forderungen: 2300 Francs Mindestlohn für 1978 und Erhöhung der Löhne ab 1. Oktober 1977 sowie eine sofortige einmalige Zahlung von 800 Francs. Während des Streiks haben sie ihre Arbeitsplätze besetzt. Über das Wochenende haben sie eine Aktion „offene Tür" für die Bevölkerung organisiert, damit sie sich „ein Bild von der Ausbeutung machen, unter der die Arbeiter der Stahlhütte einen großen Teil ihres Lebens verbringen." Danach haben die Kapitalisten ihr Angebot unterbreitet: 2000 Francs ab Oktober auf der Grundlage der 40-Stunden-Woche. Dies wurde abgelehnt, der Streik wird weitergeführt.

Am 20. Oktober sind die Kanalisationsarbeiter von Paris in den Streik getreten gegen die Einfrierung ihrer Löhne. Neben Lohnerhöhungen fordern sie größere Arbeitssicherheit und entsprechende Einrichtungen in den 2500 Kilometer langen Kanälen unter der Stadt. Die Straßenfeger von Paris drohen ebenfalls mit Streik, wenn ihnen die Zahlung eines 13. Monatsgehalts nicht zugesichert wird.



Bei Renault Billancourt wird von den Arbeitern nach wie vor der Abtransport der Maschinen verhindert. Den streikenden, von der Renault-Geschäftsleitung ausgesperrten 800 Arbeitern hat sie angekündigt, daß ihnen die Streiktage nicht bezahlt werden. Sie wurden aufgefordert, ihren Streik abzubrechen und für illegal zu erklären. Der Streik wird fortgesetzt.

Am 6. Oktober haben die Arbeiter der Pharmaziefabrik Aubert in Nancy die Fabrik besetzt. Sie fordern 2300 Francs Mindestlohn und bessere Arbeitsbedingungen.

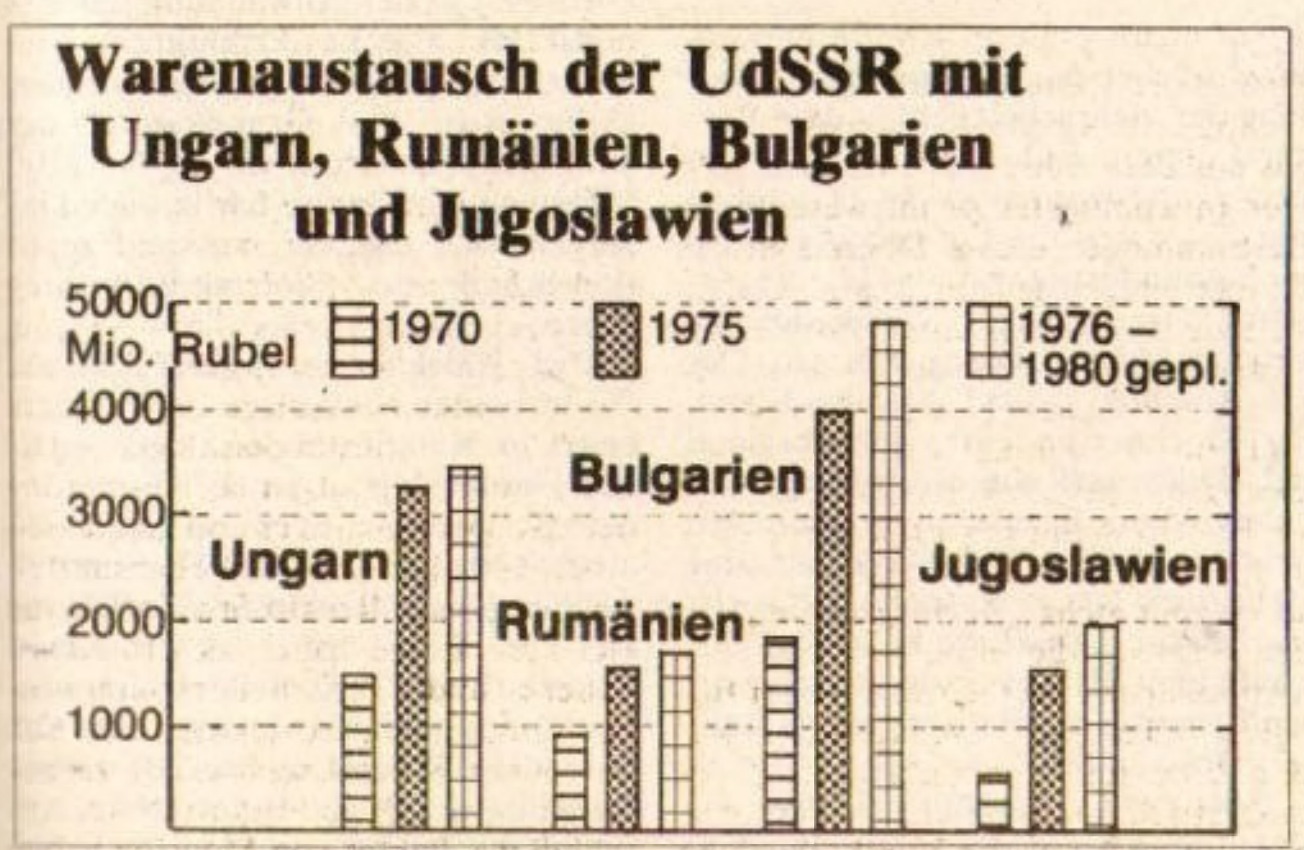
Am 23. Oktober haben 3000 bis 4000 Arbeiter und Bauern gegen den Bau eines Kernkraftwerkes Montélime/Rhone demonstriert. Nach einer Umfrage in dem dort liegenden 1700 Einwohner zählenden Ort Cruas sind 55% der Bevölkerung gegen den Bau des Kernkraftwerkes.



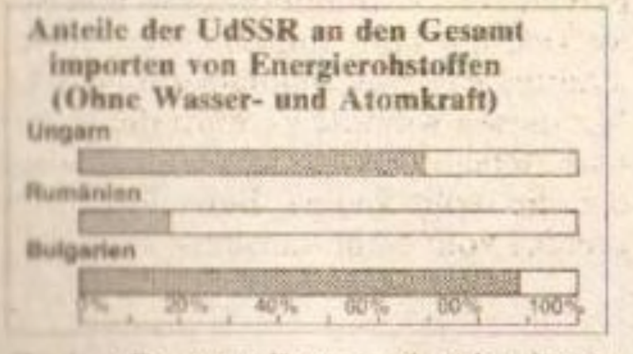
Anfang Oktober haben die Bauern im Elsaß und in der Franche Comté zahlreiche Kundgebungen und eine Demonstration gegen den Bau des Rhein-Rhone-Kanals durchgeführt. Der 250 Kilometer lange Kanal würde die Ländereien der Bauern durchschneiden, insgesamt 4300 Hektar Land würden auf diese Weise zerstört. Dem Kanalbau sollen Neuansiedlungen von Industrie und eine „neue Bevölkerung" folgen. Zahlreiche Eingaben und Tausende von Unterschriften seit dem letzten Jahr bei der zuständigen Behörde haben bisher nichts erwirkt, die Regierung ist fest entschlossen, den Kanal bauen zu lassen.

Für die Umwälzung des Weinbaus hat die Regierung einen Plan vorgelegt, nach dem 35000 Hektar Weinanbaugebiet in Ackerland für Mais und Soja und in Touristengebiete umgewandelt werden soll. Die Bauern fordern von den Genossenschaften die Zahlung eines festen Weinabnehmerpreises, den die Genossenschaften aber verweigern. Häufig haben die Weinbauern in der Vergangenheit öffentliche Weinvernichtsungsaktionen durchgeführt. Der Plan der Regierung läuft auf eine massenhafte Legung der Weinbauern hinaus. – (Z-Red)

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution in Rußland und nach dem Sieg der volksdemokratischen Revolutionen in den Ländern Osteuropas war das Ziel der Aufbau einer allseitig entwickelten Volkswirtschaft in *jedem* der Länder, bei engster gegenseitiger Unterstützung untereinander. Die Handelsverflechtungen mit der Sowjetunion als dem großen Hinterland der Revolution in Osteuropa waren im Verhältnis zum übrigen Außenhandel enger, aber der gesamte Außenhandel war dem Ziel des selbständigen Wirtschaftsaufbaus untergeordnet. Mit dem Machtantritt der Revisionisten und der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und ihrer Entartung zu einer sozialimperialistischen Macht wurde der imperialistische Extraprofit durch die Ausplünderung anderer Länder und besonders der Osteuropas zu einem Hauptziel der neuen Bourgeoisie.

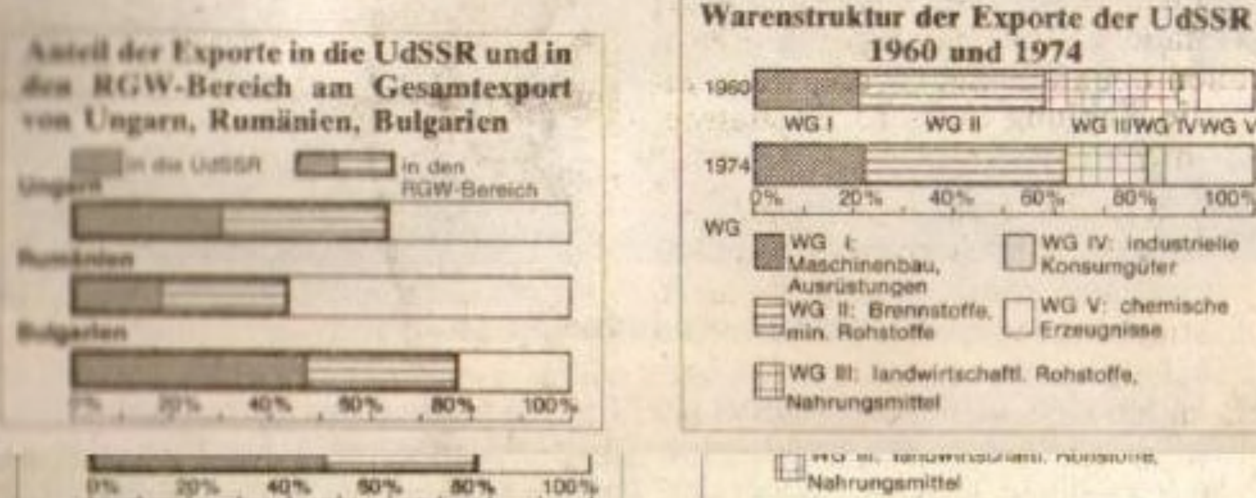


Der ökonomische Hebel zur Erzielung von imperialistischem Extraprofit ist die Aufrichtung von *Monopolen*. Ohnehin ist der RGW ein teilweise geschlossener Markt, dessen Mitglieder auf dem Weltmarkt (offiziell) nur das kaufen sollen, was sie im System der „internationalen Arbeitsteilung" des RGW selbst nicht bekommen können. Damit sichert sich insbesondere die neue Bourgeoisie der Sowjetunion auf Schlüsselgebieten der Ökonomie eine weitgehende Monopolstellung innerhalb des RGW. Grundlegend dabei ist ihr Monopol auf Energiestoffe.



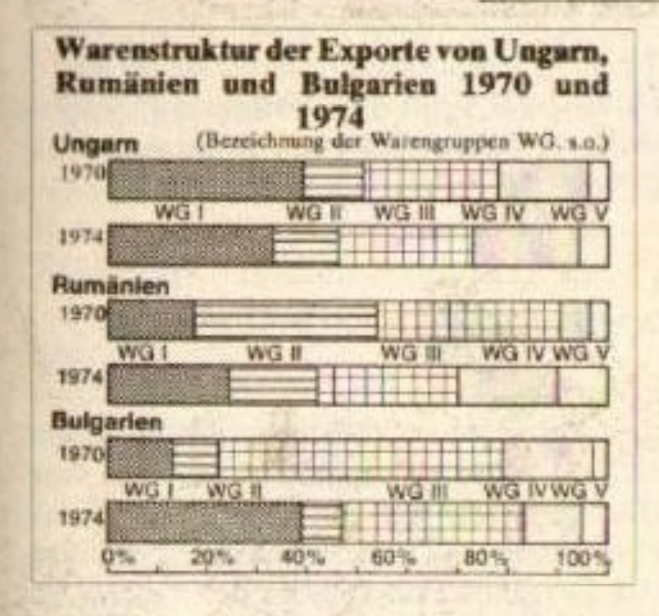
Zu dem Brennstoffmonopol und weiteren entscheidenden Rohstoffmonopolen hinzu kommen Monopole auf die Produktion einer Reihe elementarer Halbfabrikate wie z.B. Walzstahl und Gußeisenstücke sowie ein Großteil der schweren Maschinerie, von Flugzeugen über Walzwerke, Großmotoren und Turbinen, schwere Lokomotiven bis hin zu Kernkraftwerken, Kraftwerken überhaupt sowie Großcomputern – hauptsächlich Entwicklungen im Zusammenhang mit der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie.

Das Monopol auf militärische Ausrüstungen und schwere Waffen selbst, womit alle Armeen des Warschauer Paktes zum größten Teil ausgerüstet sind, runden das Bild ab.



Man sieht, wie sich innerhalb der sowjetischen Exporte der Anteil der Brenn- und Rohstoffe und schwerindustriellen Güter immer noch weiter ausdehnt und die RGW-Staaten, in die der Hauptteil dieser Exporte geht, einem drückenden Monopol im Bereich der Grundstoffe und Investitionsgüter unterworfen werden. Um diese Lieferungen auszugleichen, müssen die RGW-Länder von vornherein einen bedeutenden Teil ihrer nationalen Produktion, und hier oft Dinge, die sie selbst äußerst dringend benötigen, für den Export in die Sowjetunion reservieren.

Rumänien, das sich aus der sozialimperialistischen „Arbeitsteilung" am meisten herausgelöst hat, bezeichnet sich selbst immer noch als Entwicklungsland. Das ist, trotz großer Unterschiede, die im Vergleich zu den meisten Ländern der Dritten Welt schon existieren, dennoch zutreffend, auch für die übrigen Balkanstaaten. Der Warenaustausch zwischen der Sowjetunion und den Balkanstaaten ist tatsächlich keineswegs „zum gegenseitigen Vorteil", wie die Sozialimperialisten behaupten, sondern großteils *ungleich* und *erzwungen*.



Die Widersprüche zwischen dem sowjetischen Sozialimperialismus und den Balkanstaaten drücken sich in diesen Schaubildern zunächst darin aus, daß aus der von Chruschtschow erträumten „Arbeitsteilung" nichts geworden ist, nach der Bulgarien zum Beispiel im wesentlichen ein „Obst- und Gemüsegarten" der neuen Zaren hätte werden sollen. Vielmehr haben alle Länder sich eine bestimmte Industrialisierung erkämpft. Andererseits aber verbirgt sich hinter dem sprunghaften Anwachsen der Exporte Bulgariens an Maschinen, Ausrüstungen und Transportmitteln, die zum größten Teil in die UdSSR gehen, keineswegs eine wirklich selbständige und umfassende Industrialisierung des Landes. Sondern diese Industrialisierung (zu einem vollen Fünftel mit sowjetischen Krediten finanziert!) muß zu einem großen Teil in den Bahnen einer aufgezwungenen „Spezialisierung" verlaufen. So muß sich die Industrie Bulgariens vor allem auf die Produktion und Lieferung von Bau- und Installationsmaterialien, Kabeln, Fördergeräten, Gabelstaplern und Kettenzügen, Tischrechnern, einigen Elementen der Nachrichtentechnik sowie gewisse Leichtindustrien einschränken. Dafür sollen große Serien aufgelegt und billig gefertigt werden. Es ist derselbe Typ von Industrialisierung, wie ihn die westlichen Imperialisten am krassesten solchen „Exportländern" wie Taiwan und Südkorea (die sie bis heute kolonial besetzt halten), weniger kraß, aber räuberisch genug zum Beispiel Spanien und Portugal aufzwingen.

Es ist klar, daß sich das ökonomische Verhältnis zwischen der imperialistischen Bourgeoisie der Sowjetunion und abhängigen Bourgeoisien wie zum Beispiel in Bulgarien und Ungarn auch in immer verschärftem Raub durch *ungleiche Preise* ausdrücken muß. Das ist auch der Fall. Den ganzen Umfang dieser Ausplünderung können wir und können vor allem die ausgeplünderten Völker selbst nicht ausrechnen, da die Austauschpreise zwischen der Sowjetunion und den RGW-Staaten in Einzelverhandlungen festgelegt werden und großteils im Dunkeln bleiben. Es ist klar, daß hier für alle Pressionen Raum gegeben ist. Aber feststeht, daß gerade die Exporte aus der Sowjetunion in die RGW-Staaten – und hier besonders in die Balkan-Staaten – sich in den letzten Jahren enorm verteuert haben, während „spezialisierte" Produkte wie z.B. die erwähnten Maschinenexporte Bulgariens wegen „Rationalisierungsvorteilen" grundsätzlich niedriger bewertet und bezahlt werden.

Auf dem Balkan beginnt sich eine Front gegen den russischen Sozialimperialismus herauszubilden

Seit Jahrhunderten wehren sich die Balkanvölker gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch fremde Mächte. An das Mittelmeer grenzend und Teil der Landbrücke zwischen Europa und Asien nimmt die Balkanhalbinsel eine strategisch bedeutende Position ein und ist von jeher Schauplatz imperialistischer Rivalität und Aggression. Die Länder sind reich an Bodenschätzen und Naturreichtümern, wichtige Handelswege kreuzen das Gebiet. Der Balkan ist der historische Ort von Auseinandersetzungen zwischen dem zaristischen Rußland und anderen europäischen Mächten vor dem Ersten Weltkrieg. „Pulverfaß Europas" haben die Imperialisten den Balkan genannt und den Ersten Weltkrieg entfesselt. Die Sozialimperialisten haben heute das Erbe der alten Zaren angetreten und verfolgen auf dem Balkan eine expansionistische Politik. Über Comecon und Warschauer Pakt versuchen sie einige Balkanländer zu ihrem „Hinterhof" zu machen, mischen sich politisch, wirtschaftlich und militärisch in deren Angelegenheiten, um diese zu kontrollieren. Ziel des Sozialimperialismus ist es, seine Position im Ringen mit der Supermacht USA um den dominierenden Einfluß auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer zu stärken.

Demgegenüber beginnt sich in den letzen Jahren eine Front aufzubauen.

Ausgangspunkt für die Herausbildung einer Front der Balkanstaaten und -völker gegen die Sowjetunion ist die militärische Aggression der sozialimperialistischen Armeen gegen die CSSR im Jahre 1968. Vor den Völkern der Welt hat sich damals zum erstenmal die Sowjetunion als das entlarvt, was sie nach der Machtergreifung des Revisionismus und der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion mit vielen roten Worten zu verschleiern versuchte: Sie ist eine konterrevolutionäre und sozialimperialistische Macht.

Das sozialistische Albanien war und ist das stärkste Bollwerk gegen Imperialismus auf dem Balkan. Früh haben die albanischen Kommunisten den sowjetischen Revisionismus kritisiert und seine Entwicklung entlarvt. Die Invasion der Sowjetunion in die CSSR wurde von Albanien scharf verurteilt. Gleichzeitig ist das Land aus dem Warschauer Pakt ausgetreten, nachdem es vorher jahrelang die Mitgliedschaft praktisch hat ruhen lassen. Albanien hat die Diktatur des Proletariats im Lande gefestigt und macht Fortschritte im Aufbau des Sozialismus. Gegenüber den Völkern auf dem Balkan hat der Erste Sekretär des Zentralkomitees Genosse Enver Hoxha im Rechenschaftsbericht der Partei der Arbeit Albaniens auf dem 7. Parteitag erklärt: „Die Sowjetunion verfolgt offen expansionistische Ziele besonders auf dem Balkan und im Mittelmeer. Hegemonistische Absichten hegt sie nicht nur gegenüber Rumänien, sondern auch gegenüber der Türkei, Jugoslawien Griechenland und Albanien. Diese Absichten versucht sie durch Aggression und Subversion zu verwirklichen. Unter diesen Bedingungen sind wir Balkanländer vor die Aufgabe gestellt, die politische und militärische Wachsamkeit zu erhöhen und darauf vorbereitet zu sein, einen möglichen Angriff abzuwehren. Bekanntlich greifen die Feinde dort an, wo sie Schwäche und Spaltung vorfinden." (Albanien heute Nr. 6/1976) Albanien tritt für die Verstärkung der bilateralen Beziehungen der Balkanländer ein, um so am wirksamsten dem Hegemoniestreben der Sozialimperialisten auf dem Balkan entgegenzuwirken.

Anläßlich des CSSR-Einmarsches der Sozialimperialisten haben Rumänien und Jugoslawien ihre Armeen bzw. Miliz mobilgemacht. Gleichzeitig wurden verschiedene Änderungen der Wehrverfassungen und -strukturen beschlossen. Am bedeutendsten waren die Maßnahmen bei Rumänien, einem Mitgliedsland des Warschauer Paktes und des Comecon. Die Wehrverfassung, die 1968 geändert wurde, ist direkt gegen die Strukturen des Warschauer Paktes und ausdrücklich gegen jede Form der Einmischung von außen gerichtet. Dezentrale Milizverbände wurden geschaffen, die im Falle einer Aggression Partisanenverbände bilden sollen, um gegen den Aggressor zu kämpfen.

Seit 1968 ist Rumänien ein wichtiges Kettenglied bei dem Versuch der Balkanländer, sich aus den Klauen des Sozialimperialismus zu befreien bzw. diesen zurückzuschlagen.

Wichtiges Anzeichen in den letzten Jahren für den Beginn der Herausbildung einer Front gegen den Sozialimperialismus ist die Aufnahme von zweiseitigen Beziehungen der Balkanländer vorrangig auf wirtschaftlichem Gebiet. So haben z.B. Rumänien und Jugoslawien Anfang 1977 ein Abkommen über die erweiterte Zusammenarbeit beschlossen bei der Ausnutzung der Wasserresourcen der Donau, einen Vertrag über den Bau eines zweiten Wasserkraftwerkes und die Schaffung von Schiffahrtszentren an der Donau unterzeichnet. Diese Maßnahmen richten sich direkt gegen das Energiemonopol der Sozialimperialisten, mit dem diese versuchen, die RGW-Länder einschließlich des assoziierten Jugoslawien in Abhängigkeit zu halten. Ungarn und Jugoslawien haben im Juni diesen Jahres beschlossen, die Zusamenarbeit beim Ausbau der Maschinenbau- und Chemieindustrie zu intensivieren. Zum ersten Mal nach dem Kriege haben sich der rumänische und der ungarische Staatschef an der Grenze getroffen, um über die Minderheitenfrage beiderseits der Grenzen zu verhandeln, ein Widerspruch, der immer wieder von den imperialistischen Mächten einschließlich der Sowjetunion genutzt wird, um Auseindersetzungen unter den Balkanländern zu schüren. Mitte des letzten Jahres hat zum erstenmal eine Balkankonferenz stattgefunden unter Beteiligung von Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland, welche sich die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum Ziel gesetzt hat. Sie soll fortgesetzt werden. Rumäniens Staatsoberhaupt und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens hat in einer Rede erklärt, daß „Rumänien dem Ausbau der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit und Kooperation auf dem Balkan besondere Aufmerksamkeit schenkt". Triebkraft für die Widersprüche zur Sowjetunion ist die aufgezwungene Arbeitsteilung der RGW-Länder auf dem Balkan sowie deren rigorose Ausplünderung durch die Sowjetunion sowie das Hegemoniestreben der Sowjetunion gegenüber den übrigen Staaten.

Rumänien im Kampf gegen das sowjetische Hegemoniestreben

Rumänien im Kampf gegen das sowjetische Hegemoniestreben

Unter der Führung des Staatoberhauptes Ceausescu betont die rumänische Regierung: „Die Außenpolitik unseres Landes unterstützt entschlossen die Völker aller Länder in ihrem Kampf für die Erlangung der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit und gegen den Kolonialismus, Neokolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus und das Erteilen von Befehlen." (Rumänischer Außenminster, zitiert nach: Peking Rundschau Nr. 33/1974)

Rumänien beugt sich nicht der berüchtigten Breschnew-Doktrin, die von der begrenzten Souveränität der sozialistischen Länder ausgeht.

Seit dem Einmarsch der Sozialimperialisten in die CSSR 1968 dürfen auf rumänischem Territorium keinerlei russische Truppenteile sowie anderer Warschauer-Pakt-Mitglieder stationiert werden, finden keine Truppenmanöver des Warschauer Paktes mehr statt und ist jeglicher Durchgangsverkehr für die Truppen des Warschauer Paktes gesperrt.

Seit 1968 betreibt Rumänien verstärkt den Aufbau einer selbständigen und vielseitigen Wirtschaftsstruktur und versucht sich aus der „internationalen Arbeitsteilung" herauszulösen. Die nebenstehenden Statistiken und Schaubilder beweisen deutlich, daß sich Rumänien wesentlich von den anderen RGW-Ländern des Balkans unterscheidet. Gegenüber der Sowjetunion weist Rumänien bei weitem den geringsten Warenaustausch innerhalb des RGW und auch die geringste Steigerung von diesem auf. Die Struktur der Exporte des Landes in die ganze Welt drückt das Bemühen Rumäniens aus, eine selbständige Wirtschaftsstruktur herauszubilden. Schwerpunkt wurde gelegt auf die Entwicklung aller Grundindustrien, die mittlerweile geschaffen sind, sowie der Landwirtschaft als Basis. Diese sichert mittlerweile von den Grundnahrungsmitteln die eigenständige Versorgung des Landes. Entscheidend für diesen Wirtschaftsaufbau ist die Sicherung eines eigenständigen Energie- und Rohstoffsektors der Industrie. Darin unterschiedet sich Rumänien von allen anderen RGW-Ländern, das Energiemonopol der Sowjetunion innerhalb des RGW wird durchbrochen. Das Land verfügt über eigene Erdölvorkommen, Reichtümer, die schon die deutschen Imperialisten unter dem Hitlerfaschismus mit Begierde angezapft haben für ihre Kriegsproduktion, was die Sozialimperialisten ihnen gerne nachtun würden. Diese Industrie wird ständig ausgebaut, die Erdölförderung des Landes wird mit vollständig selbst hergestellten Produktionsanlagen betrieben. Ganz reichen diese Vorräte nicht aus, um den Landesbedarf zu befriedigen. Den restlichen Bedarf bezieht Rumänien nicht aus der „Internationalen Sozialistischen Arbeitsteilung", wie sonst im RGW üblich, sondern direkt von den arabischen Staaten. Die Energieversorgung beschränkt sich keineswegs auf Erdöl. Der Kohlesektor wird stark ausgebaut, von 29,4 Millionen Tonnen auf etwa 56,5 Millionen Tonnen im Jahr, womit eine weitgehende Sicherung der eigenen Energieversorgung erreicht wäre. Innerhalb der „Internationalen Sozialistischen Arbeitsteilung" wird Rumänien jetzt an die Orenburger Erdgasleitung angeschlossen, weil die eigenen Erdgasvorkommen langsam versiegen, das ist das einzige große Versorgungssystem, was direkt mit den Sozialimperialisten gekoppelt ist.

Bei seinen Bemühungen der Herausbildung einer selbständigen Wirtschaftsstruktur verstärkt Rumänien die Beziehungen zu den Balkanstaaten und zur Dritten Welt. Rumänien, das als einziges RGW-Land eine eigene Flugzeugindustrie geschaffen hat, wird jetzt mit Jugoslawien ein gemeinsames Militärflugzeug bauen, was sich direkt gegen das Waffenmonopol der Sowjetunion richtet. Als einziges Mitgliedsland des RGW ist Rumänien Mitglied der „Gruppe der 77", des Zusammenschlusses der Entwicklungsländer, welcher eine Neuordnung der Weltwirtschaft fordert. Die zweiseitigen Beziehungen zur Dritten Welt werden gefestigt. Gegenwärtig wird mit Kuwait über eine Beteiligung von 49% an dem petrochemischen Kombinat in Navodorie an der Schwarzmeerküste verhandelt. Kuwait soll für dieses Kombinat 160000 barrel Erdöl täglich liefern. Transportiert kann das Öl bald mit eigenen Tankern werden, die jetzt im Bau sind. In Kürze wird der erste 150000-Tonnen-Tanker auf Fahrt gehen können, er trägt den Namen „Unabhängigkeit".

Mit der Entwicklung eines unabhängigen und vielseitigen Wirtschaftsaufbaus hat Rumänien innerhalb des Comecon die höchste Wachstumsrate, der Anteil der laufenden industriellen Investitionen beträgt allein 33,5% des nationalen Einkommens.

Um die rasche Industrialisierung des Landes voranzubringen, hat Rumänien große Mengen von technischen Anlagen aus den kapitalistischen imperialistischen Ländern Westeuropas und den USA eingekauft. Dabei hat Rumänien die imperialistische Konkurrenz genutzt, wie z.B. beim Einkauf der VFW-Fokker-Lizenzen für die Mittelstreckenmaschine VFW 614, die der Konzern im imperialistischen Konkurrenzkampf nicht loswerden konnte. Andererseits nutzen die Imperialisten aus Westeuropa und den USA diese Situation. Sie legen Rumänien einen hohen Tribut auf. Die Verschuldung Rumäniens soll 3,7 Milliarden Dollar betragen.

Daß ihre Rechnung so einfach nicht aufgehen wird und sich Rumänien nicht von einer Abhängigkeit in die andere begibt, wird an der Rede des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Rumäniens und Oberbefehlshabers der Armee Ceausescu deutlich, der sagte, daß die rumänische Armee bereit ist, *jeden* imperialistischen Aggressor zu vernichten. – (Z-Red.)

'Auf zu neuen Ufern' – Mehrwert '77

Produktion von absolutem und relativem Mehrwert auf der Klöckner-Hütte Bremen durch ...

Anfang Mai fand die Beratung der Anteilseigner des Klöckner-Kapitals über die Mehrwertproduktion des Geschäftsjahres 1975/76 statt. War auch die Bilanz plus minus Null, so sind die Erlöse des Ausbeutungsprozesses für die Bourgeoisie nicht befriedigend, was sich im Gejammere der Couponschneider ausdrückte: „Die letzte Dividende erhielten wir vor 2 Jahren, in diesem und dem vorletzten Jahr war eine Ausschüttung nicht möglich. (...) Wenn Sie die Rückstellungen aus Gewinnen verstärken, möchte ich darum bitten, daß Sie dann nicht nur diesen Posten verstärken, sondern auch die Ausschüttungsmöglichkeit für die Aktionäre. Allerdings habe ich, sehr geehrter Herr Vorstandsvorsitzender, noch keine große Hoffnung, denn die Ausführungen, die Sie zu Beginn der Hauptversammlung machten, führen uns noch nicht zu neuen Ufern." „Selbstverständlich müssen Sie die Fahne hochhalten. Aber wir Aktionäre wollen natürlich auch leben, und es hat keinen Zweck, wenn man uns immer nur sagt, es werde besser werden, wenn das Ergebnis nach einem Jahr wieder genauso schlecht ist wie im Jahr zuvor. (...) Wir sind immerhin um einige Millionenbeträge ärmer geworden. Wir haben ebenso wie Sie nur einen Wunsch, daß endlich wieder ehrlich Geld verdient wird und nicht aus der Substanz immer ausgeglichen wird. Das kann kein gutes Ende nehmen."

Der Mehrwert '76 war, gerade in der Krise, nicht hoch genug zur Ausschüttung einer Dividende; der Mehrwert 77 muß in die Höhe getrieben werden. Der Anteil an der Ausbeutung der Arbeitskraft für die Couponschneider will eingestrichen werden in Form von Dividende, nur das war Sinn und Zweck ihrer Geldanlage. „Ein Erlösrückgang von 100 DM je Tonne – bei den meisten Produkten war er noch stärker – läßt sich auch mit den radikalsten Spar- und Rationalisierungsprogrammen nicht abfangen", schreibt „Blick durch die Wirtschaft". So richtig die Feststellung ist, daß, wenn das Klöckner-Kapital übervorteilt worden ist in der Ausbeutung der Arbeitskraft durch zum Beispiel die japanischen Konzerne, so ist dies nur der um so schmerzhaftere Anstoß für die Klöckner-Geschäftsführung, die Mehrwertauspresserei zu verschärfen, um die Vorteile der Konkurrenten auszubügeln. Von der Konkurrenz getrieben, von den Banken und den Couponschneidern angestachelt, hat der Vorstand vielfältige Maßnahmen ergriffen, um die Profite über die des Jahres '76 zu steigern.

„Die kapitalistische Produktion ist nicht nur Produktion von Ware, sie ist wesentlich Produktion von Mehrwert. Der Arbeiter produziert nicht für sich, sondern für das Kapital. Es genügt daher nicht länger, daß er überhaupt produziert. Er muß Mehrwert produzieren. Nur der Arbeiter ist produktiv, der Mehrwert für den Kapitalisten produziert oder zur Selbstverwertung des Kapitals dient. (...) Die Verlängerung des Arbeitstags über den Punkt hinaus, wo der Arbeiter nur ein Äquivalent für den Wert seiner Arbeitskraft produziert hatte, und die Aneignung dieser Mehrarbeit durch das Kapital –, das ist die Produktion des absoluten Mehrwerts. Sie bildet die allgemeine Grundlage des kapitalistischen Systems und den Ausgangspunkt der Produktion des relativen Mehrwerts. Bei dieser ist der Arbeitstag von vornherein in zwei Stücke geteilt: notwendige Arbeit und Mehrarbeit. Um die Mehrarbeit zu verlängern, wird die notwendige Arbeit verkürzt durch Methoden, vermittels deren das Äquivalent des Arbeitslohns in weniger Zeit produziert wird. Die Produktion des absoluten Mehrwerts dreht sich nur um die Länge des Arbeitstags; die Produktion des relativen Mehrwerts revolutioniert durch und durch die technischen Prozesse der Arbeit und die gesellschaftlichen Gruppierungen." (Karl Marx, Die Produktion des absoluten und relativen Mehrwerts, Kapital Band I)

Um nichts anderes als die Anwendung solcher Maßnahmen zur Erhöhung der Mehrarbeit geht es dem Vorstand, unter Führung von Gienow. Eingeläutet worden ist das Geschäftsjahr '77 durch die Lohnabschlüsse in der Stahlindustrie von 6%. Für die Arbeiter hätte 1 DM pro Stunde die notwendige Lohnerhöhung gebracht. Der 6%-Abschluß drückt viele ins Elend. Für Klöckner bedeutet der Abschluß viel. Nicht nur die Einsparung von Lohngeldern. Er erhöht vor allem den Druck auf die Arbeiterklasse zur Mehrarbeit und wirkt spaltend. Das ist nützlich für die weitere Politik im Geschäftsjahr 77, wie es die verschiedenen Beispiele der Betriebszelle Klöckner auch zeigen.

„Motiv für unseren Erwerb der Maxhütte war die Erwartung eines Ergebnisvorteils in bedeutender Größenordnung für die neue Gruppierung. Heute nach nur 2 Monaten der Zusammengehörigkeit können wir feststellen, daß zunächst unsere kurzfristigen Erwartungen sich voll bestätigen. Das zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind." (Gienow Klöcknervorstand) „Ergebnisvorteil" heißt für Klöckner: nach Überwindung der Krise besser dazustehen als die Konkurrenten in der Anwendung der Arbeitskraft zwecks Produktion von Mehrwert, qualitativ wie quantitativ. Dafür wird das Grundkapital des Klöckner-Konzerns um 29% (100 Millionen DM) auf 446 Millionen DM aufgestockt, um die mutige Expansionspolitik des Vorstands abzusichern.

Daß Klöckner sein Geschäftsjahr '77 mit einer Niederlage der Stahlarbeiter im Kampf um den Lohn beginnen konnte, lag an jenen Kräften innerhalb der Arbeiterbewegung, die meinen, daß es zwischen Kapital und Arbeiterklasse gemeinsame Interessen gibt, die darin liegen, daß produziert wird und auch Gewinne für weitere Investitionen gemacht werden. Diese Offerte, die Zustimmung zum 6%-Lohnabschluß, durch die Reformisten und Revisionisten hat der Vorstand erkannt und gierig nachgegriffen, um die Mehrwertproduktion auf der Hütte in Bremen mit allen erdenklichen Maßnahmen zu steigern.

Zulagenstreichung, Lohnsenkung wie Verdichtung des Arbeitstags durch Kurzarbeit ...

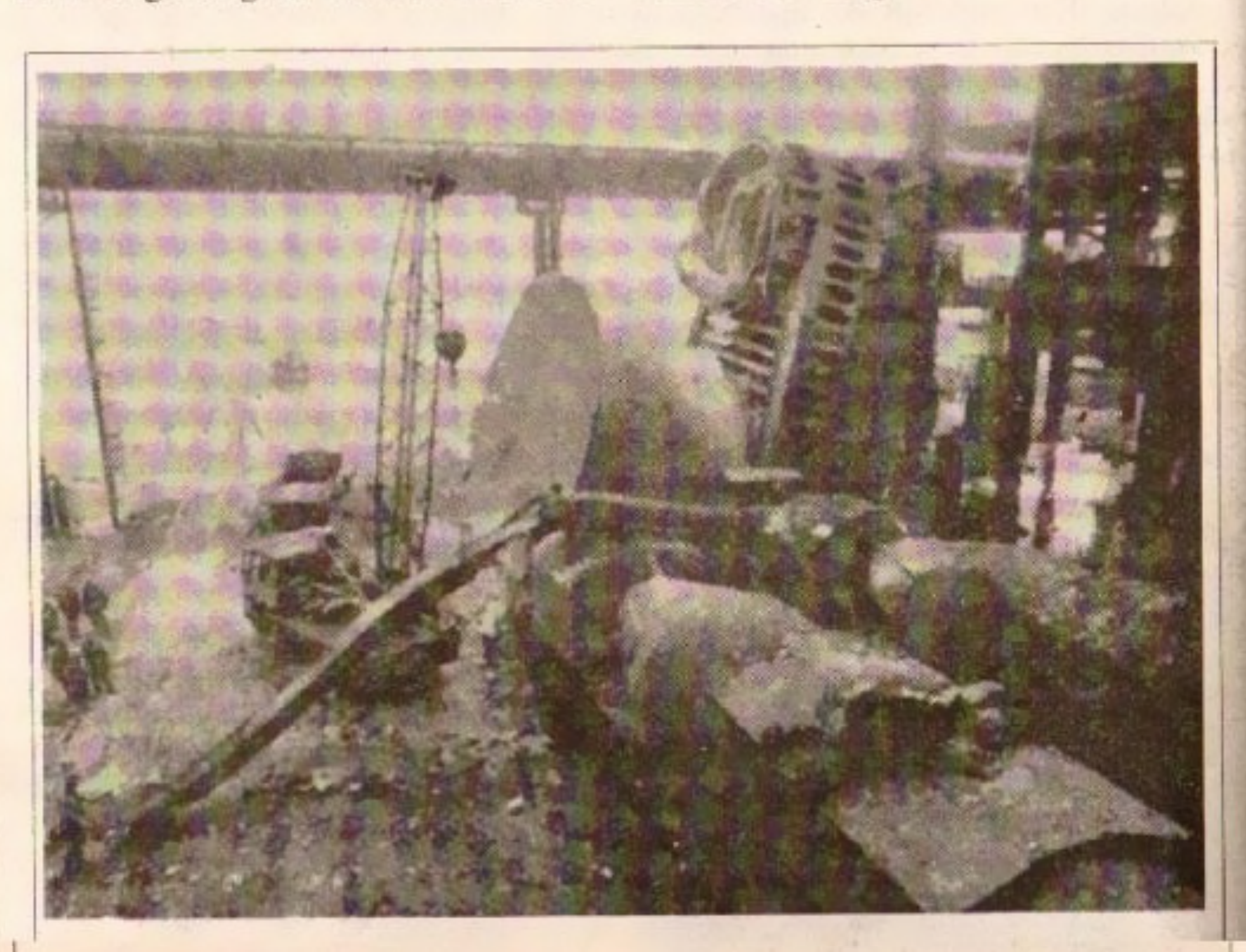
Noch bevor der Tarifvertrag abgeschlossen, die Stahlarbeiter mit 6% abgespeist worden sind, hatte der Vorstand der Hütte die *Schmutzzulagen gestrichen* für die über 80 Schlosser der Abteilung MB 9. Diese Schmutzzulage betrug 25 bis 45%. Die Streichung machte für den einzelnen mindestens 100 DM brutto aus, was ungefähr der Betrag einer Überstundenschicht ist. Rechnet man die 100 DM auf ca. 80 Arbeiter in dieser Abteilung, dann sind es auf den Monat 8000 DM, die Klöckner über die Streichung der Schmutzzulage vom ehemaligen Arbeiterlohn dem Mehrwert zuschlagen kann. Für die Schlosser hat die Streichung den Zwang zu Überstundenarbeit und „freiwilliger" Schichtarbeit über das 6%-Ergebnis hinaus noch verstärkt.

Die gleiche Absicht hat die Geschäftsführung gehabt bei der wegen Produktionsrückgang durchgeführten Kurzarbeit für die Monate Februar, März und April, die 6244 Arbeiter und Angestellte der Bremer Hütte betraf.

Ein verheirateter Arbeiter, der ein Kind hat und in der Lohngruppe 8 eingestuft ist, 45 Punkte im Punktsystem zugesprochen bekommen hat, eine übertarifliche Zulage von 57 Pfennig und 1,21 DM Prämie erhält, würde bei einer monatlichen Anzahl von 174 Arbeitsstunden in 7 Nachtschichten und 3 Sonntagen einen Nettolohn von 1769,13 DM erhalten. Bei 3 Tagen Kurzarbeit während der Nachtschicht wären es 1695,61 DM, also 73,52 DM weniger, die er monatlich ausgezahlt bekommt.

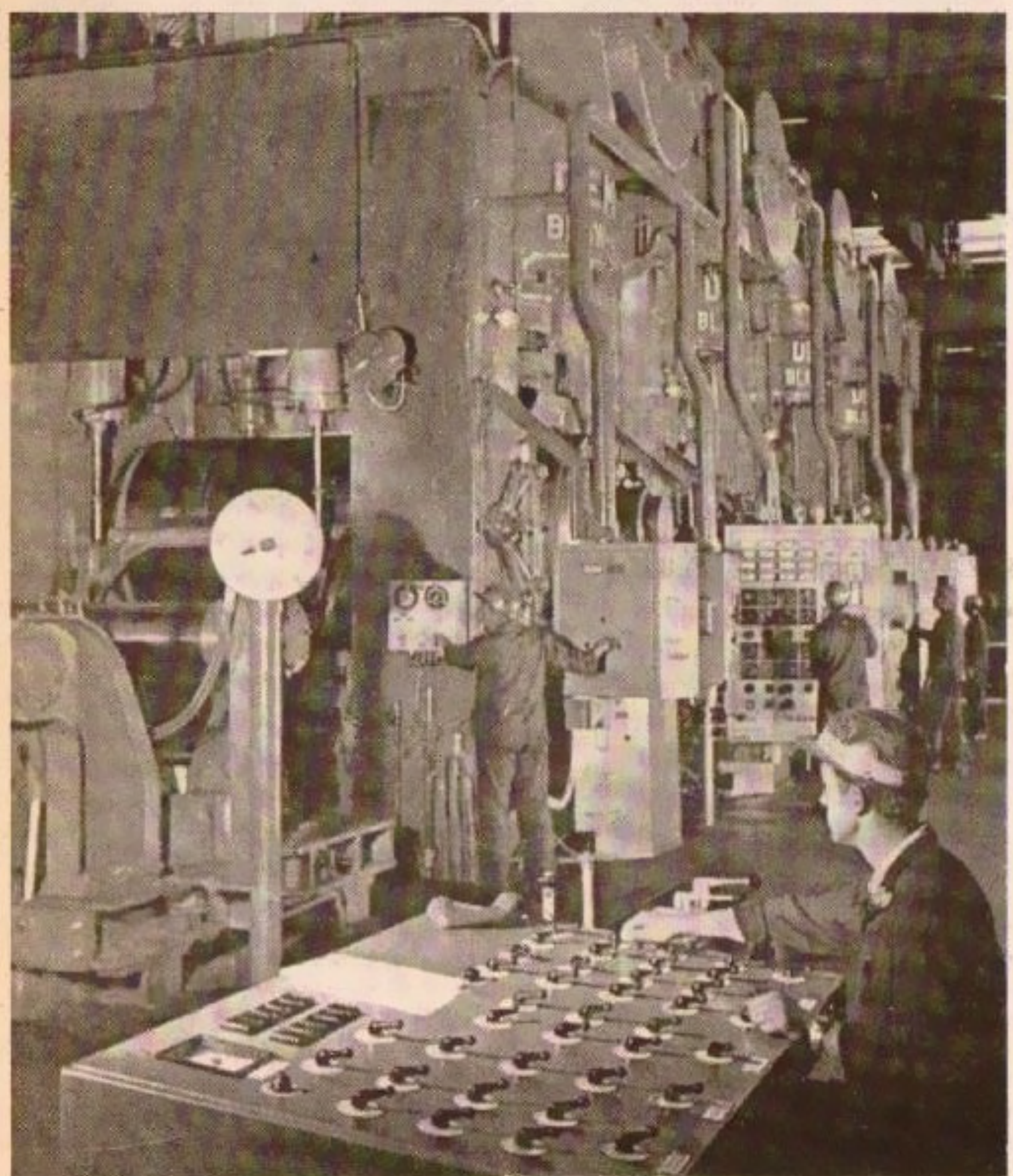
Die Kurzarbeitsperioden der verschiedenen Gewerke wurden so aufeinander abgestimmt, daß an den Arbeitstagen eine gewaltige Intensivierung der Arbeit herauskam. Während der Warmbereich der Hütte zum Beispiel Blockstillstand hatte, wurde das vorher im Warmbereich produzierte Material im Kaltwalzwerk durch die Anlagen gejagt, in dem dann kurzgearbeitet wurde, als die Produktion im Warmbereich wieder aufgenommen worden ist. Stillstandzeiten unter dem Ruf „Kein Material mehr" gab es nirgends mehr.

Die weitere Abstimmung der Kurzarbeitsperioden durch Zufuhrprogramme ermöglichte es der Betriebsleitung, Unterbrechungen auszuschalten. Für die Beize wurden zum Beispiel Programme zusammengestellt, nach denen nur Warmbänder einer bestimmten Dicke und Breite in einem Rutsch gefahren wurden. Dadurch wurden Unterbrechungen, die sonst durch Dicken- und Breitenausgleich an der Schweißmaschine entstanden, ausgeschaltet, die bisher für die Arbeiter auf dem Steuerpult eine notwendige Erholungszeit bedeuteten. Dadurch gelang es dem Vorstand, die Tonnage an der Beize zu erhöhen. Heute, wo keine Kurzarbeit mehr gefahren wird, ist die programmierte Zufuhr des Materials nicht mehr in dem Maße möglich. Dicke, dünne, schmale, besäumte und unbesäumte Bänder in einem Programm werden durch die Anlage geschickt. Erwartet wird allerdings der gleiche Ausstoß wie in der Kurzarbeitsperiode. Damit dies erreicht wird, ist nach der Kurzarbeit fortan in der Sonntagsfrühschicht produziert worden, die sonst Reinigungsschicht war. Die Reinigung wird jetzt entweder während der Produktion oder durch Überstunden in der Sonntagsspätschicht gemacht.



Tonnage um jeden Preis

Am 12. Oktober 1976 ist die Kuppel (200 Tonnen schwer) des dritten Winderhitzers am Ofen II explodiert, gerade nachdem der Winderhitzer hochgefahren worden war auf ca. 1350 Grad. Die Kuppel selber ist einige Meter weiter wieder heruntergekommen, während die Steine, mit denen der Winderhitzer ausgemauert ist, einige hundert Meter weit geflogen sind und sofort alles in Brand gesetzt haben. Das ganze hat „nur" zwei Leichtverletzte und einen Schwerverletzten gekostet. Es hätten genausogut mehrere tote Arbeiter sein können, es war reines Glück. Dieser Ofen II, der erst 1973 gebaut worden ist, hat bisher die meiste Zeit gestanden. Obwohl neu, wurde er sofort auf volle Produktion, nämlich annähernd 7000 Tonnen pro Tag, gefahren. Die Klöckner-Kapitalisten hatten volle Auftragsbücher und erhofften sich dicke Extraprofite. Die Folge war, daß der Ofen 1974 schon wieder stillgelegt werden mußte, weil er kaputt war. 1975 ist er wieder kurze Zeit gelaufen, um bis zum Sommer 1976 wieder zu stehen. Nach der Explosion des Winderhietzers ist er nur kurze Zeit stillgelegt worden und anschließend mit zwei Winderhitzern weitergefahren worden. Obwohl bei diesen ebenfalls Risse festgestellt worden waren. Sie wurden notdürftig geflickt, damit ja keine einzige Tonne verloren ging. Auf den Winderhitzern wurden sogar Wachen aufgestellt, die aufpassen mußten, ob eine Schweißnaht undicht wurde und sofort ein Flicken draufgesetzt werden konnte. Jetzt steht der Ofen wieder, weil auch die Innenausmauerung des Ofens kaputt ist und vollkommen erneuert werden muß. Unseres Wissens sollen die Innenausmauerungen nach offiziellen Angaben 10 bis 15 Jahre halten.



Punkte sollen spalten

An der Tandemstraße walzen insgesamt 8 Arbeiter pro Schicht Kaltbänder auf Dicke. Ihre Stundenlöhne betragen von 8,96 DM für den „Walzhelfer Auslauf" bis 11,02 DM für den „Kolonnenführer 1. Walzer". Dieser unterschiedliche Stundenlohn erklärt sich zum einen aus der Aufspaltung in die Lohngruppen 6, 7 und 9, zum anderen aus der willkürlichen Aufspaltung durch Arbeitswertpunkte für Muskel-, Nerven-, Klimabelastung usw. Während der 1. Walzer 49 Punkte hat, haben die 2. Walzer 38, der Steuermann Einlauf 27 und der Walzhelfer Auslauf wieder 31. Am 80" Dressier-Gerüst erhielt von 4 Arbeitern bis vor kurzem einer Lohngruppe 9, 49 Punkte und 10,62 DM Stundenlohn, einer Lohngruppe 7, 36 Punkte und 9,31 DM Stundenlohn, einer Lohngruppe 5, 22 Punkte und 8,53 DM Stundenlohn und einer Lohngruppe 5, 16 Punkte und 8,39 DM Stundenlohn. Gegen diese Spaltung haben die Arbeiter sich zusammengeschlossen und durchgesetzt, daß die beiden Kollegen in Lohngruppe 5 in Lohngruppe 6 angehoben wurden. Den Arbeiter in Lohngruppe 7 wollten die Arbeiter in Lohngruppe 8 haben, um die Spaltung zu überwinden. Sie haben aber bisher nur durchsetzen können, daß er soviel Punkte mehr hat, so daß er denselben Stundenlohn erhält, als wenn er in Lohngruppe 8 eingestuft wäre.

Stellenstreichungen, Tonnageerhöhung, Überstundenschinderei bei Zahlung der Kurzarbeit aus der Arbeitslosenversicherung ...

Eine andere Art, die Kurzarbeit zur Intensivierung der Arbeit und der direkten Streichung von Arbeitsplätzen zu nutzen, bestand darin, täglich einen bis drei Arbeiter kurzarbeiten zu lassen, deren Arbeit die übrigen Arbeiter dann mitmachen mußten. Dieses Vorgehen wurde hauptsächlich in Reparaturbetrieben und anderen „Nebenbetrieben" angewandt. Bei den Kranelektrikern wurden in der Kurzarbeitsperiode des Monats März täglich immer 2 Elektriker nach Hause geschickt. Im März wurde nur im Warmbereich mit Blockstillstand verfahren, während im Kaltwalzwerk voll durchproduziert wurde. Im Warmbereich wurden die aufgehäuften Reparaturen durchgeführt, bei denen die Kräne in vollem Einsatz waren und für die Elektriker mehr Arbeiten als bei der normalen Produktion anfiel. In der Folge wurde dann die Schichtbesetzung bei den Elektrikern von 11 Elektrikern auf 10 heruntergesetzt. Nicht anders wurde bei den Ultraschall-Prüfern verfahren, wobei hier noch dazukam, daß die Arbeiter weiterarbeiten mußten, wenn ein Arbeiter von ihnen krank geworden war (also mit einem weniger). Ihr Arbeitsbereich erstreckt sich über das ganze Werk. War zum Beispiel in der Beize nichts mehr zu prüfen, mußten sie sofort rüber in die Flämmerei oder ins Kaltwalzwerk.

Auf der Betriebsversammlung Ende März verkündete Arbeitsdirektor Sporbeck, daß für April nochmals Kurzarbeit durchgeführt werden müßte, dann im Mai die Produktion aber wieder voll laufen würde, weil anschließend der Hochofen II zur Reparatur herausgenommen werden sollte. Der Vorstand hat die Kurzarbeiten rigoros ausgenutzt. Erhöhung der Schinderei für den arbeitenden Teil der Belegschaft, während die Kurzarbeiter in dieser Zeit durch das Arbeitsamt bezahlt worden sind. Insgesamt hat er sich 86225 Kurzarbeiterstunden vom Arbeitsamt bezahlen lassen.

Im April wurden 175000 Tonnen Roheisen produziert, während auch kurzgearbeitet wurde. Im Mai wurden dann bei 80% Auslastung der Anlagen 233000 Tonnen produziert. Auf der Grundlage der Lohnraubabschlüsse und der Lohnsenkungen durch Kurzarbeit oder Zulagenstreichung war der Vorstand in der Lage, die Überstundenarbeit von April auf Mai um das Dreifache hochschnellen zu lassen. Von 4331 Überstunden auf 12385 Überstunden. Eindeutig sind die Absichten des Klöckner-Vorstands während der Zeit vom Lohnabschluß bis zum April herausgekommen, Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit bei gleichzeitiger Ausdehnung des Arbeitstags bzw. der Wochenarbeitsstunden. Die Reformisten und Revisionisten von SPD, DKP und „Arbeiterpolitik" sammelten Unterschriften für 90% Lohnausgleich bei Kurzarbeit, die durch Klöckner und den Staat, also ebenfalls aus der Arbeitslosenversicherung gezahlt werden sollten. 4000 Arbeiter hatten unterschrieben. Für die Reformisten und Revisionisten war die Unterschriftensammlung lediglich ein Manöver, die Wut über Lohnkürzung bei Kurzarbeit abzuschwächen, um unter falschen Forderungen selbst diese dann als Fetzen Papier zu behandeln, nachdem die Kurzarbeit vorbei war.

Entlassungen bei gleichzeitiger Schichtausweitung ...

Seit April hat es keine Kurzarbeit mehr gegeben. Stattdessen ging der Vorstand daran, Entlassungen vorzubereiten. 2 Tage nach der Betriebsversammlung, auf der der Arbeitsdirektor Sporbeck (sozialdemokratischer Funktionär der IGM) noch die Parole ausgab: „Kosten senken und bereit sein, die Anlagen voll auszufahren“, wurden sie dann offiziell bekanntgegeben. Es sollten 500 Beschäftigte sein, hauptsächlich Angestellte oder aus dem Angestelltenbereich. Die Absicht lag darin, die Arbeiter von den Angestellten abzuspalten, um die 500 Entlassungen durchzusetzen. Geregelt werden sollte es über einen Sozialplan. Als dieser dann verabschiedet war, stellte sich heraus, daß die überwiegend von der Entlassung Betroffenen ältere Arbeiter aus der Produktion sein sollten, die 59 Jahre alt waren und für die intensive Arbeit in der Produktion nicht mehr genügend vernutzt werden konnten. Über den Sozialplan wurden sie dann zur selbständigen Kündigung erpreßt. Die freigewordenen Stellen versuchte der Vorstand nicht wieder zu besetzen, um gleich für die verbliebenen Arbeiter die Mehrarbeit zu steigern. Bei 29 vergleichbaren Abteilungen sind derzeit 100 Arbeitsplätze nicht besetzt.

Die Drohung der Arbeitslosigkeit führte bei vielen dazu, daß sie fortan zu Überstundenschichten erschienen. Anfang Juli setzte der Betriebsleiter des Kaltwalzwerks in einem Schreiben an die Arbeiter jetzt nach. Hiernach sollten die Arbeiter der Inspektion an der Spaltanlage als reguläre Schicht arbeiten bis Samstagabend 22 Uhr und ab Sonntagabend 22 Uhr. Bis heute haben sich die Produktionsarbeiter gegen die Ausweitung der Schichtarbeit an dieser und auch an anderen Anlagen des Kaltwalzwerks erfolgreich geweigert. Allerdings hat der Zwang zu Überstunden dazu geführt, daß fast jedes Wochenende an diesen Anlagen Überstunden geschoben werden. Für die Stoffanwärter hat es die Betriebsleitung des Kaltwalzwerks geschafft, diese Schichtausweitung durchzusetzen.

Im betriebseigenen Hafen der Klöckner-Hütte hat es die Geschäftsleitung so weit getrieben, daß die Hafenarbeiter schon 21 Tagesschichten hintereinander auf Arbeit geschickt worden sind.



Am 12.7.1977 war Betriebsversammlung der Klöckner-Hütte. Thema waren die angekündigten 500 Entlassungen, die Rationalisierungen, die Arbeitsbedingungen. Wenige Tage vor der Betriebsversammlung marschierten einmal 200, ein andermal 350 Angestellte in die Vorstandsetage, um Rechenschaft zu verlangen. Auf der Betriebsversammlung am 12.7.1977 wurden die anwesenden Vorstandsmitglieder durch einen Genossen scharf angegriffen. Der Genosse wurde mehrmals durch Beifall unterbrochen. Verlesen wurde ein Brief von 20 Arbeitern, die forderten: Keine Entlassungen! Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit! 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich! Ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag! – Nach der Betriebsversammlung marschierten 2000 Arbeiter und Angestellte zum Bremer Senat.

Weitere Intensivierung der Arbeit während der Urlaubsperiode ...

War Anfang des Jahres die Kurzarbeit als Mittel der Verdichtung des Arbeitstags genutzt worden, so im Sommer der Urlaub. Einmal, indem die Arbeiter, die keinen Urlaub hatten, die Arbeit der kranken oder in Urlaub gefahrenen Arbeiter einfach mitmachen mußten. Zum anderen zwangen sie die Arbeiter, dort, wo es nicht mehr anders ging, erneut zu Extraschichten, um die Schichtbesetzung halten zu können. So fehlten im Warmwalzwerk im Juni 8 Kranfahrer. Die anderen Kranfahrer wechselten in einer Schicht von einem Kran zum anderen, wo gerade immer was anfiel. Manche von ihnen haben in dieser Zeit statt 7 Nachtschichten 9 hintereinander gemacht, dann einen Tag bzw. eine Nacht frei, um dann 3 Tage Spätschicht zu fahren, dazwischen wieder einen Tag frei, um dann 10 Tage hintereinander Früh- und Spätschicht zu fahren. Nichts anderes als die Durchsetzung der Parole des Arbeitsdirektors: „Kosten senken und bereit sein, die Anlagen voll auszufahren“, wobei die Arbeiter als unmittelbares Verwertungsmittel des Kapitals vom Vorstand zu jeglicher Zeit zur Arbeitsaufnahme gezwungen werden. Jegliche Schranken zum Schutz der Arbeitskraft sollen fallen, um die tägliche, wöchentliche Vernutzung der Arbeitskraft bis an die physische Grenze auszudehnen. Während dieser Zeit liefen dann auch alle 3 Hochöfen. Verschiedenen Arbeitern wurde kurzfristig der Urlaub gestrichen, Arbeiter aus Osnabrück und der Maxhütte wurden nach Bremen verschickt, um hier die Mehrwertproduktion in voller Auslastung der Anlagen zu garantieren.

Im LD-Stahlwerk ließ die Geschäftsführung 2 Konverter laufen, bei Besetzung für nur einen Konverter, die dann zwischen den beiden hin- und herjagen mußte. Durch die laufende Kurzarbeit hatte die Geschäftsleitung die Abgußzahl des Konverters auf 13 oder 14 Chargen (Abgüsse) hochgetrieben, dies war jetzt im Sommer und auch während des Urlaubs die Durchschnittszahl. Die Ingenieure hatten während dieser Zeit immer noch beim Hochofen angerufen, ob sie nicht noch mehr Roheisen bekommen könnten, als sie schon auf 16 Chargen pro Schicht hoch waren.

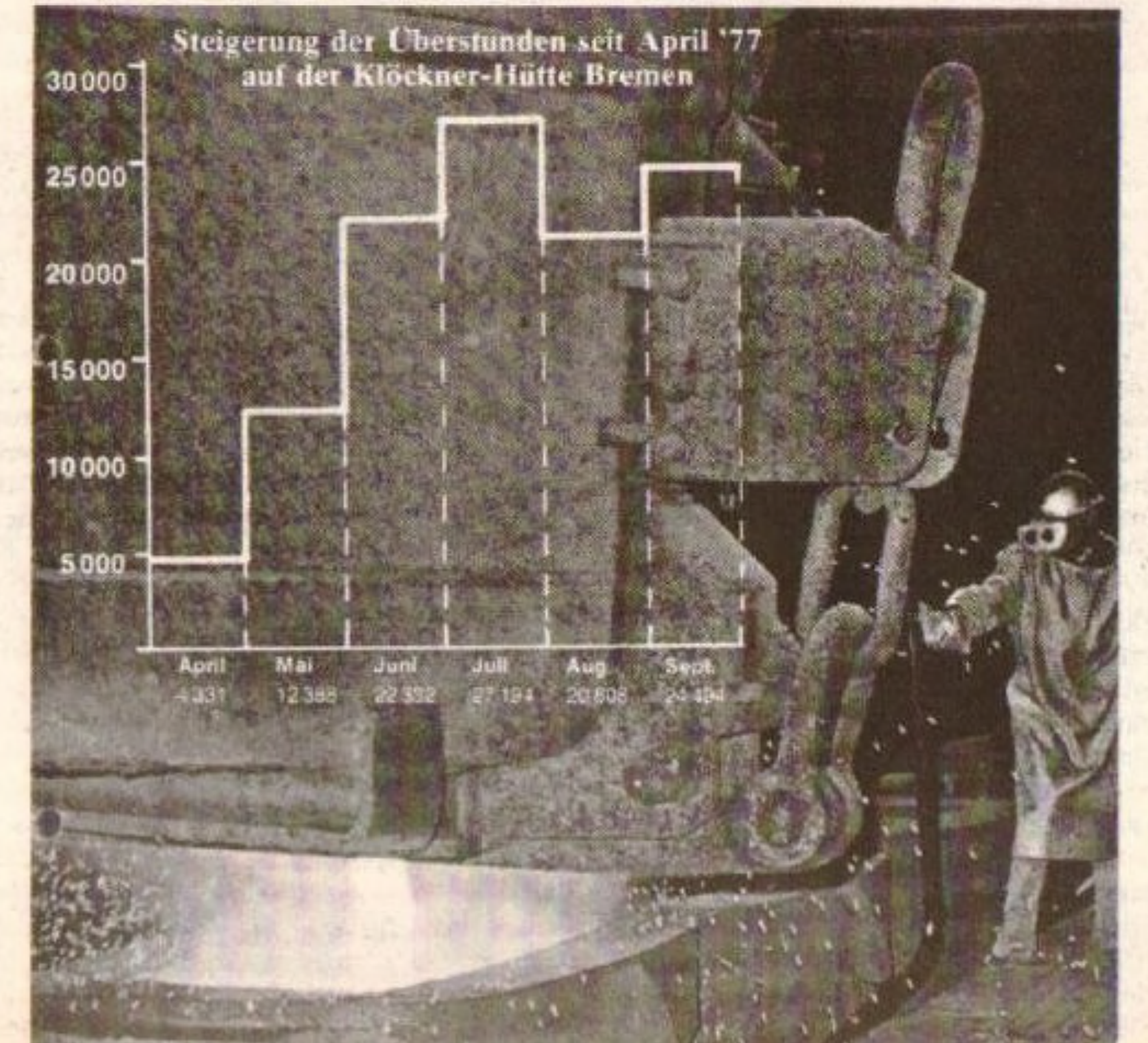
Diese Sucht nach Tonnen erhöht natürlich die Unfallgefahr. So wurde die Konverteröffnung nicht mehr rechtzeitig geöffnet. Normal wird nach 10 Stunden die Mündung mit einem Kettenfahrzeug gereinigt, weil sie sonst so weit zukocht und die Mündung der Schrottmulde nicht mehr in den Konverter reinpaßt. Jetzt, als die Mündungsreinigung immer weiter nach hinten geschoben wurde, war beim Zukippen von Schrott stets die Gefahr, daß Teile des Schrotts daneben, auf die Arbeiter fallen. Für die Kranfahrer ist es eine viel größere Anspannung ihrer nervlichen Kräfte, die Schrottmulde trotzdem so zu kippen, daß nichts daneben fällt und kein Arbeiter gefährdet wird. Den ganzen Sommer über war die Unterbesetzung der Schichten chronisch: Im Kaltwalzwerk fehlten an allen drei Scheren mitunter jeweils ein Steuermann. Bei den Kranelektrikern waren von 10 Arbeitern manchmal nur 3 auf Schicht.

Im LD-Stahlwerk wurden 2 Kranfahrer in andere Abteilungen versetzt. Die Folge davon war, es gab keine Springer und Ablöser mehr. Wenn die Produktion lief, konnte kein Kranfahrer vom Kran runter. Selbst Pissen gehen war dann nicht möglich.

Im Juni und Juli wurden auf der Hütte große Mengen Rohstahl im Stranggußverfahren gegossen. Mit dieser Anlage hatte es bisher immer große Schwierigkeiten gegeben. Freudig verkündete der Arbeitsdirektor im Juni, daß die Solleistung dieser Anlage um 30% übertroffen worden sei.

Anfang Juli wurde bekannt, daß die Arbeiter in der Walzenschleiferei gegenwärtig zu dritt Walzen zum Schleifen vorbereiten und nach dem Schleifen zum Einbau fertig machen. Üblich war es, diese Arbeiten mit 5 Mann auszuführen. Dabei wurden 10 oder 11 Sätze geschafft, also 20 oder 22 Walzen. Jetzt, wo sie zu dritt schaffen müssen, verlangt man von ihnen, 16 bis 18 Walzen vorzubereiten und zum Einbau fertig zu machen. Das ist eine Steigerung pro Arbeiter um 30%.

Jede Sekunde, die die Anlagen stehen, in der die Arbeiter keinen Stahl produzieren, wird kein Mehrwert geschaffen, ist tote Zeit. Neulich mußte am Sonntag die Produktion an der Beize bis 180 Sekunden vor Schichtschluß aufrechterhalten werden. Jedes Kilo Stahl mehr erhöht den Mehrwert. Jedes verlorene Kilo bringt die Kapitalisten zur Raserei.



Technische Revolutionierung – Erhöhte Schweißauspressung

Beim Stranggußverfahren werden aus dem flüssigen Stahl gleich Brammen gegossen, mit denen der Walzprozeß eröffnet wird. Beim alten Blockgußverfahren ist der Weg vom Rohstahl bis zur Bramme erheblich länger: Der flüssige Stahl wird aus der Pfanne in Formen (Kokillen) gegossen. Wenn der Stahl zu Blöcken erstarrt ist, werden die Formen mit speziellen Kränen abgezogen. Dann werden sie in sogenannte Tieföfen gestellt und wieder aufgeheizt. Danach werden die Blöcke im Stoßofen zu Brammen geformt. Das Stranggußverfahren ist also ein technischer Fortschritt.

Für die Arbeiter bedeutet das Verfahren ständige Anspannung während des Gießens. Der flüssige Stahl muß eine gleichbleibende Fließgeschwindigkeit haben. Höchste Aufmerksamkeit ist geboten beim Einschütten des flüssigen Stahls und beim Abkühlen des Stahls mit Wasser.

Um 30% ist die Ausbeutung der Arbeiter gesteigert und die Kapazität um über 20000 Tonnen auf 90000 Tonnen angehoben worden.

Rationalisierung bei Reparaturarbeiten und Angestellten

Rationalisierungen größeren Ausmaßes sind bei den Kranelektrikern und Motorenelektrikern in Vorbereitung, indem sie räumlich zusammengefaßt werden, um sie dann gezielter und stets, wenn Arbeit anfällt, einzusetzen. Bisher sind diese Pläne noch nicht vollendet worden, aber es wird deutlich daran, daß im Bereich der Maschinenbetriebe, der Wartung, der Störungsbeseitigung und Reparatur Größeres im Busch ist. Um 200 Millionen Lohnkosten zu sparen, sollten die Entlassungen von 500 Beschäftigten nützen.

Die Angestellten sollten aus ihren Baracken, in denen sie arbeiten müssen, rausgeholt werden, ließ der Vorstand nach dem Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes „human“ verkünden. Gehörten die Sekretärinnen, während der Barackenzeit, zu den einzelnen Abteilungen und mußten die anfallenden Schreib- und Verwaltungsarbeiten machen, so sind sie jetzt aufgeteilt worden in Schreibarbeiten und Verwaltungsarbeiten, (Textverabeitungs- und Verwaltungssekretariat). Unter Aufsicht und in Großraumbüros wird jetzt den ganzen Tag getippt. 40 bis 50 Schreibkräfte sollen dabei freigesetzt werden. Die Neubauabteilung, in der etwa 100 Schreibkräfte arbeiten, soll aufgelöst, aber zumindest radikal verkleiner werden.

Innerhalb eines Jahres wurde auf der Bremer Hütte ein Durchlauf von etwa 1000 Arbeitern erreicht, die entweder entlassen, zur frühzeitigen Rente gezwungen oder selbst gekündigt und durch neue ersetzt wurden. Die Umschichtung diente dazu, die alten durch frische Arbeiter zu ersetzen oder die wegrationalisierten entweder zur Kündigung zu zwingen oder sie innerhalb der Produktion an andere Stellen zu stecken, bei geringeren Löhnen.

Dem Heißhunger nach Steigerung der Mehrwertproduktion muß im Kampf um den Lohn und den Normalarbeitstag entgegengetreten werden

Die Stahlkapitalisten haben stets unter dem Vorwand der Schmelze von Roheisen und Stahl die Vernutzung der Arbeitskraft zu jeglicher Tages- und Nachtzeit begründet, ob Sonntag oder christlicher Feiertag. Die Schmelzöfen, die nachts ruhen, genau wie auch die Anlagen anderer Kapitalisten, sind reiner Verlust für die Kapitalisten. Es ist dies der Grund, warum 80% der Arbeiter im Lohnverhältnis auf der Hütte in Bremen in Schicht arbeiten und 80% dieser Arbeiter in Contischicht den Mehrwert produzieren müssen, also zu jeder Stunde des Jahres. Dies sind 64% der gesamten Arbeiter, die in der Produktion arbeiten.

Die Geschäftspolitik des Vorstands des Klöckner-Konzerns ist darauf gerichtet, die Mehrwertproduktion zu intensivieren, sei es durch einfache Nichtbesetzung von Arbeitsstellen und die damit verbundene Mehrarbeit oder Veränderung der Technik, die das gleiche bewirkt. Verbunden wird das mit einer allgemeinen Ausweitung des Arbeitstags bzw. der Wochenarbeitszeit.

Erkennen kann man dies an der Zunahme der monatlichen Überstunden seit April '77, in der angegebenen Kurve. Verschiedene Abteilungen der Hütte sind unterschiedlich davon betroffen. Die Adjustageabteilung des Kaltwalzwerks mußte bei einer Stellenunterbesetzung von 11 Arbeitern 10,13% der gesamten Augustüberstunden arbeiten. Die Flämmerei ist mit 40 Mann unterbesetzt, durch neue Maschinen ist hier die Produktivität der Arbeit gesteigert worden. Die siebenfach zu kleine Abteilung mußte noch 8,4% aller Augustüberstunden leisten. In der Abteilung Walzgerüste, in der schon 4 Mann mehr arbeiten, als der Besetzungsplan vorsieht, ist die Arbeitsleistung so hoch getrieben worden, daß 7,7% der Überstunden des August von diesen Arbeitern geleistet werden mußten.

Steigerung der Überstunden seit April '77 auf der Klöckner-Hütte Bremen

Freiwillig macht keiner Überstunden. Netto hat man eh nicht viel mehr auf der Hand durch die Steuerausplünderung des Staatsapparates, der im letzten Jahr Klöckner mit 16 Millionen Investitionszulage aus Lohngeldern gestützt hat. Es ist der Lohnraubabschluß, es sind die Zulagenstreichungen oder Versetzungen, verbunden mit Lohnrückstufungen, die diesen Zwang auf die Arbeiter ausüben.

Ca. 50% des Bruttolohns sind variabel, indem er aus freiwilligen Zulagen und Prämien des Klöckner-Konzerns besteht, die zwar in Verträgen geregelt, aber doch leicht bei Veränderungen des Arbeitsplatzes und Überprüfungen zurückgestuft werden können.

Rigoros nutzt die Geschäftsleitung den 6%-Abschluß des letzten Jahres aus, um die Schichtarbeit auszuweiten und die Überstundenarbeit hochzutreiben.

Wenn sich die Stahlarbeiter auf einer Lohnforderung von 220 DM zusammenschließen, dann wird bei deren Durchsetzung dem Vorstand das wesentlichste Mittel, der zu geringe Arbeitslohn, aus der Hand gerissen, mit dem er die Mehrwertproduktion absolut ausdehnt und beständig intensivieren will. Der ausreichende Lohn ist auch die ökonomische Voraussetzung dafür, daß der Kampf um den 8-Stunden-Normalarbeitstag wie für den 7-Stunden-Tag von der gesamten Arbeiterklasse, als gesetzliche Schranke erzwungen wird, deren Notwendigkeit Marx wie folgt beschreibt:

„Der Kontrakt, wodurch er dem Kapitalisten seine Arbeitskraft verkaufte, bewies sozusagen schwarz auf weiß, daß er frei über sich selbst verfügt. Nach geschlossenem Handel wird entdeckt, daß er ‚kein freier Agent' war, daß die Zeit, wofür es ihm freisteht, seine Arbeitskraft zu verkaufen, die Zeit ist, wofür er gezwungen ist, sie zu verkaufen, daß in der Tat sein Sauger nicht losläßt, ‚solange noch ein Muskel, eine Sehne, ein Tropfen Bluts auszubeuten'. Zum ‚Schutz' gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der ‚unveräußerlichen Menschenrechte' tritt die bescheidene Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstages, die ‚endlich klarmacht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet, und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt'. Welch große Veränderung.“ (Karl Marx, Das Kapital, Band 1) – (Betriebszelle Klöckner / Z-Red.)

Kontaktsperregesetz: Ausschaltung und Vernichtung von Gegnern der „objektiven Wertordnung“ des Grundgesetzes

„Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat; sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art ... Sie verstärkt sich aber in dem Maß, wie die Klassengegensätze innerhalb des Staates sich verschärfen“, schrieb Friedrich Engels 1884 über den Charakter des Staates.

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie hat mit Beginn der 70er Jahre eine Reihe von Änderungen des Strafrechts durchgeführt, die als Reaktion auf die zunehmenden Klassenkämpfe und die Vorbereitung der Bourgeoisie auf die proletarische Revolution die staatliche Unterdrückung und Kontrolle, die Gefängnisse und Zwangsanstalten ausbauen und verschärfen.

Die neueste Reform des Strafrechts ist das von allen Parteien verabschiedete Kontaktsperregesetz, das mit amtlichem Namen „Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz“ heißt. Das Gesetz wurde am 28. September im Bundestag verabschiedet. Das ZDF berichtete in den Nachrichten dazu:

„Dieses parlamentarische Blitzverfahren ist einmalig in der Geschichte der BRD. Die Abgeordneten hier im Bundestag, die Vertreter der Bundesländer und die Experten im Bundestag arbeiten buchstäblich rund um die Uhr, um das Gesetzeswerk fristgerecht über die parlamentarischen Hürden zu bringen. Die Politiker von Koalition und Opposition sind sich einig, daß die bisherigen Kontrollmöglichkeiten der Kontakte zwischen Terroristen in Haftanstalten und der Außenwelt nicht ausreichend waren. Künftig soll bei Lebensgefahr für einen Menschen, wenn diese von einer terroristischen Vereinigung ausgeht, jeder Kontakt zeitweilig unterbrochen werden.“

Es mag schon sein, daß die Bourgeoispolitiker den Zeitpunkt „unter dem Eindruck der Ereignisse“ für einen Versuch günstig hielten, der westdeutschen Arbeiterklasse und dem Volk aufzubinden, diese Reform des Strafrechts würde sich nicht gegen sie richtigen, sei nicht planmäßig zur Niederhaltung der Volkskämpfe entwikkelt worden, sondern aus „dem Gebot der Stunde“ geboren. Nur glauben wird das keiner.

Der reaktionäre Unterdrückerparagraph 218, Bestandteil der Strafrechtsreform, wurde von der damaligen Ministerin Focke begründet mit „dem Schutz des Lebens“ und „Hilfe für in Schwierigkeiten geratene Frauen und Familien“. Die Maulkorbparagraphen 130a und 88a seien zum „Schutz der Allgemeinheit vor Gewalt“. Das Ehescheidungsgesetz, das eine Scheidung fast unmöglich macht, sei „zur Erleichterung von Scheidungen“.

Anläßlich der hundertjährigen Feier des Bestehens der „Reichsjustizbehörde“ hatte Bundesjustizminister Vogel im letzten Jahr in einer Rede erklärt:

„Übrigens nicht nur Gesetz gewordene Normen – auch die großen Reformaufgaben haben das Haus über Jahrzehnte hin begleitet. Das eindrucksvollste Beispiel ist die Reform des Strafvollzugs. Sie scheiterte 1880 zum ersten Mal ... Nach mehreren weiteren Anläufen ist sie erst in der letzten Legislaturperiode gelungen und am 1. Januar 1977 in Kraft getreten – einhundert Jahre nach dem ersten Referententwurf.“

Die ersten Anläufe der Reform des Strafvollzugs bestanden in den Versuchen, die Einzelhaft einzuführen. Wichern, Gründer des „Rauhen Hauses“ in Hamburg und heute an allen Schulen und Hochschulen als großes Vorbild der Sozialfürsorge gepriesen, versuchte sie in Moabit durchzusetzen im direkten Auftrag des Königs:

„Das Positive bei der Einzelhaft ist die Stiftung einer neuen, nicht verbrecherischen, sondern sittlich untadeligen Gemeinschaft von Menschen für das Gefängnis und in dem Gefängnis selbst, das Walten einer solchen Gemeinschaft unter den Gefangenen, von der eine lebendige sittliche Gegenwirkung gegen den Geist und die Versuchung des Verbrechens ausgeht.“ (Wichern)

War für Wichern das Christentum die Grundlage der Bekehrung der Gefangenen, ähnlich wie bei den Quäkern in den USA, die die Isolierung der Gefangenen bis zur Perfektion trieben, weil sie nur so „in sich gehen könnten“ und entweder im Ergebnis „bekehrt aus dem Gefängnis kamen“ oder dort aufgrund der Isolierung „starben oder verrückt“ wurden, so wurden mit dem Strafvollzug im Laufe der Jahre auch die Grundlagen reformiert.

Diese Reformierung ging einher mit der Entwicklung des Staates als Instrument der aufstrebenden bürgerlichen Klasse zum Instrument der untergehenden imperialistischen Kapitalistenklasse. Die Antwort des Staates auf die schroffen Klassengegensätze und die heftigen Klassenkämpfe, die Versuche der Bourgeoisie, die proletarische Revolution zu verhindern, waren und sind Reaktion und nochmals Reaktion. Die Noske-Notverordnung, das von ihm erlassene Standgerichtsgesetz, das Republikschutzgesetz richteten sich gegen jeden, der das „deutsche Vaterland oder sein Ansehen“ schädigte. Einzelhaft und Isolierung der Gefangenen waren feste Einrichtungen, vielfach entledigte sich die Bourgeoisie ihrer Gegner durch Todesurteile, oder die Gefangenen starben auf ungeklärte Weise in der Haft oder „auf der Flucht aus der Haft“, wie sie es nach der Ermordung der Führer der deutschen Arbeiterklasse Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg behauptet hatten.

Unter der Herrschaft der Faschisten waren „Heimtückegesetz“ und „Reichstagsbrandgesetz“ rechtliche Grundlage zur Verfolgung, Inhaftierung und Vernichtung von „Staatsfeinden“, „volksschädigenden Elementen“ und „Arbeitsscheuen“. Wirksamstes Mittel der politischen Haft war die Schutzhaft. Als Gründe zur Schutzhaftverhängung werden nach Stapo-Aktenvermerken aus dem Jahr 1939 genannt:

„1. Schutzhaft, um endlich die Strafe wirksam zu gestalten ... 2. Schutzhaft, um die verbüßte Strafe noch wirksamer zu gestalten ... 3. Schutzhaft wegen der großen Anzahl von Vorstrafen, 4. Schutzhaft, um der Verdunklung vorzubeugen durch Zwischentreten von Rechtsanwälten als Verteidiger.“ (Biographie eines deutschen Juristen, E. Reitter)

Schließlich betrieb die Finanzbourgeoisie während ihrer faschistischen Herrschaft die Beseitigung ihrer Gegner in den KZs durch „Vernichtung durch Arbeit“.

Heute, in dem an allen Hochschulen und in Juristenkreisen weit verbreiteten Kommentar von Schönke-Schröder zum Strafgesetzbuch heißt es:

„Wie alles staatliche Recht, das mit Zwangsreaktion ausgestattet ist, findet auch das Strafrecht sein Fundament und seinen Rahmen in der im Grundgesetz verkörperten objektiven Wertordnung.“

Die „objektive Wertordnung“ des Grundgesetzes besteht in der Sicherung der Privateigentums der Kapitalistenklasse und der Aufrechterhaltung und Verteidigung des Rechts und der Freiheit der Kapitalisten auf Unterwerfung und Aneignung fremder Arbeitskraft. Um diese „objektive Wertordnung“ rankt sich das mit „Zwangsreaktion“ ausgestattete Strafrecht. Mit den Worten des Dr. R. Gerhard ausgedrückt:

„Das Strafvollzugsgesetz soll jedenfalls die Voraussetzung dafür schaffen, daß der Gefangene die Anstalt zwar nicht als ‚tadelfreier Bürger‘ aber mit dem Rüstzeug ausgestattet verläßt, einen Platz in der Gesellschaft zu finden ... Dem Gefangenen soll nicht nur der Eindruck vermittelt werden, daß ‚ehrliche Arbeit sich auszahlt‘, es soll ihm auch in Erinnerung wachgehalten werden, daß das Leben Geld kostet und daß man mit diesem knappen Geld wirtschaften muß.“ (Zeitschrift für Rechtspolitik, 10/1973)

In der jetzt bestehenden Reform des Strafvollzugs, vom damaligen Bundesjustizminister Jahn als „ein richtungsweisender Schritt nach vorn“ bezeichnet und vom jetzigen Bundesjustizminister Vogel zufrieden benannt, heißt es:

„§ 2. Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.“ Und im angegebenen Zweck des Vollzugs: „Ob der Vollzug der Freiheitsstrafe der Sühne für begangenes Unrecht, der Verteidigung der Rechtsordnung, der Behebung krimineller Neigung oder der Sicherung der Allgemeinheit durch die Internierung des gefährlichen Täters dient, oder welche dieser möglichen Ziele im Vordergrund stehen, hängt häufig vom Einzelfall ab.“

Und im Kommentar dazu:

„Die gerechte Strafe kann unter Umständen nicht ausreichen, um dem Bedürfnis der Allgemeinheit nach Sicherung vor dem gefährlichen Täter gerecht zu werden oder nicht hinreichend lang dauern, um durch pädagogisch Einwirkung auf den Verurteilten seine Resozialisierung zu fördern ... Daraus ergibt sich die Forderung, Art und Umfang der Strafe so zu bestimmen, daß diese Resozialisierungsaufgabe möglichst vollkommen erfüllt werden kann, wobei diese Forderung nicht nur an die Gerichte gerichtet ist, sondern vor allem den Strafvollzug angeht ...“

Damit hat sich der Staat alle Willkürmaßnahmen legitimiert. Die Gefangenen werden unterteilt in solche, deren Widerstand gebrochen werden kann, und in solche, bei denen das nicht gelingt, die vernichtet werden durch besondere „pädagogische Maßnahmen“ wie z.B. die Isolationshaft.

Das Kontaktsperregesetz ist Vervollkommnung dessen, was die Bourgeoisie in ihrer Reform des Strafrechts angelegt hat. Es ist staatliche Willkür gegenüber der Arbeiterklasse und den Volksmassen. Es zielt auf die Isolierung und vor der Öffentlichkeit abgeschirmte Vernichtung einzelner, insbesondere derjenigen, die sich in den Kämpfen der Arbeiterklasse als Führer herausgebildet haben, denn jeder Kampf, zu dem Arbeiterklasse und das Volk sich gegen die Kapitalisten und ihren Staat zusammenschließen, gilt oder steht im Verdacht, eine „kriminelle Vereinigung“ zu sein. Verhaftung von der Straße weg, in Haft, solange man nicht bereit ist, einen Kniefall vor der Bourgeoisie zu machen, weder Angehörige noch Verteidiger brauchen informiert zu werden, jede Verständigung mit ihnen ist unmöglich, ein Verfahren wird nicht eröffnet, solange die Kontaktsperre besteht, Anwendung der Isolationshaft.

Das ist die „Substanz der Politik“, von der Schmidt in seiner Rede auf dem SPD-Landesparteitag in Hamburg gesprochen hat:

„Entscheidend bei alledem bleibt die Substanz unserer Politik. Bei aller Sorge über die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung, bei aller Vielfalt der Ideen, wie man noch besser oder noch schneller mit den Problemen fertig werden könnte, bei aller Erbitterung über die schwere Herausforderung durch die Verbrechen, die wir in dieser Zeit miterlebt haben, müssen wir einen kühlen Kopf behalten ... Was wir brauchen, ist eine ruhige besonnene Entschlossenheit ...“

Es ist die Entschlossenheit der Bourgeoisie, ihre Herrschaft und ihr Eigentum an Produktionsmitteln mit Klauen und Zähnen zu verteidigen.

– (Z-Red.)

Presseerklärung der Rechtsanwältin Jutta Bahr-Jendges vom 25.10.1977

„Irmgard Möller ist wegen Herzbeutelverletzung nach Stichwunden am 18.10.1977 in der Chirugischen Universitätsklinik Tübingen operiert worden. Sie ist am 23.10.1977 von der Intensivstation in Tübingen nach dem Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg verlegt worden.

Irmgard Möller erklärt:

Es hat zwischen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Karl Raspe und ihr zu keiner Zeit eine Abrede gemeinsamen Suizids gegeben. Sie hat keinen Suizidversuch unternommen. Sie hat sich die vier Stichwunden in ihrer linken Brustseite nicht selbst beigebracht. Ihre letzte Wahrnehmung vor Eintritt von Bewußtlosigkeit waren zwei Knallgeräusche und ein quietschendes Geräusch. Das war Dienstag, 18.10.1977 um ungefähr 4.30 Uhr. Die Verletzungsvorgänge hat sie nicht bei Bewußtsein erlebt.

Irmgard Möller ist bis heute ohne Außenweltkontakte außer zwei Anwaltsgesprächen am 22.10. von 21.00 Uhr bis 21.30 Uhr und am 24.10.1977 von 15.00 Uhr bis 16.00 Uhr. Sie ist weiterhin ohne Zeitung und Radio. Von Raspes Tod, von den Todesumständen Baaders und Ensslins und von den Vorgängen vom Flughafen von Mogadischu hat sie erst in diesen Gesprächen erfahren.

gez. Bahr-Jendges

Kontaktsperregesetz

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz geschlossen:

(...)

§ 31

Besteht eine gegenwärtige Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit einer Person und begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß die Gefahr von einer terroristischen Vereinigung ausgeht, so kann die Feststellung getroffen werden, daß es bei der Abwehr dieser Gefahr geboten ist, jedwede Verbindung von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt ohne jede Ausnahme zeitweilig zu unterbrechen. Die Feststellung darf sich nur auf Gefangene beziehen, die wegen einer Straftat nach § 129a des Strafgesetzbuches oder wegen einer der in dieser Vorschrift bezeichneten Straftaten rechtkräftig verurteilt sind oder gegen die ein Haftbefehl wegen des Verdachts einer solchen Straftat besteht; sie ist auf bestimmte Gefangene oder Gruppen von Gefangenen zu beschränken, wenn dies bei der Abwehr der Gefahr ausreicht. Die Feststellung ist nach pflichtgemäßem Ermessen zu treffen.

(...)

§ 33

(2) ...

1. Eine Hauptverhandlung gegen sie findet nicht statt und wird, wenn sie bereits begonnen hat, nicht fortgesetzt; die Hauptverhandlung darf bis zu dreißig Tagen unterbrochen werden.“



„Eine Formsache war am Mittwoch die Überweisung der Vorlage des Justizministeriums für eine gesetzlich begründete, zeitweilige Kontaktsperre bei Häftlingen in Straf- und Untersuchungshaft zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuß. Das Gesetz, das von allen drei Bundestagsfraktionen gemeinsam im Parlament eingebracht wurde, kann nach Zustimmung des Bundesrates am Freitag bereits am Wochenende in Kraft treten. Der gering besetzte Plenarsaal dokumentierte die Einigkeit des Parlaments.“ (Offizielle dpa-Meldung)

Bundestagsdebatte zum Kontaktsperregesetz

Huber (CDU/CSU): „Der vorgelegte Gesetzentwurf sieht Rechtsvorschriften vor, mit denen die Voraussetzungen konkretisiert werden, unter denen die Unterbrechung des Kontaktes von Inhaftierten untereinander und mit der Außenwelt zulässig ist – bis hin zur Unterbrechung *jedweder* Verbindung von Inhaftierten untereinander und mit der Außenwelt einschließlich des schrifltichen und mündlichen Verkehrs mit dem Verteidiger ...

Die Möglichkeiten der Kontaktunterbrechung in besonderen Gefahrenlagen ist kein Ausnahmerecht, mit welchem rechtsstaatliche Prinzipien suspendiert werden sollen. Sie ist vielmehr eines der gebotenen rechtsstaatlichen Instrumente zur Abwehr schwerster Gefahren und zum Schutz höchster Rechtsgüter, gewiß außergewöhnlich, aber verfassungskonform.“

Weber (SPD): „Dieses Gesetz soll uns helfen, unsere Politik zu stützen ...

Wir brauchen dieses Gesetz, weil wir eine effiziente, schnell wirksame Regelung benötigen, die nicht allein durch die Justizvollzugsorgane oder die Gerichte gewährleistet werden kann, sondern die den politischen Instanzen dieses Landes übertragen werden muß ...

Dieser Staat befindet sich nicht in einem Staatsnotstand. Wir wollen deshalb auch nicht den übergesetzlichen Notstand durch die Gerichte strapazieren lassen, sondern wir wollen erst ausnahmslos, vollständig und unverbrüchlich den Inhalt unserer Verfassung ausschöpfen ...

Aber es (das Gesetz) richtet sich gegen alle, die durch Handlungen und Erklärungen das Leben oder die Freiheit von Personen gefährden ...

Wir müssen die Abschottung aber nicht nur auf die Gefangenen beziehen, die wegen einer Straftat nach §129a StGB rechtskräftig verurteilt sind oder gegen die ein Haftbefehl wegen eines Verdachts einer solchen Staftat besteht, sondern auch auf die Gefangenen, die wegen einer anderen Tat einsitzen, bei denen aber der dringende Verdacht besteht, daß sie diese Tat im Zusammenhang mit einer Tat nach § 129a StGB begangen haben ...“

Vogel (Bundesjustizminister): „Die Bundesregierung hat damit ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt und das Erforderliche ebenso besonnen wie entschlossen getan. Die Verfassungsorgane dieser Republik werden ihre Pflicht unter diesen Gesichtspunkten und Maximen auch künftig tun.“

Coppik (SPD): „Und wer da noch sagt: ‚Was geht das mich an? Ich habe nichts mit Terroristen zu tun!‘, dem muß deutlich gesagt werden, daß nach dem neuen Gesetz niemand, und sei er noch so unschuldig, davor sicher sein kann, etwa auf Grund einer Denunziation verhaftet zu werden und für Wochen und Monate ohne jeden Kontakt zu einem Rechtsanwalt oder auch nur zu seinen Familienangehörigen in einem Gefängnis zu verschwinden.“

Bangemann (FDP): „Allerdings ist dieses Gesetz eine erhebliche Einschränkung der Möglichkeiten der Verteidigung. Ich glaube, daran besteht auch kein Zweifel ... Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß Menschen – gegenüber denen ja hier kein persönlicher Verdacht begründet werden muß – durch die Generalität der Maßnahmen unschuldig daran gehindert werden, eine freie Verteidigung zu erlangen.“

Beschlüsse vom 11. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier

14. Strafrechtsänderungsgesetz*

Der Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier protestiert gegen die Verabschiedung des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag, weil mit diesem Gesetz zum „Schutz des Gemeinschaftsfriedens“ literarische, wissenschaftliche und publizistische Freiheiten entscheidend eingeschränkt werden, wobei – wie bereits Maßnahmen gegen einige Buchverlage zeigen – letztlich alle bedroht sind, die nicht ausdrücklich jede Aufklärung über kritikwürdige Zustände als unruhefördernd energisch ablehnen.

(einstimmig angenommen) * 14. Strafrechtsänderungsgesetz: § 88a und 130a

Änderung des Strafgesetzes

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, auf den Gesetzgeber einzuwirken, die §§ 240 StGB (Nötigung) und 125 StGB (Landfriedensbruch) dahingehend zu ändern, daß ihre Anwendung bei streiktypischen Maßnahmen ausgeschlossen wird.

(gegen wenige Stimmen beschlossen)

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)